



Mario Hesselbarth

# ZUR GESCHICHTE DER USPD THÜRINGEN



**Mario Hesselbarth**  
**ZUR GESCHICHTE**  
**DER USPD**  
**THÜRINGEN**

# INHALT

<b>1. Einleitung</b> .....	7
<b>2. Zur Entstehung der USPD Thüringen im Ersten Weltkrieg</b> .....	10
2.1. Der 4. August 1914 .....	10
2.2. Zu den Anfängen der innerparteilichen Opposition in Thüringen .....	17
2.3. Zur Gründung der USPD Thüringen .....	22
<b>3. Die USPD Thüringen wird Massenpartei der revolutionären Arbeiterschaft</b> .....	26
3.1. Zu den Anfängen der revolutionären Massenbewegungen in Thüringen .....	26
3.2. Die Novemberrevolution in Thüringen und die Parteikrise im Dezember 1918 .....	30
3.3. Die Nachwehen der Revolution 1919 und der Kapp-Putsch im März 1920 .....	39
<b>4. Zur landespolitischen Bedeutung der USPD Thüringen</b> .....	50
4.1. USPD und Thüringenfrage .....	50
4.2. Volksstaat Reuß und »Räterepublik« Gotha. Zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten im Agieren zweier Thüringer USPD-Landesverbände .....	53
4.3. Die USPD als stärkste Partei im ersten Thüringer Landtag .....	58
4.4. Die USPD als Regierungspartei in Thüringen 1921/22 .....	62

**5. Zur Spaltung der USPD Thüringen im Herbst 1920 und ihrer Wiedervereinigung mit der MSPD im Herbst 1922** ..... 65

5.1. USPD und Internationale 1917–1919 ..... 65

5.2. Zur Spaltung der USPD in Thüringen im Herbst 1920 ..... 68  
*Exkurs: Emil Hölleins Plädoyer gegen eine Spaltung der USPD* ..... 71

5.3. Zur Wiedervereinigung mit der MSPD im Herbst 1922 ..... 75

**6. Fazit** ..... 79

**7. Ausgewählte Kurzbiographien** ..... 81

Volkshaus zum Mohren, Gotha, Speisezimmer

QUELLE: SAMMLUNG MATTHIAS WENZEL, GOTHA



Volkshaus  
zum Mohren  
Gotha.  
Speisezimmer.



# 1. EINLEITUNG

Anfang April 2017 ist es 100 Jahre her, dass in Gotha Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die gegen die Burgfriedenspolitik ihrer Partei während des Ersten Weltkrieges opponierten, die Unabhängige *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (USPD) gründeten. Wenige Monate später, im September 2017, jährt sich zum 95. Mal der Parteitag der USPD in Gera, auf dem die übergroße Mehrheit der Delegierten nach etwas mehr als fünf Jahren ihre Rückkehr in die sozialdemokratische Partei beschloss. Damit markieren zwei thüringische Städte den Beginn und das Ende der nur fünf Jahre als politisches Großprojekt existierenden USPD. Ihre Geschichte ist auch heute interessant, weil das aktive Eintreten gegen den Krieg den Zentralkern ihres Gründungsprozesses bildete. Mit der USPD trat eine Partei ins Leben, die die Gesellschaft nicht nur in Worten, sondern tatsächlich in Richtung Demokratie und Sozialismus verändern wollte, während es andere Parteien der politischen Linken entweder mit dem einen oder dem anderen Ziel nicht (mehr) ernst meinten.

Auch wenn die Geschichte der Thüringer USPD in Umrissen bekannt ist, so fehlt doch eine mit anderen Studien<sup>1</sup> vergleichbare Gesamtdarstellung. Es ist weder Anliegen noch Anspruch dieser Arbeit, einen solchen umfassenden Gesamtüberblick vorzulegen; hierzu bedarf es noch intensiver Forschung. Sie will aber den Rahmen abstecken, in dem sich eine Darstellung zur Geschichte der USPD in Thüringen bewegen könnte. Die in den 1960er Jahren in der DDR vorgelegten Arbeiten betrachteten sie hauptsächlich unter dem Aspekt der Vereinigung ihres linken Flügels mit der *Kommunistischen Partei Deutschland* (KPD) im Herbst 1920.<sup>2</sup> Sie sahen die USPD von »antagonistischen Widersprüchen« gekennzeichnet und als eine Partei, »die ein zeitweises Konglomerat entgegengesetzter Interessen und Ziele verkörperte«.<sup>3</sup> Diese Bewertung machte eine kritische Gesamtwürdigung der USPD unmöglich und widersprach den Erinnerungen noch lebender

<sup>1</sup> Neuschl, Sylvia: *Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben*. Esslingen 1983. Hermann, Alfred: *Die Geschichte der pfälzischen USPD*. Neustadt a. d. W. 1989.

<sup>2</sup> Pöhlend, Walter: *Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen 1914–1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD bis zur Vereinigung mit der KPD*. Dissertation (unveröffentlicht). Halle 1965. Buchsbaum, Ewald: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920 unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920*. Dissertation (unveröffentlicht). Halle 1965.

<sup>3</sup> Pöhlend: *Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen*. S. II.

Zeitzeugen.<sup>4</sup> Nach 1989/90 wurde auch die USPD in einem neuen Licht gesehen. Aufgrund ihrer Verortung in der parlamentarischen Tradition der Sozialdemokratie seien große Teile der Thüringer USPD nach der Novemberrevolution 1918 schnell für die parlamentarische Demokratie gewonnen worden. Ihre gemäßigten Führungen hätten deren Etablierung in geordneten rechtlichen Bahnen ermöglicht.<sup>5</sup> Allein den Männern um Otto Geithner in Gotha sei zur Durchsetzung der »Diktatur des Proletariats« jedes Mittel recht gewesen. Ihre lokale Dominanz habe auf dem Räte-System beruht, mit dem sie die Arbeiterschaft der Großbetriebe an sich banden.<sup>6</sup> Gegenüber diesen Sichten, die sich entweder auf die Zerrissenheit oder die Entscheidung für den Parlamentarismus konzentrierten, werden nachfolgend andere Fragen und Problemstellungen betrachtet.

Untersucht man das Agieren der USPD in Gotha und in Ostthüringen genauer, kommen neben Unterschieden auch Gemeinsamkeiten zum Vorschein. Die Arbeiter- und Soldatenräte in Reuß j. L. (Gera) und Reuß ä. L. (Greiz) haben mindestens ebenso tiefgreifend und nachhaltig in die sozial-ökonomischen und staatsrechtlichen Grundlagen ihrer Kleinstaaten einzugreifen versucht wie die radikale USPD in Gotha. Im Handeln dieser beiden regionalen USPD-Verbände zeigte sich über die gesamte Dauer ihrer Existenz die Suche nach einer produktiven Verbindung demokratischer und sozialistischer Ziele. Eine solche Sicht kann und will die Differenzen weder verwischen noch ignorieren, die zwischen der radikal-revolutionären USPD in Gotha und der tief in der sozialdemokratischen Tradition verankerten marxistisch-reformerischen Richtung bestanden haben, die den USPD-Bezirksverband Thüringen dominierte. Repräsentiert wurde die Mehrheitsströmung von Wilhelm Bock, der den Gothaer USPD-Gründungsparteitag leitete. Er hatte 42 Jahre zuvor (!) am gleichen Ort dem Einigungsparteitag vorgesessen, auf dem sich der von Ferdinand Lassalle 1863 in Leipzig gegründete *Allgemeine Deutsche Arbeiterverein* und die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1868 in Eisenach gebildete *Sozialdemokratische*

<sup>4</sup> »Noch heute sagen manche (USPD-)Genossen: Es gab in Gotha etwa 20–30 KPD-Mitglieder, während wir über 1.000 waren. Die KPD-Genossen hätten sich uns anschließen müssen.« Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 334.

<sup>5</sup> Häußel, Beate: *Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923*. Weimar Köln Wien. 1995. S. 49. Seela, Reyk: *Die Übergangsländtage und Gebietsvertretungen in den reußischen Staaten bzw. dem Volksstaat Reuß 1919–1923*; in: *Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen* Bd.19. Die vergessenen Parlamente. Landtage und Gebietsvertretungen in den Thüringer Staaten und Gebieten 1919 bis 1923. Erfurt 2002. S. 248.

<sup>6</sup> Matthiesen, Helge: *Zwei Radikalisierungen – Bürgertum und Arbeiterschaft in Gotha 1918–1923*; in *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995) S. 42.



*Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei* zusammenschlossen. In Bezug auf dieses historische Ereignis interpretierte Bock die Gründung der USPD nicht als Bruch, sondern als Fortsetzung der sozialdemokratischen Tradition. »Wenn auch heute auf dieser Konferenz nicht geeinigt werden kann, so soll sie doch Stellung nehmen gegen die Parteizerrüttung und die Erdrosselung des alten Parteigeistes. Die Spaltung ist nur eine vorübergehende, wenn alle die Elemente ausgeschieden sind, die nicht mehr auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen.«<sup>7</sup>



Wilhelm Bock (1846–1931)

QUELLE: ARCHIV DER  
GEDENKSTÄTTE TIVOLI, GOTHA

<sup>7</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitag der U.S.P.D. vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin. Herausgegeben von Emil Eichhorn. Berlin 1921. S. 8/9; in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bd. 1. 1917–1919. Glashütten im Taunus. 1975. (Nachfolgend: Protokoll 1917) S. 9.

## 2. ZUR ENTSTEHUNG DER USPD THÜRINGEN IM ERSTEN WELTKRIEG

### 2.1. Der 4. August 1914

Der 4. August 1914 markiert in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen einschneidenden Wendepunkt.<sup>8</sup> Indem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegskredite bewilligte, die Gewerkschaftsführungen sich bereit erklärten, die Tarifauseinandersetzungen für die Dauer des Krieges ruhen zu lassen, und beide Arbeiterorganisationen den obrigkeitsstaatlichen Burgfrieden akzeptierten und in den eigenen Reihen zu praktizieren versuchten, vollzogen sie einen grundlegenden Bruch mit ihrem bisherigen Selbstverständnis. Sie gaben »den Anspruch auf, grundsätzlich in Opposition gegenüber Regierung, Staat und bürgerlicher Gesellschaft zu stehen«. <sup>9</sup> Diese bald als »Politik des 4. August« bezeichnete Wendung war zum einen der endgültige Abschied der SPD von ihrer Revolutionserwartung als wesentlichem Kern ihres Selbstverständnisses. Zum anderen bedeutete sie den Verzicht auf die aktive Fortsetzung jener Reformbestrebungen zur Demokratisierung und Liberalisierung der Verfassungsordnung des Deutschen Kaiserreiches,<sup>10</sup> die prägend für ihre bisherige politische Praxis gewesen waren.

Als einzige relevante politische Kraft im Deutschen Kaiserreich hatte sich die Sozialdemokratie bis zum 4. August 1914 gegen den zum Konflikt mit England treibenden Schlachtflottenbau, gegen die militärische Unterdrückung der Kolonialvölker, das stehende Heer, die Rekrutenschinderei und den militaristischen Geist des Offizierskorps gestellt.<sup>11</sup> Vor dem Hintergrund der zunehmenden internationalen Spannungen waren ihre Warnungen vor den Schrecken eines modernen Krieges ebenso deutlich gewesen wie ihr Verweis auf dessen Konsequenz, die soziale Revolution.<sup>12</sup> Entsprechend der Resolution des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale 1907 hätte die SPD alles aufbieten müssen, um den Ausbruch eines Krieges zu ver-

<sup>8</sup> Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedenschlusses 1914/15. Essen 1993. S. 9.

<sup>9</sup> Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974. S. 9.

<sup>10</sup> Groh, Dieter; Brandt, Peter: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990. München 1992. S. 162.

<sup>11</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 22.

<sup>12</sup> Groh, Brandt: »Vaterlandslose Gesellen«. S. 89.

hindern. Sollte das nicht gelingen, wäre sie verpflichtet gewesen, die infolge des Krieges entstehende wirtschaftliche und politische Krise auszunutzen, um »die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen«.<sup>13</sup> Die »Politik des 4. August« bedeutete im Gegensatz zur Stuttgarter Resolution die Einreihung der deutschen Sozialdemokratie in die nationale Kriegsfront. Die SPD-Führung hoffte als Gegenleistung hierfür auf innenpolitische Zugeständnisse seitens der Herrschenden nach dem Krieg.<sup>14</sup> Führende Vertreter des reformistisch-revisionistischen Parteiflügels interpretierten die »Politik des 4. August« indes nicht nur als Unterstützung der nationalen Kriegspolitik, vielmehr wollten sie eine positive Integration der deutschen Arbeiterbewegung in die Nation auf Dauer erreichen. Hierzu musste und wollte die Parteirechte ihre politischen Vorstellungen gegen die bisher dominierende grundsätzliche Oppositionshaltung der Sozialdemokratie durchsetzen.<sup>15</sup> Noch bevor sich die innerparteiliche Opposition gegen die Burgfriedenspolitik überhaupt formiert hatte, waren die Befürworter der »Politik des 4. August« fest entschlossen, ihre Gegner aus der Partei hinauszudrängen.<sup>16</sup> Die hieraus resultierenden innerparteilichen Spannungen und Konflikte führten in der Konsequenz zur Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg. Insofern war der 4. August 1914 für die Entstehung der USPD ein entscheidender Moment.<sup>17</sup> Im Kern konstituierte die Minderheit, die in der SPD-Reichstagsfraktionssitzung am 3. August 1914 gegen die Kriegskredite votierte, im April 1917 die USPD.<sup>18</sup> Gleichzeitig bildete das Treffen einiger Mitglieder des radikalen linken Parteiflügels am Abend des 4. August 1914 in der Wohnung Rosa Luxemburgs den Ausgangspunkt für die Gründung der Spartakusgruppe, die sich zunächst der USPD anschloss, sie jedoch zum Jahreswechsel 1918/19 verließ und die KPD konstituierte.<sup>19</sup>

<sup>13</sup> Institut für Marxismus-Leninismus (Nachfolgend IML) (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* Bd. 2. Berlin. 1966. S. 370. (Dok. 28. S. 368–370.)

<sup>14</sup> Kruse: *Krieg und nationale Integration*. S. 137.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 136.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 142/143.

<sup>17</sup> Krause, Hartfried: *USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Frankfurt/M. 1975. S. 43.

<sup>18</sup> Engelmann, Dieter; Naumann, Horst: *Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922*. Berlin 1993. S. 10.

<sup>19</sup> Wilde, Florian: *Ernst Meyer (1887–1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie*. Hamburg 2013. S. 54.

Für die Zeitgenossen kam die Kriegskreditbewilligung durch die SPD Anfang August 1914 so überraschend, dass den ersten diesbezüglichen Informationen kaum jemand glauben wollte.<sup>20</sup> Jedoch lässt sich die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht auf den Aspekt des Verrats reduzieren, und auch der von der bundesrepublikanischen Forschung konstatierte »patriotische Verteidigungsenthusiasmus« der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der die SPD-Führung mitgerissen habe, erweist sich als »empirisch höchst unzureichend abgesichert«.<sup>21</sup> Generell hat die historische Forschung das Bild von der europäischen Kriegsbegeisterung des Sommers 1914 als geschickt propagierten Geschichtsmythos korrigiert.<sup>22</sup> Der Bruch der sozialdemokratischen Führung mit ihrem bisherigen grundsätzlichen oppositionellen Selbstverständnis resultierte sowohl aus der konkreten Situation am 3. und 4. August 1914, als auch aus einem langfristigen Entwicklungsprozess, der nicht zwangsläufig im Burgfrieden enden musste, letztlich aber zu ihm führte.

Politisch-programmatisch repräsentierte die SPD im Sommer 1914 die Ansprüche der Arbeiterschaft auf reale ökonomische, soziale und politische Mitsprache. Obwohl sich diese im Deutschen Kaiserreich allmählich eine relative soziale und rechtliche Besserstellung erkämpft hatte, wurde ihr die staatsbürgerliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung weiterhin verweigert, hielten ökonomische Ausbeutung und Unterdrückung unvermindert an.<sup>23</sup> Deshalb stand die Sozialdemokratie bis zum 4. August 1914 in radikaler Opposition zu jener Koalition aus vorindustriellem, halbfeudalem preußischen Junkertum und industrieller Großbourgeoisie, die das Deutsche Kaiserreich dominierte. Ihre Radikalität bezog sich jedoch nicht auf die Formen ihrer Aktionen, sondern auf ihre Theorie. Im Verlauf ihrer sowohl von Repressionserfahrungen als auch Erfolgen in verschiedenen ökonomischen und politischen Kämpfen bis hin zu großen Wahlsiegen geprägten Entwicklung hatte sie eine »reformerische Praxis«<sup>24</sup> herausgebildet, die sich den konkreten Alltagsproblemen der Arbeiterschaft zuwandte.

<sup>20</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 32.

<sup>21</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 54.

<sup>22</sup> Weipert, Axel: Zur aktuellen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg; in: Hüttner, Bernd (Hrsg.): Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg. Berlin 2015. S. 12.

<sup>23</sup> Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M. Berlin Wien 1974. S. 36.

<sup>24</sup> Miller, Susanne; Potthof, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation. (7. Auflage) Bonn 1991. S. 52.

Die SPD verstand sich nach dem vielzitierten Wort Karl Kautskys als eine revolutionäre, die Revolution jedoch nicht machende Partei. Sie sah ihre Aufgabe in der organisatorischen und agitatorischen Vorbereitung der proletarischen Massen auf die Situation, in der die bürgerliche Gesellschaft zusammenbrechen und die Revolution beginnen würde. Dem entsprach das 1891 beschlossene Erfurter Programm, das infolge seiner Struktur (Kautsky hatte den grundsätzlichen gesellschaftsanalytischen und programmatischen Teil, Eduard Bernstein die tagespolitischen Forderungen verfasst)<sup>25</sup> sowie im Wissen um die weitere Entwicklung der SPD häufig als Dualismus zwischen revolutionärer Zielstellung und praktischer Reformarbeit interpretiert wird. Sowohl die von Eduard Bernstein propagierten reformistischen, als auch die von Rosa Luxemburg vertretenen revolutionären Handlungsoptionen wurden auf den sozialdemokratischen Parteitag jeweils mehrheitlich verworfen, weil die alltägliche Erfahrung mit der Macht des Obrigkeitsstaates einerseits und dem zum Kampf um demokratische Reformen kaum noch bereiten Liberalismus andererseits das Festhalten am Konzept des Wartens auf die Revolution plausibel machte.<sup>26</sup> Erfolge und Niederlagen bei Wahlen zeigten in diesem Verständnis »den Stand der proletarischen Bewegung und ihre Annäherung an das Ziel der Revolution«. <sup>27</sup> Insbesondere die Gewerkschaften setzten in ihrem Kampf um die Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie die Reduzierung der Arbeitszeit auf Massenaufklärung sowie Festigung und Ausbau ihrer Organisation.<sup>28</sup> Im Verlauf dieser Entwicklung vertauschten sich jedoch Mittel und Zweck. Die Arbeiterorganisationen wurden zum Selbstzweck und waren immer weniger das Mittel zum Erreichen politischer Ziele. Deshalb kam ihrem Erhalt auch in Bezug auf die Frage der Verhinderung eines Krieges Vorrang zu.<sup>29</sup> Vor diesem Hintergrund verhinderte Ende Juli/Anfang August 1914 die nicht unbegründete Erwartung massiver staatlicher Repressionen (der Parteivorsitzende Friedrich Ebert war mit der Parteikasse in die Schweiz geschickt worden um diese in Sicherheit zu bringen) eine wirklich aktive Antikriegspolitik. Die Furcht vor einem Organisations- und politischen Betätigungsverbot bestimmte wesentlich die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugunsten der Kriegskredite.<sup>30</sup>

<sup>25</sup> Kuhn, Axel: Die deutsche Arbeiterbewegung. Stuttgart 2004. S.98.

<sup>26</sup> Brandt, Peter; Lehnert, Detlef: „Mehr Demokratie wagen“. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010. Berlin 2013. S. 89.

<sup>27</sup> Grebing, Helga: Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914. München 1987 (2. Auflage). S.105/106.

<sup>28</sup> Ebenda. S. 117.

<sup>29</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S.24.

<sup>30</sup> Ebenda. S.62/63.

Infolge des Wartens auf die Revolution verlor die an Marx orientierte Verbindung von »Entwicklungsnotwendigkeit und Handeln«<sup>31</sup> zunehmend an Bedeutung. Der Marxismus erhielt immer mehr den Status eines Bekenntnisses, dem nicht offen widersprochen wurde, das aber für den Alltag und dessen Verständnis kaum noch Relevanz besaß. Ebenso wie die Revolution wurde auch die marxistische Theorie »eine ferne Zukunftsvision«,<sup>32</sup> während sich in weiten Kreisen der Arbeiterbewegung ein nüchterner Alltagspragmatismus ohne langfristige Perspektive herausbildete, ein »theorieverdrossener Praktizismus«,<sup>33</sup> der seine stärkste Basis in den Gewerkschaften besaß. Dadurch verschob sich nach 1900 das innerparteiliche Kräfteverhältnis zugunsten des revisionistisch/reformerischen Flügels, wenngleich das durch Bebel und Kautsky repräsentierte marxistische Zentrum zunächst noch dominant blieb.

Die Auswirkungen der Ausgrenzung der Arbeiterbewegung aus Nation und Gesellschaft, die seit dem Sozialistengesetz (1878–1890) die innenpolitische Situation des Kaiserreiches geprägt hatte, waren besonders nach den sogenannten »Hottentotten-Wahlen« 1907 deutlich geworden. Die SPD musste sich in diesem Reichstagswahlkampf gegen den ausschließlich gegen sie gerichteten Vorwurf wehren, vaterlandslos und antinational zu sein. Infolgedessen verlor sie die Hälfte ihrer Reichstagsmandate und erlitt eine überraschende und schockierende Niederlage, die ihre weitere Politik bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges maßgeblich beeinflusste. Seit der Reichstagswahl 1907 hielten sich die SPD-Redner im Parlament mit Ausnahme Karl Liebknechts mit Kritik am Militär und der Hochrüstung sowie der deutschen Kolonialpolitik zurück. An die Stelle grundsätzlicher Militärisismuskritik war eine systemkonforme und reformorientierte Detailkritik getreten.<sup>34</sup> Die Furcht, erneut in der nationalen Frage ins Unrecht gesetzt zu werden, behinderte bis zum Sommer 1914 kriegsgegnerische Aktivitäten und trug viel zur Entscheidung zugunsten der Kriegskredite bei.<sup>35</sup>

<sup>31</sup> Grebing: Arbeiterbewegung. S. 112.

<sup>32</sup> Hoffrogge, Ralf: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914. Stuttgart 2011. S. 154.

<sup>33</sup> Brandt, Lehnert: »Mehr Demokratie wagen«. S. 86.

<sup>34</sup> Neff, Bernhard: »Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe ...«: Die reformorientierte Militärcritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913. Köln 2004. S. 248.

<sup>35</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 63.

Unmittelbar nach dem Attentat in Sarajevo am 28. Juni 1914 war sich die Führung der deutschen Sozialdemokratie der bedrohlichen Lage durchaus bewusst gewesen.<sup>36</sup> Doch erst zwei Tage nach dem Bekanntwerden des Ultimatums des Habsburger Reiches an Serbien vom 23. Juli 1914 rief der SPD-Parteivorstand zu Antikriegskundgebungen auf. Dem folgten in der letzten Juliwoche 1914 mindestens 750 000 Mitglieder und Anhänger der SPD im gesamten Kaiserreich. Die dabei zu Tage tretende Stimmung gab ein 70-jähriger Veteran der Arbeiterbewegung im Anschluss an die »Riesenversammlung« im thüringischen Weida am 31. Juli 1914 mit den Worten wieder: »Heute konnte man den vielen Menschen an den ernstesten Gesichtern ablesen, dass man keinen völkermordenden Krieg wünscht.«<sup>37</sup> Dass zumindest Teile der sozialdemokratischen Basis hierfür aktiv einzutreten bereit waren, zeigten die zahlreichen illegalen Demonstrationen, die sich im Anschluss an die großen Massenkundgebungen formierten.<sup>38</sup> Nachdem die Protestversammlung im Gothaer Volkshaus »Zum Mohren« am 30. Juli 1914 beendet war, gingen »völlig spontan« etwa 5 000 Arbeiter auf die Straße. Ihre Demonstration war die größte, die die Stadt bis dahin erlebt hatte.<sup>39</sup> Zwei Tage zuvor waren 2 500 Frauen und Männer im Jenaer Volkshaus zusammengelassen, um gegen den drohenden Krieg zu protestieren. Anschließend begab sich ein Teil der Kundgebungsteilnehmer zum Marktplatz, wo sie mit nationalistischen Studenten zusammenstießen. Die Polizei verhinderte letztlich eine größere Auseinandersetzung zwischen den widerstreitenden Gruppierungen.<sup>40</sup> Der sozialdemokratische Parteivorstand griff die Aktionsbereitschaft seiner Anhänger jedoch nicht auf. Der Aufruf vom 25. Juli 1914 stellte den Höhepunkt seiner kriegsgegnerischen Aktivitäten dar – sowohl inhaltlich als auch auf der Aktionsebene begann von da an sein allmählicher Rückzug. Er fügte sich den behördlichen Anordnungen und führte seine Kundgebungen in geschlossenen Räumen durch, weshalb das kriegsbegeisterte Bürgertum allein das Bild in der Öffentlichkeit bestimmen konnte.<sup>41</sup> Die Kombination aus einem fast schon verzweifelten Festhalten an der kaum begründeten Hoffnung auf Friedensbemühungen der Reichsleitung bei gleichzeitigem erfolgreichen Verdrängen aller

<sup>36</sup> Ebenda. S. 29.

<sup>37</sup> Weimarer Volkszeitung, 01.08.1914.

<sup>38</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 40.

<sup>39</sup> Seeber, Gustav: Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg 1914 bis 1918; in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich Schiller Universität Jena. Jg. 7 (1957/58). Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. S. 318.

<sup>40</sup> Schulz, Eberhart: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. Jena 2008. S. 23.

<sup>41</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 43.

gegenteiligen Anzeichen ermöglichte es der SPD-Führung, sich nach außen hin von den Friedensabsichten der deutschen Regierung überzeugt zu zeigen und so den offenen Konflikt mit dem zum Krieg rüstenden Staat zu vermeiden.<sup>42</sup> Während es dem deutschen Reichskanzler Bethmann Hollweg gelang, die wahren Kriegsabsichten der Reichsleitung vor der Öffentlichkeit zu verschleiern (bereits am 6. Juli 1914 hatten der Kaiser und er Österreich-Ungarn faktisch einen Freibrief zum Krieg gegen Serbien gegeben) und Russland in die Rolle des Kriegstreibers zu drängen, war die sozialdemokratische Bereitschaft zur Vaterlandsverteidigung geweckt.<sup>43</sup> Infolgedessen passte sich die SPD-Führung schrittweise an die Positionen der Regierung an und gab im Verlauf des 31. Juli 1914 ihre Antikriegspolitik auf. Die damit verbundene Aktivierung des traditionellen Antizarismus der deutschen Arbeiterbewegung beförderte zugleich die Bereitschaft großer Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur Landesverteidigung, die mit Kriegsbegeisterung jedoch nicht gleichgesetzt werden kann.

Mit der Aufgabe ihrer Antikriegspolitik stand die Sozialdemokratie der weiteren Entwicklung ohne eigene Handlungsoption gegenüber. Nicht nur, dass sich die Vorstellung von der kriegsverhindernden Kraft der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung als Illusion erwiesen hatte – der SPD fehlte aufgrund ihrer Betonung der Friedfertigkeit der deutschen Regierung im Moment der Entscheidung auch der konkrete Ansatzpunkt für eine oppositionell-kriegsgegnerische Politik. Unter dem Eindruck des die Öffentlichkeit beherrschenden Nationalismus und der reibungslos verlaufenden Mobilisierung erschienen die eigenen Voraussagen über den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft im Krieg ihrer Glaubwürdigkeit beraubt.<sup>44</sup>

Während Karl Liebknecht im Ergebnis der Beratungen der SPD-Reichstagsfraktion am 3. und 4. August 1914 nur noch den Zusammenbruch des linksradikalen Flügels konstatieren konnte,<sup>45</sup> versuchte Rosa Luxemburg vergeblich, eine Protestaktion gegen die Fraktionsentscheidung zu organisieren.<sup>46</sup> Am 4. August 1914 hatte sich zunächst der revisionistisch/refor-

<sup>42</sup> Ebenda. S. 49.

<sup>43</sup> Bollinger, Stefan: Weltbrand, »Urkatastrophe« und linke Scheidewege. Fragen an den »Großen Krieg«. Berlin 2014. S. 145–147.

<sup>44</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 64.

<sup>45</sup> IML (Hrsg.): Karl Liebknecht. Gesammelte Reden und Schriften Bd. VIII. August 1914 bis April 1916. Berlin 1966. S. 20.

<sup>46</sup> Laschitzka, Annelies: Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie. Berlin 1996 (2. Auflage) S. 467.



mistische Parteiflügel durchgesetzt. Ludwig Frank, einer seiner bekanntesten Vertreter, brachte es auf den Punkt, als er sinngemäß formulierte, man würde statt eines Massenstreikes einen Krieg für das bislang unerreichte demokratische Wahlrecht in Preußen führen.<sup>47</sup> War die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung bis zum 4. August 1914 als Erfüllung der Wehrpflicht gemeint, so bedeuteten die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion die Akzeptanz des Burgfriedens und damit die vorbehaltlose Unterstützung der Regierung den Bruch mit ihren bisherigen politischen Grundsätzen.<sup>48</sup>

## 2.2. Zu den Anfängen der innerparteilichen Opposition in Thüringen

In Thüringen hatte sich die SPD bis zur Reichstagswahl 1912 zur politisch stärksten regionalen Kraft entwickelt, die mit Ausnahme des katholischen Eichsfeldes von nahezu der gesamten Arbeiterschaft und Teilen des demokratischen Kleinbürgertums unterstützt wurde. Aufgrund der spezifischen territorialen, politischen und ökonomischen Entwicklung war die thüringische Sozialdemokratie weniger eine Klassenpartei des Industrieproletariats als vielmehr eine »Partei der kleinen Leute«.<sup>49</sup> Auf dieser Basis hatte sie in der kleinstaatlichen Landespolitik – wenn auch abhängig vom jeweiligen Landtagswahlrecht und in den engen Grenzen des Obrigkeitsstaates – durchaus politischen Einfluss. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges dominierten vor Ort je nach Landesorganisation der revisionistisch/reformistische Parteiflügel bzw. das marxistische Zentrum. Die radikal-linken Vorstellungen hatten ihre Zentren lediglich in Gotha um die Redaktion der SPD-Zeitung *Volksblatt* (Redakteur Otto Geithner) und in Jena unter den Mitgliedern des »Diskutierclubs« um Emil Höllein.<sup>50</sup> Vor diesem Hintergrund stieß die »Politik des 4. August« in der Thüringer SPD zunächst auf wenig Widerstand. Bereits am 30. Juli 1914 hatte der Reichstagsabgeordnete Heinrich Schulz auf der Antikriegskundgebung im Erfurter Gewerkschaftshaus »Tivoli« vor 3 000 Teilnehmern erklärt, trotz ihrer Friedensliebe denke die Sozialdemokratie nicht daran, das Vaterland von den russischen

<sup>47</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 72.

<sup>48</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 53.

<sup>49</sup> Wolfrum, Andreas: Die Sozialdemokratie im Herzogtum Sachsen-Altenburg zwischen 1848 und 1920. Köln Weimar Wien 2003. S. 303.

<sup>50</sup> Hess, Ullrich: Geschichte Thüringens 1866 bis 1914. Aus dem Nachlass herausgegeben von Volker Wahl. Weimar 1991. S. 400/401.

Kosakenherden zerstampfen zu lassen. »Jeder Sozialdemokrat werde im bevorstehenden Krieg seine Pflicht tun müssen!«<sup>51</sup> Am 4. August 1914 schrieb das *Saalfelder Volksblatt*, in dieser weltgeschichtlichen Situation könne die Sozialdemokratie bei der Verteidigung des Vaterlandes nicht abseits stehen.<sup>52</sup> Die Weimarer SPD-Mitgliederversammlung erklärte sich einen Tag später mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten einverstanden,<sup>53</sup> und die *Weimarische Volkszeitung* schrieb: »Wir, die wir niemandes Knechte sein wollen, wollen nicht Knechte des russischen Zaren werden.«<sup>54</sup> Auch das *Gothaer Volksblatt*, das bald zu den wenigen gegen den Burgfrieden opponierenden Parteiblättern gehören sollte,<sup>55</sup> stimmte unmittelbar nach Kriegsbeginn in die Kampfaufrufe gegen den Zarismus ein.<sup>56</sup>

Wer sich einen kritischen Blick bewahrt hatte, konnte schnell mit dem Vorwurf des »Landesverrats« konfrontiert werden. So erging es dem jungen Zeiss-Arbeiter Curt Böhme, als er nach dem erstmaligen Läuten der »Siegessglocken« Mitte August 1914 seine Arbeitskollegen mahnte, das darin enthaltene Totengeläut für die gefallenen Väter, Söhne und Brüder zu erkennen und daraus Schlussfolgerungen gegen den Krieg zu ziehen.<sup>57</sup> Bereits am Abend des 1. August 1914 war Böhme mit einigen Mitgliedern des Diskutierclubs zusammengekommen, um zu erörtern, wie der Kriegspolitik begegnet werden müsse. Die Teilnehmer dieses Treffens werteten die Mobilmachung als Beginn der von den herrschenden Klassen Deutschlands seit langem gesuchten Auseinandersetzung mit den anderen imperialistischen Mächten und lehnten die Losung von der Vaterlandsverteidigung als Mittel zur Kriegsbegeisterung ab.<sup>58</sup> In Erwartung eines kurzen Krieges akzeptierten die Jenaer Oppositionellen zunächst den vom SPD-Parteiausschuss am 27. September 1914 beschlossenen »innerparteilichen Burgfrieden«, der jegliche innerparteiliche Debatte zur Kriegskredit-Zustimmung untersagte.<sup>59</sup> Ihn durchbrachen als erste Thüringer Sozialdemokraten die Redakteure des *Gothaer Volksblattes*, als sie in der Ausgabe vom 14. Septem-

<sup>51</sup> Gutsche, Willibald: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt während des 1. Imperialistischen Weltkrieges und der Novemberrevolution. Erfurt 1963. S. 67/68.

<sup>52</sup> zitiert nach Schulze, Gerhard: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. Erfurt 1976. S. 19.

<sup>53</sup> Weimarische Volkszeitung, 07.08.1914.

<sup>54</sup> Weimarische Volkszeitung, 06.08.1914.

<sup>55</sup> Bartel, Walter: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Berlin 1958. S. 190.

<sup>56</sup> Seeber: Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg. S. 319.

<sup>57</sup> Böhme, Curt: Erinnerungen im Jahre 1966; in: Sassning, Ronald: Die Jenaer Osterkonferenz 1916 und ihre aktuellen Lehren. Materialien und Dokumente zum 50. Jahrestag. Gera 1967. S. 63.

<sup>58</sup> Neue Zeitung, 01.08.1919.

<sup>59</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 77/78.

ber 1914 die Zustimmung zu den Kriegskrediten kritisierten. Nachfolgend setzte sich das *Volksblatt* immer kritischer mit der »Politik des 4. August« auseinander und lobte demgegenüber die bolschewistischen Duma-Abgeordneten für ihre Ablehnung der zaristischen Kriegspolitik. Zugleich berichtete es über den Konflikt um die *Schwäbische Tagwacht*.<sup>60</sup> Im März 1915 wurde das *Volksblatt* verboten.<sup>61</sup> Wilhelm Bock, der sich Anfang 1915 geweigert hatte, Geithner als verantwortlichen Redakteur zu entlassen, gelang es, das Blatt unter dem Namen *Gothaer Generalanzeiger* in eigener Verantwortung weiterzuführen.<sup>62</sup>

Das »Nein« Karl Liebknechts zu den Kriegskrediten am 2. Dezember 1914 im Deutschen Reichstag, vom *Gothaer Volksblatt* ebenfalls verteidigt,<sup>63</sup> machte vor dem Hintergrund der Entwicklung des Herbstes 1914 die bereits existierende innerparteiliche Opposition öffentlich. Sie gewann allmählich Rückhalt, als sich herausstellte, dass der Krieg nicht von kurzer Dauer sein würde, Deutschland nicht angegriffen worden war und die Parteiführung trotz erster Annexionsforderungen an der »Politik des 4. August« festzuhalten gedachte.<sup>64</sup> Vor allem in der Parteijugend griffen Skepsis und Ablehnung des Burgfriedens um sich. So verweigerte die »Zentralstelle für die Arbeitende Jugend« im Oktober 1914 mit großer Mehrheit die Mitarbeit an den militaristisch ausgerichteten bürgerlichen Jugendwehren.<sup>65</sup> Curt Böhme war als Vorsitzender der Arbeiterjugend-Bezirksleitung Thüringen maßgeblich an diesem Beschluss beteiligt. Eine Konferenz der ostthüringischen Jugendausschüsse bekräftigte im November 1914 diese Position.<sup>66</sup> Hier zeigte sich die Wirkung der von Karl Liebknecht vor dem Ersten Weltkrieg auch in Thüringen betriebenen antimilitaristischen Agitation, die große Teile der thüringischen Arbeiterjugend beeinflusst hatte.<sup>67</sup> Thüringen gehörte zu den Hochburgen der oppositionellen Jugendgruppen. Sie trafen sich Ostern 1916 in Jena zu einer illegalen Reichskonferenz,<sup>68</sup>

<sup>60</sup> Am 4. November 1914 entließ der Landesvorstand der Württembergischen SPD in einem »Gewaltstreich« die oppositionelle Redaktion des Stuttgarter Parteiblattes. In der Konsequenz dessen kam es bereits im Frühjahr 1915 in Württemberg zur Parteispaltung. Ebenda. S. 82–86.

<sup>61</sup> Seeber: Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg. S. 321.

<sup>62</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 30/31.

<sup>63</sup> Seeber: Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg. S. 319/320.

<sup>64</sup> Groh: Negative Integration. S. 715.

<sup>65</sup> Luban, Ottokar: Die Auswirkungen der Jenaer Osterkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe. Archiv für Sozialgeschichte Band XI. 1971. S. 187/188.

<sup>66</sup> Weimarerische Volkszeitung, 23. 11. 1914.

<sup>67</sup> Hess: Geschichte Thüringens. S. 400.

<sup>68</sup> Hesselbarth, Mario: Die illegale Jenaer Jugendkonferenz Ostern 1916; in: Hellmann, Birgit; Mieth, Matias (Hrsg.): Heimatfront. Eine mitteldeutsche Universitätsstadt im Ersten Weltkrieg. Jena 2014. S. 291–304.

die von Karl Liebknecht und der von ihm verfassten Resolution<sup>69</sup> geprägt wurde. Von ihm war im Frühjahr 1915 auch maßgeblich die Initiative für das Protestschreiben an den SPD-Parteivorstand vom 9. Juni 1915<sup>70</sup> ausgegangen, in dem etwa 1000 sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder aus dem gesamten Reich eine Abkehr von der Burgfriedenspolitik forderten. Aus Thüringen kamen mindestens 54 Unterschriften, wobei die Herkunftsorte der Unterzeichner mit den späteren Hochburgen der USPD übereinstimmten. In Gotha hatten sich die Partei- und Gewerkschaftsleitung sowie die Landtagsfraktion dem Protest angeschlossen. Weitere Unterschriften kamen aus Erfurt, Nordhausen, Gera, Sömmerda und Jena.<sup>71</sup> In der Saalestadt waren die oppositionellen Sozialdemokraten – als Wandergruppe getarnt – im Herbst 1914 vierzehntäglich zusammengekommen, um sich zu politischen Fragen auszutauschen.<sup>72</sup> Aus anderen Kreisen stammendes Material wurde im Ortsverein verbreitet. So lief Liebknechts illegal gedruckter Briefwechsel mit dem Parteivorstand<sup>73</sup> in Jena »von Hand zu Hand«,<sup>74</sup> das »Manifest der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz«<sup>75</sup> wurde per Post weitergeleitet.<sup>76</sup> Liebknechts Broschüre »Klassenkampf gegen den Krieg« war ebenso im Umlauf wie einige Exemplare der von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebenen Zeitschrift *Internationale*. Deren Erscheinen war das Ergebnis eines Treffens von Parteilinken, das am 5. März 1915 in Berlin stattgefunden hatte.<sup>77</sup> Otto Geithner, der einzige Thüringer Teilnehmer, wurde durch seine Einberufung zum Militär gehindert, in seinem Wirkungsbereich weitere Mitstreiter für die sich konstituierende Gruppe »Internationale« zu gewinnen.<sup>78</sup> Ebenfalls im Frühjahr 1915 erhielt Emil Höllein seine Einberufung; an seine Stelle trat als Leiter der Jenaer Opposition Curt Böhme.<sup>79</sup>

<sup>69</sup> IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien. Reihe 2 Bd. 1. S. 365.

<sup>70</sup> Ebenda. S. 169–185.

<sup>71</sup> Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Köln Weimar Wien 2011. S. 141.

<sup>72</sup> Schulz: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. S. 31.

<sup>73</sup> IML (Hrsg.): Karl Liebknecht. Gesammelte Reden und Schriften Bd. VIII. S. 32–52.

<sup>74</sup> Georg Schumann an Liebknecht vom 7. 12. 1914; in: Bartel: Die Linken. S. 602.

<sup>75</sup> IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II. Bd. 1. Berlin 1958. S. 125 – 127.

<sup>76</sup> Böhme, Curt: Erinnerungen aus der politischen Arbeit in Stadt und Unterbezirk Jena in den Jahren um den ersten Weltkrieg. Gera 1957. unveröffentlichtes Manuskript. Staatsarchiv Rudolstadt 5-95-2500-23 Bl. 72.

<sup>77</sup> Bartel: Die Linken. S. 221/222.

<sup>78</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S. 24.

<sup>79</sup> Schulz: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. S. 58.

Am 19. Juni 1915 veröffentlichten der SPD-Parteivorsitzende Hugo Haase sowie die beiden Parteitheoretiker Karl Kautsky und Eduard Bernstein in der *Leipziger Volkszeitung* ihren Aufruf »Das Gebot der Stunde«. Sie kennzeichneten vor dem Hintergrund der zunehmenden Annexionsforderungen den Krieg als Eroberungskrieg. Die Sozialdemokratie müsse sich entscheiden, ob sie weiterhin die Kriegskredite befürworten oder entsprechend ihrer bisherigen Tradition im Interesse des arbeitenden Volkes aktiv für den Frieden eintreten wolle.<sup>80</sup> Die Verfasser hatten sich dem »Unterschriftenflugblatt« bewusst nicht angeschlossen, obwohl Kautsky und Bernstein von den Initiatoren in die ersten Diskussionen einbezogen worden waren. Zwar begrüßten sie die allgemeine Tendenz des Protestschreibens vom 9. Juni, machten für ihre Entscheidung jedoch inhaltliche Differenzen geltend.<sup>81</sup> »Das Gebot der Stunde« markierte jedoch insofern eine »taktische Wende des marxistischen Zentrums«, weil es nun ebenfalls offen die sozialdemokratische Burgfriedenspolitik kritisierte<sup>82</sup> und eine Abkehr forderte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich das linke Zentrum um Haase und Kautsky, zu dem auch Wilhelm Bock zu zählen ist,<sup>83</sup> im Interesse der Parteinheit nicht offen gegen die »Politik des 4. August« gestellt. Nachdem es jedoch mit seinem Vorhaben, die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion wieder auf den Boden des sozialdemokratischen Programms zurückzuführen, im Herbst 1915 endgültig gescheitert war, stimmten am 21. Dezember 1916 neben Karl Liebknecht und Otto Rühle auch 18 zentristische Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit im Reichstagsplenum gegen die Kriegskredite.<sup>84</sup>

Das nun folgende massive Vorgehen der Partei- und Fraktionsführung gegen die Minderheit und insbesondere der Ausschluss Karl Liebknechts aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 12. Januar 1916<sup>85</sup> riefen in der SPD nicht nur zahlreichen Widerspruch<sup>86</sup> hervor, sondern trugen auch in Thüringen wesentlich zum Entstehen der innerparteilichen Opposition bei. Die Versammlung der Wahlkreisvertrauensleute in Nordhausen erklärte, das Vorgehen des Parteivorstandes sei ein weiterer Beleg

<sup>80</sup> Prager, Eugen: *Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Berlin 1921. S. 72–74.

<sup>81</sup> Miller: *Burgfrieden und Klassenkampf*. S. 109.

<sup>82</sup> Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*. S. 17.

<sup>83</sup> Krause: *USPD*. S. 55.

<sup>84</sup> Krause: *Krieg und nationale Integration*. S. 215–219.

<sup>85</sup> Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*. S. 19.

<sup>86</sup> Krause: *USPD*. S. 63.

»für die Entfernung der Parteiführung von jenen sozialdemokratischen Grundsätzen, die die Haltung der Partei und der Fraktion im politischen Kampfe bestimmen müssten«. Deshalb unterstützten die Nordhäuser die Haltung ihres Abgeordneten Oskar Cohn,<sup>87</sup> der am 21. Dezember 1915 ebenso wie Wilhelm Bock und Emanuel Wurm mit der Fraktionsminderheit gestimmt hatte.<sup>88</sup> Eine von 70 Parteifunktionären besuchte Wahlkreis-konferenz in Reuß j. L. sprach sowohl der Reichstagsfraktion als auch dem Parteiausschuss das Recht ab, über die aufgetretenen Differenzen Entscheidungen zu treffen, die nur einem Parteitag vorbehalten waren. Damit unterstützte auch sie das Votum Emanuel Wurms, der bereits im Juli 1915 von der Mitgliederversammlung in Gera/Lusan aufgefordert worden war, gegen die Kriegskredite zu stimmen.<sup>89</sup>

### 2.3. Zur Gründung der USPD Thüringen

Ende Dezember 1916 berief der Vorstand der *Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft* (SAG) eine Oppositionskonferenz ein. Sie war von jenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gebildet worden, die am 24. März 1916 aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen worden waren, weil sie im Reichstagsplenum entgegen der Fraktionsmehrheit den Nachtragsetat abgelehnt hatten.<sup>91</sup> Den Anlass für die Oppositionskonferenz bildete der »Vorwärts-Raub«, mit dem der SPD-Vorstand durch Entlassung der burgfriedenskritischen Redakteure das wichtigste Organ der Partei unter seine Kontrolle nahm.<sup>92</sup> Durch solche Praktiken wurde die Opposition entgegen ihren ursprünglichen Absichten dazu gedrängt, »ihre eigene Partei zu gründen, um überhaupt wieder über ein Sprachrohr für ihre Vorstellungen zu verfügen«. <sup>93</sup> Der Parteivorstand bedrohte indes die Teilnehmer der angekündigten Oppositionskonferenz mit dem Parteiausschluss.<sup>94</sup> Die SAG-Führung um Hugo Haase ging das Risiko dennoch ein, weil sie die Empörung großer Teile der Partei gegenüber dem Agieren des Parteivorstandes wahrnahm und zudem befürchtete, die Anfang Januar 1916 gegründete Spar-

<sup>87</sup> Weimarerische Volkszeitung, 20.01.1916.

<sup>88</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S.28.

<sup>89</sup> Weimarerische Volkszeitung, 20.01.1916. Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S.38.

<sup>90</sup> Prager: Geschichte der USPD. S.121/122.

<sup>91</sup> Krause: USPD. S.64/65.

<sup>92</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S.145/146.

<sup>93</sup> Brandt, Lehnert: »Mehr Demokratie wagen«. S.108.

<sup>94</sup> Krause: USPD. S.79.

takusgruppe könne mit Erfolg den Austritt aus der Partei propagieren.<sup>95</sup> Tatsächlich war die um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht organisierte radikale Linke das treibende Element innerhalb der Opposition. Sie zwang das marxistische Zentrum zum Handeln, wie der oft zitierte Brief Karl Kautskys an Victor Adler, den Vorsitzenden der österreichischen Sozialdemokratie, vom 7. August 1916 belegt. Die Frage sei nicht, *ob* die Opposition, sondern *welche* Opposition siegen werde. »Die Gefahr, die von der Spartakusgruppe droht, ist eine große. Ihr Radikalismus entspricht den augenblicklichen Bedürfnissen der ungeschulten Massen. Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben.«<sup>96</sup>

Die Mehrheit der Teilnehmer<sup>97</sup> der am 7. Januar 1917 im Berliner Reichstag tagenden Oppositionskonferenz erklärte ihren Willen, in der Partei verbleiben zu wollen. Überall dort, wo sie in den lokalen/regionalen Parteigliederungen in der Minderheit waren, wollten sie um die Mehrheit kämpfen. Orts- und Kreisorganisationen, die die oppositionellen Ansichten teilten, sollten enger zusammenarbeiten. Damit lehnte die Opposition zugleich die von einigen lokalen Organisationen praktizierte und von der Spartakusgruppe geforderte Beitragssperre ab. Vielmehr sei es Aufgabe der Opposition, die arbeitende Klasse wieder auf das alte Kampffeld zurückzuführen und die grundsätzliche Politik der Sozialdemokratie zu befördern.<sup>98</sup> Was damit gemeint war, hatte Hugo Haase einleitend in seinem Referat formuliert: »Wir wollen aber nicht eine Partei des Reformismus werden (...) Wir wollen eine Partei der Demokratie und des Sozialismus sein!«<sup>99</sup>

Am 18. Januar 1917 reagierte der Parteiausschuss auf die Oppositionskonferenz mit dem Ausschluss der Mitglieder der *Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft* und ihrer Anhänger aus der SPD.<sup>100</sup> Daraufhin rief die Führung der SAG am 9. Februar 1917 alle oppositionellen Sozialdemokraten auf, sich zusammenzuschließen.<sup>101</sup> Der Wahlkreisverein Reuß j. L. sprach sich in seiner Versammlung am 21. Januar 1917 erneut für die SAG aus und forderte zugleich, die Einheit der Partei zu bewahren.<sup>102</sup> Der Vorstand der Jenaer

<sup>95</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 153.

<sup>96</sup> IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien. Reihe 2 Bd. 1. S. 430/431.

<sup>97</sup> Aus Thüringen nahmen Wilhelm Bock, Emil Grabow, Emil Vetterlein, Paul Leven, Alfred Schmiedel, Hannes Schwebe, Richard Zimmermann und vier weitere oppositionelle Sozialdemokraten teil. Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 84

<sup>98</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 151.

<sup>99</sup> Protokoll 1917: S. 89.

<sup>100</sup> Krause: USPD. S. 79.

<sup>101</sup> Prager: Geschichte der USPD. S. 133–135.

<sup>102</sup> Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 87.

SPD-Ortsgruppe wies die Kritik des Wahlkreisvorstandes Weimars zurück, die offizielle Delegation Richard Zimmermanns zur Oppositionskonferenz sei statutenwidrig gewesen. Zudem habe die Jenaer SPD zu keinem Zeitpunkt zum Boykott der Parteipresse aufgerufen oder für die Sperrung der Parteibeiträge plädiert.<sup>103</sup> Der in Opposition zur »Politik des 4. August« stehende Eisenacher SPD-Verein behielt sich am 28. Januar 1917 angesichts der von der Parteiführung angedrohten organisatorischen Konsequenzen eigene Schritte vor.<sup>104</sup> In der Mitgliederversammlung der Erfurter SPD am 24. Januar 1917 äußerte der stellvertretende Vereinsvorsitzende in seinem einleitenden Referat die Hoffnung, dass der Krieg bald beendet sei, damit ein Parteitag den Konflikt entscheiden könne. Der Reichstagsabgeordnete Paul Reißhaus brachte in der anschließenden Diskussion die eigentliche Spaltungsursache fast resignierend auf den Punkt. Sie liege in der »Politik des 4. August«, mit der die Mehrheit die Partei »in eine reformsozialistische Partei umwandeln« wolle. »Die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung war das Hauptziel der alten sozialdemokratischen Partei. Jetzt wollen sie am Tische der Regierung Platz haben. Das sei nur möglich bei einer Aussöhnung mit der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, was zu einer Verflachung und Aufgabe des alten Hauptzieles führen müsse. Gegen diese Entwicklung in der Partei wehre sich die Minderheit, die weit über den Kreis der ›Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft‹ hinausreiche. (...) Heute sei es den Reformisten möglich geworden, infolge des Kriegszustandes den Massen ihre Taktik aufzuzwingen (...) Jetzt erst wisse man, was man an den Genossen Singer, Bebel und Liebknecht und an allen anderen großen Führern gehabt habe.«<sup>105</sup>

Festhalten an der Parteieinheit, Kritik am Parteivorstand wegen seines statutenwidrigen Agierens gegenüber der Opposition und Ablehnung von oppositionellen Sonderorganisationen kennzeichneten die mehrheitliche Haltung im sozialdemokratischen Agitationsbezirk Groß-Thüringen, die von einer außerordentlichen Bezirkskonferenz am 18. Februar 1917 bestätigt wurde. »Die Organisation kennt kein Außerhalb der Partei stellen«, erklärte eine mit großer Mehrheit von den Delegierten auf Vorschlag des Bezirksvorstandes beschlossene Resolution, die jedoch keine inhaltliche Position im Parteikonflikt bezog, was der unterschiedlichen Haltung der einzelnen lokalen/regionalen Parteiorganisationen entsprach. Dennoch

<sup>103</sup> Weimarerische Volkszeitung, 15. 01. 1917.

<sup>104</sup> Weimarerische Volkszeitung, 01. 02. 1917.

<sup>105</sup> zitiert nach Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt. S. 81/82.



hatte die Abstimmung über die beiden der Bezirkskonferenz ebenfalls unterbreiteten Alternativanträge kenntlich gemacht, dass die Anhänger des Parteivorstandes im Agitationsbezirk Groß-Thüringen deutlich in der Minderheit waren. Ihre Resolution erhielt lediglich neun Fürstimmen bei 26 Ablehnungen. Demgegenüber bekam die von Wilhelm Bock und Emanuel Wurm zugunsten der SAG eingereichte Resolution mit 17 Ja- gegenüber 21 Neinstimmen eine deutlich größere Unterstützung, auch wenn sie insgesamt nicht mehrheitsfähig war.<sup>106</sup> Deshalb drängte der Gothaer SPD-Kreisvorstand auf eine inhaltliche Entscheidung und lud für den 7. März 1917 zur einer »Konferenz der Opposition für Thüringen« ein.<sup>107</sup> Sie fand am 25. März 1917 in Gotha statt. SAG-Anhänger aus zehn Wahlkreisen nahmen daran teil.<sup>108</sup> Aus den wenigen Überlieferungen geht hervor, dass sich die Thüringer Oppositionskonferenz mit der Vorbereitung der für den 6. April 1917 nach Gotha einberufenen Reichskonferenz der Opposition befasste, die zum Gründungsparteitag der USPD (6.–8 April 1917) werden sollte.<sup>109</sup> Die Einladung lag seit Mitte März 1917 vor.<sup>110</sup> Für die nach dem USPD-Gründungsparteitag<sup>111</sup> auch in Thüringen erfolgte Spaltung der Sozialdemokratie lassen sich die Konturen sehr eindeutig entlang der lokalen/regionalen Parteigeschichte und -tradition nachzeichnen.<sup>112</sup> In den Wahlkreisorganisationen Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meinigen und Schwarzburg-Rudolstadt hatte die reformistisch/revisionistische Richtung vor dem Ersten Weltkrieg dominiert. Sie verblieben nahezu geschlossen in der Partei, die sich nun *Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands* (MSPD) nannte. Ebenso gingen die in der Vorkriegszeit zentristisch orientierten Organisationen in den beiden reußischen Staaten, in Sachsen-Gotha sowie Schwarzburg-Sondershausen fast vollständig zur USPD über. Dies gilt auch für die zu Preußen gehörenden Wahlkreisorganisationen Erfurt-Schleusingen, Nordhausen, Mühlhausen-Langensalza und Heiligenstadt-Worbis.<sup>113</sup> Zur Spaltung kam es hingegen in Sachsen-Weimar und in Jena.<sup>114</sup>

<sup>106</sup> Weimarerische Volkszeitung, 22. 02. 1917.

<sup>107</sup> Weimarerische Volkszeitung, 17. 03. 1917.

<sup>108</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 60.

<sup>109</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 27.

<sup>110</sup> Protokoll 1917: S. 7.

<sup>111</sup> An ihm nahmen aus Thüringen 15 Delegierte teil. Außer Wilhelm Bock der in die Kontrollkommission gewählt wurde nennt das offizielle, jedoch unvollständige Protokoll keine weiteren Teilnehmer aus Thüringen. Protokoll 1917: S. 38. Aus Gotha nahmen Else Brill und Emil Grabow teil. Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 62. Der bereits zur Oppositionskonferenz am 7. Januar 1917 mit einem Mandat seiner Jenaer Ortsgruppe ausgestattete Richard Zimmermann gehörte ebenfalls zu den Delegierten. Schulz: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. S. 91.

<sup>112</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 174.

<sup>113</sup> Hess: Geschichte Thüringens. S. 410. Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S. 30

<sup>114</sup> Schulz: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. S. 92/93.

### 3. DIE USPD THÜRINGEN WIRD MASSENPARTEI DER REVOLUTIONÄREN ARBEITERSCHAFT

#### 3.1. Zu den Anfängen der revolutionären Massenbewegungen in Thüringen

An jenem 6. April 1917, als in Gotha der USPD-Gründungsparteitag begann, traten die USA infolge des vom Deutschen Kaiserreich praktizierten uneingeschränkten U-Boot-Krieges in den Ersten Weltkrieg ein. Drei Wochen zuvor war der russische Zar gestürzt worden. Obwohl Hugo Haase in seiner Begrüßungsansprache an die Delegierten des USPD-Gründungsparteitages dieses Ereignis begrüßt hatte,<sup>115</sup> schienen viele dessen Bedeutung kaum zu verstehen.<sup>116</sup> Tatsächlich fand die Verständigung über praktische Konsequenzen außerhalb der offiziellen Tagesordnung statt. Im Verlauf eines Treffens von Delegierten, das ursprünglich Fragen der Gewerkschaftsarbeit diskutieren sollte, gab ein Berliner Vertreter die Vorbereitungen für einen Streik bekannt. Nachdem sich weitere Anwesende ebenfalls für einen Ausstand ausgesprochen hatten, wurde über ein unmittelbares Vorgehen schnell Einigkeit erzielt.<sup>117</sup> Als Folge des »Kohlrübenwinters« 1916/17 hatte die Protestbereitschaft insbesondere der Arbeiter in der Rüstungsindustrie massiv zugenommen. Die Ankündigung weiterer Kürzungen der Brotationen war der Anlass für die Vorbereitungen auf den Aprilstreik 1917,<sup>118</sup> der seine Schwerpunkte in den USPD-Hochburgen Berlin mit 300 000 und Leipzig mit 30 000 Streikenden hatte. In beiden Städten wurden Arbeiterräte gewählt. Doch nicht nur an diesem Punkt wirkte das russische Vorbild: In einer Leipziger Streikversammlung wurde erklärt, die Arbeiter in Russland hätten das Mittel zur Beendigung des Krieges aufgezeigt – die Errichtung der Demokratie.<sup>119</sup>

Thüringen wurde vom Aprilstreik 1917 nicht direkt erfasst. Erst nach dem Ende der Ausstände in Berlin und Leipzig kam es im Gothaer Gebiet zu vereinzelten, voneinander isolierten Streikaktionen.<sup>120</sup> Infolge der sich zu-

<sup>115</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 26.

<sup>116</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 161.

<sup>117</sup> Ebenda. S. 293.

<sup>118</sup> Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. Göttingen 1973. S. 61.

<sup>119</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 34/35.

<sup>120</sup> Seeber: Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg. S. 322.

nehmend verschlechternden Versorgungssituation hatten aber auch hier ab 1915 soziale Proteste eingesetzt, in denen zugleich die Sehnsucht nach Frieden offenkundig wurde. Am 31. März 1915 war vom Gothaer Gewerkschaftskartell eine große Frauenversammlung einberufen worden, die »gegen die Preiserhöhungen, insbesondere gegen den Anstieg der Milchpreise« protestierte.<sup>121</sup> Im Jenaer Gewerkschaftshaus fand am 8. November 1915 eine massenhaft besuchte Volksversammlung statt, die sich gegen die ungerechte Lebensmittelversorgung und den Preiswucher richtete. Sie forderte »die Beschlagnahme aller notwendigen Lebensmittelvorräte und die generelle Einführung von Lebensmittelkarten« sowie die Unterstützung der sozial besonders Benachteiligten.<sup>122</sup> Am 6. April 1916 zogen in Gera hunderte Frauen zur fürstlichen Residenz und verlangten mehr Lebensmittel sowie die Rückkehr ihrer Männer von den Fronten. In Altenburg demonstrierten am 23. Juli 1916 etwa 660 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die bestehenden Zustände, Ende Oktober streikten Altenburger Metallarbeiter für höhere Löhne.<sup>123</sup> Anfang 1917 demonstrierten in Gera erneut Frauen gegen die mangelhafte Versorgung, und am 24. März 1917 streikten in Gorma bei Altenburg 63 Bergarbeiter.<sup>124</sup> Insgesamt fanden bis April 1917 in Thüringen 66 Streiks mit 2 221 Teilnehmenden statt.<sup>125</sup>

Als Mitte Juli 1917 in Jena die Kartoffellieferungen ausblieben und mehrere Protestaktionen dagegen keine Wirkung zeigten, traten am 25. Juli die Belegschaften der Unternehmen Zeiss und Schott in einen mehrstündigen Generalstreik.<sup>126</sup> Der Ausstand begann spontan. »Ganz eruptiv zum gemeinsamen Handeln in Bewegung gekommen, ließen sich die Massen jedoch nicht mehr halten.«<sup>127</sup> Da USPD-Mitglieder als Sprecher und Vertreter der Streikenden auftraten, wurde dem Streik eine politische Dimension beigegeben. Zugleich reihte sich der Jenaer Ausstand in die Kette von lokalen/regionalen Protesten und Streiks ein, die im Sommer 1917 auf den Aprilstreik gefolgt waren.<sup>128</sup> So protestierten ebenfalls am 25. Juli 1917 mehr als 500 Frauen in Altenburg gegen die schlechte Versorgung und forderten

<sup>121</sup> Ebenda, S. 319.

<sup>122</sup> Schulze: *Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus*. S. 53.

<sup>123</sup> Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen*. S. 26

<sup>124</sup> Facius, Friedrich: *Politische Geschichte Thüringens von 1828–1945*. in Patze, Hans; Schlesinger, Walter (Hrsg.) *Geschichte Thüringens. Politische Geschichte in der Neuzeit*. Bd. 2. Köln/Wien 1978. S. 304.

<sup>125</sup> Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen*. S. 26

<sup>126</sup> Schulze: *Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus*. S. 53.

<sup>127</sup> *Volkszeitung*, 27. 07. 1917.

<sup>128</sup> Schönhoven, Klaus: *Die Kriegspolitik der Gewerkschaften*; in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkungen, Wahrnehmungen, Analyse*, München 1994. S. 686.

»Schluss mit dem Krieg«. <sup>129</sup> Nach der Aufdeckung von Kartoffelschiebungen kam es am 31. Juli 1917 in Gera zu den bis dahin größten Hungerunruhen in Thüringen. <sup>130</sup>

Die russische Oktoberrevolution und insbesondere Lenins »Dekret für einen gerechten und annexionslosen Frieden vom 8. November 1917« wurden von beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands begrüßt. Während die MSPD jedoch eher zurückhaltend reagierte, <sup>131</sup> hob die USPD-Führung in ihrem Aufruf »An das sozialistische Proletariat Deutschlands!« vom 12. November 1917 die weltgeschichtliche Bedeutung des Petrograder Oktoberumsturzes hervor. <sup>132</sup> Die am 22. Dezember 1917 zwischen den Mittelmächten und dem revolutionären Russland in Brest-Litowsk aufgenommen Friedensverhandlungen wurden von der deutschen Arbeiterschaft mit großen Erwartungen und Hoffnungen sowie der Bereitschaft begleitet, aktiv für den Frieden einzutreten. Vor allem die »Revolutionären Obleute« der Berliner Großbetriebe, ein Netzwerk von etwa 80 oppositionellen hochqualifizierten Berliner Facharbeitern, <sup>133</sup> hatten diese Stimmung aufmerksam registriert. Deshalb forderten sie von der zögernden USPD-Führung die Auslösung einer Massenaktion. Im Ergebnis kontroverser Diskussionen wandten sich die USPD-Reichstagsabgeordneten am 10. Januar 1918 an die »Männer und Frauen des werktätigen Volkes«, <sup>134</sup> die sie indirekt zum Streik aufriefen. Am 28. Januar begann der Berliner Januarstreik, an dem sich ca. 400 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten. Sie forderten Frieden ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Wiederherstellung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die Freilassung der politischen Gefangenen sowie eine umfassende Demokratisierung, vor allem die Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen. <sup>135</sup> Diese Berliner Forderungen »beinhalteten eine Veränderung der halbabsolutistischen Staatsform und hatten damit einen revolutionären Charakter«. <sup>136</sup>

<sup>129</sup> Facius: Geschichte Thüringens. S. 305.

<sup>130</sup> Pöhland: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 14.

<sup>131</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 152.

<sup>132</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 44.

<sup>133</sup> Hoffrogge, Ralf: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution. Berlin 2008. S. 31/32.

<sup>134</sup> IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien. Reihe 2. Bd. 1. S. 59–61.

<sup>135</sup> Ebenda. S. 75.

<sup>136</sup> Luban, Ottokar: Die Massenstreiks für Frieden und Demokratie im Ersten Weltkrieg; in: Boebel, Chaja; Wentzel, Lothar (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918. Hamburg 2008. S. 22.

Von Berlin aus breitete sich der Massenstreik in die Zentren der deutschen Rüstungsindustrie aus. Obwohl die Erfurter Gewehrfabrik unter einer rigiden Kriegsgesetzgebung stand, die Streik als Landesverrat mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren ahndete,<sup>137</sup> legten die Arbeiter in zwei Abteilungen nach Bekanntwerden der Berliner Ereignisse die Arbeit nieder. Es gelang ihnen jedoch nicht, den Streik auf den gesamten Betrieb auszuweiten. Die Erfurter *Tribüne* unterstützte diese Aktion, indem sie sich trotz mehrfacher Warnungen der Militärbehörden bereits am 27. Januar 1918 für einen Verständigungsfrieden einsetzte und in den nachfolgenden Tagen offen mit den Streikenden sympathisierte.<sup>138</sup> Die Arbeiter der Gothaer Waggonfabrik beschlossen am Abend des 31. Januar 1918 zu streiken. Als Streikleitung wurde ein Arbeiterrat gebildet, dem Wilhelm Bock angehörte. Vom 31. Januar bis 4. Februar 1918 beteiligten sich über 4 000 Beschäftigte am Streik, auf dessen Höhepunkt in acht Gothaer Betrieben teilweise oder ganz die Arbeit ruhte. Militär und Polizei kamen zum Einsatz.<sup>139</sup> Am Morgen des 1. Februar 1918 schloss sich die Zeissbelegschaft in Jena dem Massenstreik an und unterstützte die Berliner Forderungen. Auch hier wurde ein von beiden Arbeiterparteien paritätisch besetzter Arbeiterrat als Streikleitung gebildet. Er empfahl am 3. Februar den Abbruch des Streiks und wurde einen Tag später vom Garnisonskommandanten verboten.<sup>140</sup>

Obwohl der Januarstreik 1918 gemessen an seinem Anliegen erfolglos blieb, vermittelte er den Akteuren wichtige Erfahrungen.<sup>141</sup> Die während des Streiks gebildeten Arbeiterräte stellten auch in Thüringen nicht nur die mehr oder weniger spontan gewählten Streikleitungen dar. Sie bildeten ein »neues Instrument des politischen Klassenkampfes«,<sup>142</sup> mit dem die gemeinsame Handlungsfähigkeit der gespaltenen sozialistischen Arbeiterschaft wieder hergestellt worden war. Zugleich bewirkte diese Erfahrung die Ausbreitung des Rätegedankens, wobei sich im Sommer 1918 mit der Räteidee noch kein bestimmtes Programm, sondern die Revolution selbst verband. Mit der Bildung von Arbeiterräten zu drohen hieß, mit der Revolution zu drohen.<sup>143</sup> Die USPD profilierte sich im Januarstreik 1918 nachhaltig als

<sup>137</sup> Raßloff, Steffen: *Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserzeit und NS-Diktatur*. Köln Weimar Wien 2003. S. 129.

<sup>138</sup> Gutsche: *Die revolutionäre Bewegung in Erfurt*. S. 107/108.

<sup>139</sup> Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 90/91.

<sup>140</sup> Schulz: *Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus*. S. 111–117.

<sup>141</sup> Miller: *Burgfrieden und Klassenkampf*. S. 377–381.

<sup>142</sup> Kolb, Erhard: *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*. Düsseldorf 1972. S. 59.

<sup>143</sup> Ebenda.

»Partei der unzufriedenen und aufbegehrenden Arbeitermassen«. <sup>144</sup> Ihre Abgeordneten verteidigten die Streikenden im Reichstag. Die Verhaftung und Verurteilung führender Parteimitglieder wie Wilhelm Dittmann und Kurt Eisner, die somit das Schicksal der von den staatlichen Repressionen betroffenen Arbeiter teilten, erhöhte das Prestige der USPD. <sup>145</sup> In Gotha gelang es ihr, sich über ein Netz von Vertrauensmännern stärker in den Betrieben und auch in der Garnison zu verankern. <sup>146</sup> Andererseits konnten die staatlichen Repressionen gegen die Streikenden auch eine organisatorische Schwächung der USPD nach sich ziehen. In Jena wurden 120 Zeiss-Arbeiter, die gestreikt hatten, zum Heeresdienst befohlen, darunter der gesamte USPD-Vorstand. <sup>147</sup> Auch die Arbeiter der beiden bestreikten Abteilungen der Erfurter Gewehrfabrik wurden sofort zum Militär eingezogen. <sup>148</sup>

### 3.2. Die Novemberrevolution in Thüringen und die Parteikrise im Dezember 1918

Die Novemberrevolution 1918/19 markiert eine tiefgreifende Zäsur in der deutschen Geschichte. Sie setzte den Monarchien und der jahrhundertealten dynastischen Ordnung ein Ende und begründete die erste republikanische Verfassung in Deutschland. Parlamentarische Demokratie einschließlich des Frauenwahlrechts sowie Ansätze von Sozialstaatlichkeit und betrieblicher Mitbestimmung waren die wesentlichen historische Fortschritte der Weimarer Republik im Vergleich zum Kaiserreich, wenngleich dessen obrigkeitsstaatlichen Strukturen weiter wirken konnten und das durch sie geprägte Denken und Handeln großer Teile der Bevölkerung den Untergang der Republik im Januar 1933 vorbereiten halfen. Ihre unmittelbare Ursache hatte die Revolution in der militärischen Niederlage des deutschen Heeres an der Westfront im Sommer 1918. Kriegsmüdigkeit, Erschöpfung und Apathie einerseits sowie Protestbereitschaft andererseits kennzeichneten seit dem Sommer 1918 zunehmend die Stimmung in der Heimat wie an der Front. <sup>149</sup> Allmählich entstand eine revolutionäre Situation, deren Anzeichen die politisch wie militärisch Handelnden wahrzunehmen begannen.

<sup>144</sup> Miller: *Burgfrieden und Klassenkampf*. S. 377.

<sup>145</sup> Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*. S. 56/57.

<sup>146</sup> Seeber: *Zum Kampf der Gothaer Arbeiter gegen Militarismus und Krieg*. S. 325.

<sup>147</sup> Pöhlend: *Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen*. S. 128.

<sup>148</sup> Gutsche: *Die revolutionäre Bewegung in Erfurt*. S. 108.

<sup>149</sup> Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München 2014. S. 162.

Um den Ausbruch der Revolution zu verhindern, erklärte sich die MSPD bereit, in die Regierung einzutreten.<sup>150</sup> Es kennzeichnete die tatsächlichen politischen Kräfteverhältnis im Deutschen Kaiserreich, dass ohne Zustimmung der Obersten Heeresleitung die Bildung der Regierung unter Max von Baden unter Einschluss der MSPD am 3. Oktober 1918 nicht möglich gewesen wäre.<sup>151</sup> Die USPD bezeichnete den Regierungseintritt der Mehrheitssozialdemokratie als eine Maßnahme zur Stabilisierung des alten Systems.<sup>152</sup> In ihrem Aufruf »An das werktätige Volk Deutschlands«<sup>153</sup> vom 5. Oktober 1918 umriss sie ihre Forderungen für das Mindestprogramm einer neuen Regierung. Einen Tag zuvor hatte die Regierung Max von Baden beim amerikanischen Präsidenten Wilson um einen Waffenstillstand nachgesucht. Sie entsprach damit der Forderung des Generalstabschefs Ludendorff, der so die drohende vollständige militärische Niederlage verhindern und absichtsvoll jenen politischen Kräften das Odium eines Friedensschlusses aufbürden wollte, die einen Verständigungsfrieden und eine Demokratisierung des Kaiserreiches gefordert hatten.<sup>154</sup>

Infolge des Waffenstillstandsgesuchs orientierte sich die Massenstimmung der deutschen Bevölkerung nun endgültig in Richtung Frieden. Die hierauf basierende und schlagartig anschwellende Friedensbewegung zeigte sich allerdings nicht in Proklamationen oder organisierten Strukturen: Es waren vielmehr die Gespräche in den Betrieben und Büros oder in den Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften, in denen sie sich herausbildete.<sup>155</sup> Sichtbar wurde sie beim Empfang des aus dem Zuchthaus entlassenen Karl Liebknecht, der »durch seinen Kampf und sein Leiden zum Symbol der Kriegsgegnerschaft geworden«<sup>156</sup> war. Politisch kam die Friedensbewegung vor allem in jenen Kundgebungen zum Ausdruck, zu denen die USPD Ende Oktober/Anfang November 1918 unter der Losung »Die Arbeiter und der Frieden« in vielen Städten die Massen mobilisierte.<sup>157</sup> Hier wurde neben den Forderungen nach sofortigem Frieden Karl Liebknecht als Präsident der zukünftigen deutschen Republik vorgeschlagen, so auch in Jena am 25. Oktober 1918.<sup>158</sup> Damit zeigte sich zugleich die Radikalisierung der

<sup>150</sup> Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920. Düsseldorf 1978. S. 26–37.

<sup>151</sup> Mai, Gunther: Das Ende des Kaiserreiches. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg. München 1987. S. 159.

<sup>152</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 60.

<sup>153</sup> IML (Hrsg.): Dokumente und Materialien. Reihe 2 Bd. 2. S. 207–210.

<sup>154</sup> Mai: Das Ende des Kaiserreiches. S. 151.

<sup>155</sup> Kolb: Arbeiterräte. S. 18.

<sup>156</sup> Miller: Die Bürde der Macht. S. 43.

<sup>157</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 61–63.

<sup>158</sup> Schulz: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. S. 134.

Friedensbewegung, die infolge der dritten Antwort-Note des amerikanischen Präsidenten als Voraussetzung für einen Waffenstillstand faktisch den Rücktritt des Kaisers forderte.<sup>159</sup> Dieser lehnte jedoch, unterstützt von der Obersten Heeresleitung und in völliger Verkennung der tatsächlichen Massenstimmung, seine Abdankung ab. Die Regierung Max von Baden versuchte mit den Verfassungsänderungen vom 26. Oktober 1918 der immer akuter heraufziehenden »Revolution von unten« durch eine »Revolution von Oben« doch noch zuvorzukommen.<sup>160</sup> Das Deutsche Kaiserreich wurde mit den auch als »Oktoberreformen« bezeichneten Verfassungsänderungen in eine parlamentarische Monarchie umgewandelt.

Die Absicht der Seekriegsleitung, die Hochseeflotte zum Kampf gegen die englische Marine auslaufen zu lassen, stellte jedoch einen gegenrevolutionären Akt gegen die »Revolution von Oben« dar, der die »Revolution von unten« auslöste. Was als »Militärstreik aus Kriegsmüdigkeit«<sup>161</sup> in Kiel begann, ging ab dem 4. November 1918 zunächst in einen allgemeinen Soldatenaufstand über.<sup>162</sup> Infolge seiner Verbindung mit der sozialistischen Arbeiterschaft weitete er sich zu einer »revolutionären Volksbewegung gegen die friedensunwillige Monarchie«<sup>163</sup> aus, in der zugleich der latente Wille zu einer umfassenden Neugestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse zum Ausdruck kam.<sup>164</sup> »Es dürfte kaum eine andere Revolution gegeben haben, die in der ersten Revolutionswoche von einer solchen Massenbewegung getragen wurde und so erfolgreich verlief wie die deutsche Revolution im November 1918.«<sup>165</sup>

In Thüringen wurden die revolutionären Vorgänge in Norddeutschland spätestens ab dem 5. November 1918 bekannt.<sup>166</sup> Vor allem die Soldaten in den Kasernen erfuhren aus dem militärischen Funkverkehr vom Aufstand ihrer Kameraden.<sup>167</sup> Infolge dessen brach die militärische Disziplin allmäh-

<sup>159</sup> Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin/Bonn 1983. S. 31.

<sup>160</sup> Herbert: Deutschlands im 20. Jahrhundert. S. 167.

<sup>161</sup> Kluge, Ullrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19. Göttingen 1975. S. 11.

<sup>162</sup> Einen Überblick zum reichsweiten Ereignisablauf; in: Ebenda. S. 24–105.

<sup>163</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 40.

<sup>164</sup> Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. München 2002. (6. überarbeitete und erweiterte Auflage.) S. 7.

<sup>165</sup> Bramke, Werner: Eine ungeliebte Revolution. Die deutsche Novemberrevolution von 1918/19 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern; in: Plener, Ulla (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution. Berlin 2009. S. 21.

<sup>166</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S. 60.

<sup>167</sup> Facius: Geschichte Thüringens. S. 317.



lich zusammen. Anstelle eines Chaos bildete sich jedoch zugleich eine neue, von Verantwortung gekennzeichnete Disziplin heraus, die in der freiwilligen Unterordnung der Soldaten unter die frei gewählten Soldatenräte zum Ausdruck kam. In ihren ersten Aufrufen forderten die Arbeiter- und Soldatenräte zu Ruhe und Ordnung auf, verboten ausdrücklich Ausschreitungen sowie Plünderungen und sicherten die lebensnotwendigen Vorräte. Zugleich garantierten die Räte den Schutz der Person und des persönlichen Eigentums. Darüber hinaus forderten sie den sofortigen Frieden, das Ende der Monarchien und des Belagerungszustandes sowie die Wiederherstellung der politischen Rechte. Die lokalen Verwaltungen akzeptierten letztlich die Revolution als Tatsache und wurden von den Arbeiter- und Soldatenräten unter Kontrolle genommen. Faktisch hatten sie damit vor Ort die Macht übernommen. Während in Gotha Wilhelm Bock am 9. November 1918 auf einer vom Arbeiter- und Soldatenrat organisierten Massenkundgebung den Herzog für abgesetzt erklärte, traten die anderen thüringischen Fürsten mehr oder weniger freiwillig zurück.<sup>168</sup> Am 25. November 1918 verließ Fürst Günther von Schwarzburg-Sondershausen als letzter deutscher Monarch seinen Thron.<sup>169</sup>

Obwohl die USPD-Führung beständig zu Massenaktionen aufgerufen und mit revolutionären Ereignissen gerechnet hatte, sah sie für eine Revolution nach russischem Vorbild in Deutschland keine Voraussetzungen. Vielmehr erwartete sie eine Demokratisierung des Kaiserreiches, die sie entscheidend mitprägen wollte.<sup>170</sup> Deshalb forderte die *Leipziger Volkszeitung*, das führende Organ der USPD, in Reaktion auf die »Oktoberreform« eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung, die eine Regierung des Volkes bilden sollte.<sup>171</sup> Diese Forderungen vertrat der USPD-Reichstagsabgeordnete Josef Simon in zwei Volksversammlungen, die am 26. und 27. Oktober in Erfurt stattfanden.<sup>172</sup> Vor diesem Hintergrund war die USPD-Führung vom Ausbruch der Revolution am 4. November 1918 völlig überrascht.<sup>173</sup> In die gemeinsame Revolutionsregierung mit der Mehrheitssozialdemokratie, dem *Rat der Volksbeauftragten*, trat sie am 9. November eher zögernd und schwankend als mit einem konkreten Programm ein. Sie konnte der MSPD jedoch die Anerkennung der Tatsache abringen, dass die

<sup>168</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 46.

<sup>169</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 67.

<sup>170</sup> Kolb: Arbeiterräte. S. 42–44.

<sup>171</sup> Brandt, Lehnert: »Mehr Demokratie wagen«. S. 111.

<sup>172</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S. 57.

<sup>173</sup> Krause: USPD. S. 114.

politische Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten läge, »die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind«. <sup>174</sup> Die von der MSPD-Führung geforderte konstituierende Versammlung sollte nach Konsolidierung der Revolution einberufen werden. Erst in den beiden auf den 9. November 1918 folgenden Wochen entwickelten Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid die Umrisse eines Konzepts zur Sicherung der Revolution, das Programm der »rechten USPD«. <sup>175</sup> Sein Ziel bestand in der festen Verankerung der Demokratie, um der Reaktion jede Möglichkeit zu nehmen, sie wieder zu beseitigen. Hierzu sollten insbesondere in der Verwaltung durch deren Demokratisierung konterrevolutionäre Bestrebungen unmöglich gemacht werden. Von der Revolutionsregierung forderten sie ein demokratisches und sozialistisches Aktionsprogramm, dessen Kern die Beseitigung des Widerspruchs zwischen formaler staatsbürgerlicher Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit bildete. »Solange die infamen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, die die kapitalistische Produktion schafft, solange hilft die formale papierne Demokratie dem Proletariat einen Pappenstiel. Die Grundlagen dieser Abhängigkeit müssen mit Hilfe der uns durch die Revolution in die Hand gegebenen Mittel beseitigt werden. Dann erst können wir daran gehen, die Demokratie nach ihrer formalen Seite auszubilden. Dann wird die aus wirklichen, freien Volkswahlen hervorgegangene Nationalversammlung gewählt werden, um auf diesem Boden, den zu verändern ihr schwer sein dürfte, weiter zu bauen.« <sup>176</sup>

Die in den Tagen nach dem 9. November 1918 als »Diktatur des Proletariats« verstandene politische Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte sollte in den Vorstellungen der »rechten USPD« die Grundlage für eine sozialistische Republik schaffen, über die letztlich eine aus allgemeinen, freien und geheimen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung entscheiden musste. Daran ließ Rudolf Hilferding keinen Zweifel, denn eine »unbeschränkte Fortdauer der Diktatur der Räte würde die Auflehnung der Unterdrückten herausfordern«, der nur mit Terror und Bürgerkrieg zu begegnen sei. Die demokratische Entscheidung würde jedoch die sozialistischen Maßnahmen umso stärker sichern, je energischer die »Diktatur des Proletariats« als Übergangsstadium die erforderlichen Veränderungen einleite. Sie sei die entscheidende Voraussetzung zur Erringung der Mehrheit der Arbeiterparteien in der konstituierenden Versammlung. <sup>177</sup> Dass das

<sup>174</sup> Miller: Die Bürde der Macht. S. 91–94.

<sup>175</sup> Kolb: Arbeiterräte. S. 158.

<sup>176</sup> Zitiert nach ebenda. S. 160.

<sup>177</sup> Ebenda. S. 161.

Programm der »rechten USPD« im November/Dezember 1918 den Willen der großen Mehrheit sowohl der Unabhängigen als auch der Mehrheitssozialdemokraten und damit zugleich den der Rätebewegung repräsentierte,<sup>178</sup> zeigten die Beschlüsse des Reichsrätekongresses, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin tagte. Die von ihm auf den 19. Januar 1919 festgesetzte Wahl zur Nationalversammlung wird zutreffend als Votum für die parlamentarische Demokratie entsprechend der demokratischen Tradition der Sozialdemokratie interpretiert.<sup>179</sup> Die vom Reichsrätekongress ebenfalls beschlossene Sozialisierung der hierfür reifen Betriebe und vor allem die »Hamburger Punkte«, die als »Symbol der Zertrümmerung des Militarismus galten«<sup>180</sup> zeigten, dass die sozialdemokratische Rätebewegung die zukünftige Republik entsprechend ihrer sozialistischen und antimilitaristischen Tradition ausgestaltet sehen wollte.

Das Programm der »rechten USPD« fand im Thüringer Bezirksverband zunächst vor allem bei den Unabhängigen in Jena und Gotha Unterstützung. Am 25. November 1918 beschloss eine von der Jenaer USPD durchgeführte öffentliche Volksversammlung auf Antrag Emil Hölleins eine Resolution, die sich nicht prinzipiell gegen die Nationalversammlung aussprach, vor deren Wahl aber die Sicherung der Errungenschaften der Revolution und deren Schutz vor der Gegenrevolution forderte.<sup>181</sup> In seinem einleitenden Referat zur Gothaer USPD-Landeskonferenz am 24. November 1918 zeigte sich Cuno Blechschmidt optimistisch, dass die Nationalversammlung den Bankrott der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr aufhalten könne. Die Arbeiter- und Soldatenräte würden sich ihre Machtmittel nicht mehr aus der Hand nehmen lassen und sie zur Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus nutzen. Als Resümee der Debatte sprach Wilhelm Bock in seinem Schlusswort den USPD-Vertretern im Rat der Volksbeauftragten das volle Vertrauen aus und äußerte zugleich die Erwartung eines konsequenten sozialistischen Handelns.<sup>182</sup>

Die »rechte USPD« war in Anerkennung der politischen Realitäten davon ausgegangen, dass die von ihr angestrebten revolutionären Veränderungen ohne bzw. gegen die Mehrheitssozialdemokratie nicht durchgesetzt werden

<sup>178</sup> Ebenda, S.167/168.

<sup>179</sup> Schmeitzner, Mike: Ambivalenzen des Fortschritts. Zur Faszination der proletarischen Diktatur in der demokratischen Revolution 1918–1920; in: Archiv für Sozialgeschichte Bd.53 (2013) S.126.

<sup>180</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung, S.104/105.

<sup>181</sup> Schulz: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus, S.153.

<sup>182</sup> Gothaer Volksblatt, 26.11.1918.

konnten.<sup>183</sup> Die »Revolutionäre wider Willen«<sup>184</sup> um Friedrich Ebert verstanden sich jedoch nicht als Gründungsväter einer Demokratie, sondern als Konkursverwalter des alten Regimes. Mit dem Ebert-Gröner-Bündnis vom 10. November 1918 sowie dem Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 war die weitere Entwicklung entscheidend vorgeprägt, unabhängig davon, dass über Strukturreformen nach Auffassung der MSPD-Führung die durch demokratischen Wahlen legitimierte Verfassungsgebende Nationalversammlung entscheiden sollte.<sup>185</sup> Vor diesem Hintergrund ging es in den Diskussionen im November/Dezember 1918 weniger um die grundlegenden Probleme der Sicherung der Demokratie, als um die Frage »Nationalversammlung oder Rätediktatur«.

Der linke USPD-Partei Flügel (besonders die Spartakusgruppe) war seit dem 9. November 1918 für den Fortbestand und den Ausbau des Rätessystems eingetreten.<sup>186</sup> Ende November/Anfang Dezember 1918 sah er sich in seinen Vorbehalten bezüglich einer gemeinsamen Regierung mit der MSPD bestätigt.<sup>187</sup> Obwohl er weiterhin in der Minderheit blieb, nahm seine Unterstützung innerhalb der USPD zu.<sup>188</sup> Infolge der Berliner Ereignisse am 6. Dezember 1918, als sich das Militär erstmals wieder als innenpolitischer Machtfaktor zeigte und versuchte, die Revolutionsregierung zu beseitigen,<sup>189</sup> forderten sowohl Rosa Luxemburg als auch die »Revolutionären Obleute« den Austritt der USPD aus der Regierung.<sup>190</sup> Die USPD-Parteiführung reagierte auf den sich zuspitzenden innerparteilichen Konflikt mit einer scharfen Wendung, insbesondere gegen die Spartakusgruppe, deren Taktik sie als bolschewistisch und unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der USPD erklärte.<sup>191</sup> Damit rückte sie letztlich von ihrem Programm ab und plädierte nun selbst für einen frühen Wahltermin. Die am 6. Dezember 1918 tagende Reichskonferenz der USPD, an der nach einem Bericht Wilhelm Bocks etwa 90 führende Funktionäre (unter ihnen auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) teilgenommen hatten, war sich zwar darin einig, dass noch

<sup>183</sup> Kolb: Arbeiterräte. S. 159.

<sup>184</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 34.

<sup>185</sup> Winkler, Heinrich August: Ein umstrittener Wendepunkt. Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtsschreibung; in Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. München 2002. S. 36.

<sup>186</sup> Krause: USPD. S. 118/119.

<sup>187</sup> Miller: Die Bürde der Macht. S. 91.

<sup>188</sup> Kolb: Arbeiterräte. S. 165.

<sup>189</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 97–99.

<sup>190</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 71.

<sup>191</sup> Kolb: Arbeiterräte. S. 165/166.

vor Zusammentritt der Nationalversammlung die Sozialisierung in Angriff genommen werden müsse. Der Schwerpunkt der Beratung lag indes auf der Vorbereitung des Wahlkampfes für die Nationalversammlung.<sup>192</sup>

Im Thüringer Bezirksverband hatten die Positionen der USPD-Linken im November 1918 zunächst wenig Rückhalt, obwohl der Leitartikel des *Gothaer Volksblattes* am 20. November 1918 eine konsequente revolutionäre Politik und die Einberufung eines Parteitages forderte.<sup>193</sup> Erst Anfang Dezember 1918 unterstützte die Mitgliederversammlung der Gothaer USPD Otto Geithners diesbezügliche Forderungen.<sup>194</sup> Wilhelm Bock, der im Dezember 1918 bei mehreren Gelegenheiten eine »scharfe Grenzlinie« zur Spartakusgruppe zog, stieß damit nur in der Mitgliederversammlung in Zella-Mehlis auf massive Ablehnung.<sup>195</sup> Am 6. Dezember 1918 forderte das Greizer unabhängige Parteiblatt *Reußische Volkszeitung* einen außerordentlichen USPD-Parteitag »um die schon längst notwendige Scheidung von den Spartakusleuten zu vollziehen«.<sup>196</sup>

Tatsächlich in Frage gestellt wurde der Kurs der USPD-Führung im Thüringer Bezirksverband von der durch Karl Kautsky und Eduard Bernstein repräsentierten Strömung für die sozialistische Einheit. Sie unterstützte die MSPD-Forderung nach einer sofortigen Einberufung der Nationalversammlung<sup>197</sup> und wandte sich scharf gegen die Parteilinke.<sup>198</sup> Die Strömung für die sozialistische Einheit besaß in der Thüringer USPD im November/Dezember 1918 eine deutliche Mehrheit und basierte auf der »Welle der proletarischen Einheit«,<sup>199</sup> die seit Beginn der Revolution die sozialdemokratische Arbeiterschaft erfasst hatte. Ihr gab Emil Vetterlein mit seinem Aufruf »An alle Sozialdemokraten Großthüringens« vom 25. November 1918 Ausdruck. Dass die Nationalversammlung von der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft gefordert würde, sei eine reale Macht, gegen die selbst tiefere Einsicht, historische Erfahrung und wissenschaftliche Erkenntnis nichts ausrichten könne. Die links stehenden Genossen könnten die Arbeiter nicht von deren selbst gewähltem Weg abbringen. Deshalb müssten sich die

<sup>192</sup> *Gothaer Volksblatt*, 17.12.1918.

<sup>193</sup> *Gothaer Volksblatt*, 20.11.1918.

<sup>194</sup> *Gothaer Volksblatt*, 07.12.1918.

<sup>195</sup> Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung*. S.124/125.

<sup>196</sup> Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen*. S.146.

<sup>197</sup> Krause: *USPD*. S.119.

<sup>198</sup> Kolb: *Arbeiterräte*. S.207.

<sup>199</sup> Kachel: *Ein rot-roter Sonderweg?* S.159.

Sozialdemokraten beider Richtungen in der gegebenen Situation darüber klar werden, wie sie das gemeinsame sozialistische Ziel erreichen könnten. Dies ginge nur durch die Wiederherstellung der sozialistischen Einheit. Vetterlein forderte die Parteinstanzen beider Richtungen in Thüringen auf, »trotz aller anders lautenden Beschlüsse der Organisationen, schleunigst ein Abkommen für die Wahlen zur Nationalversammlung herbeizuführen«. <sup>200</sup> Seine Position fand auf der am 19. Dezember 1918 in Erfurt tagenden USPD-Bezirkskonferenz eine breite Mehrheit. Den Gegenstandspunkt vertraten insbesondere die Gothaer Unabhängigen, die vor einem gemeinsamen Wahlantritt warnten. Die MSPD wurde allerdings von den Unabhängigen dazu aufgefordert, bei der Auswahl ihrer Kandidaten auf »kompromittierte Genossen« <sup>201</sup> also Befürworter der »Politik des 4. August« zu verzichten. Auch an dieser Bedingung sollte der USPD-Vorstoß Ende 1918 scheitern. <sup>202</sup>

Es waren offenbar Entwicklungen wie die in Thüringen, die Rosa Luxemburg Mitte Dezember 1918 schlussfolgern ließen, die Verschmelzung von USPD und MSPD sei in der Provinz in vollem Gange. <sup>203</sup> Am 22. Dezember 1918 berief die Spartakuszentrale für den 29. Dezember eine Reichskonferenz ein. <sup>204</sup> Über eine Trennung von der USPD wurde in der Einladung jedoch nichts mitgeteilt. Obwohl Wilhelm Koenen, Vorsitzender des mitgliederstarken und radikal-links eingestellten Parteibezirks Halle-Merseburg, intern vor einer unvorbereiteten Abspaltung <sup>205</sup> gewarnt hatte, entschied sich die Reichskonferenz des Spartakusbundes gegen drei Stimmen für die Gründung der KPD. <sup>206</sup>

Die Thüringer Spartakusanhänger hatten sich bis Dezember 1918 hauptsächlich innerhalb der USPD engagiert und – von einigen wenigen Ortsgruppen abgesehen – keine eigenen Strukturen gebildet. <sup>207</sup> Nach dem KPD-

<sup>200</sup> Volkszeitung, 14. 12. 1918.

<sup>201</sup> Gothaer Volksblatt, 23. 12. 1918.

<sup>202</sup> Volkszeitung, 03. 01. 1919.

<sup>203</sup> Laschitzka: Rosa Luxemburg. S. 607.

<sup>204</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 87.

<sup>205</sup> Luban, Ottokar: Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919; in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2008/II. S. 73/74.

<sup>206</sup> Weber, Hermann: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED. Berlin 1993. S. 9.

<sup>207</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 54. Pöhland: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 87.

Gründungsparteitag versuchten dessen Thüringer Delegierte<sup>208</sup> unter großen Schwierigkeiten, in ihrem jeweiligen Umfeld Ortsgruppen der neuen Partei zu bilden. Dem stand insbesondere der Beschluss, die Wahl zur Nationalversammlung zu boykottieren, im Wege. Insbesondere bei diesem Thema hatte der Parteitag »eine Mischung aus theoretisch-fundierter Einsicht in die Lage und radikal-utopischer Überschätzung eigener Möglichkeiten« offenbart. »Blinde Aktionsgläubigkeit führte an den Rand des Putschismus, ultralinke Aktivitäten entfernten von der eigentlichen Zielstellung.«<sup>209</sup> Schienen größere Teile der Jenaer Unabhängigen angesichts der innerparteilichen Krise der USPD im Dezember 1918 zum Übertritt in die *Kommunistische Partei* bereit, stellte der Wahlboykottbeschluss für sie jedoch ein unüberwindliches Hindernis hierfür dar.<sup>210</sup>

Ende Dezember 1918 rief die Bezirksleitung der USPD Thüringen die Parteimitglieder zur aktiven Teilnahme am Wahlkampf für die Nationalversammlung auf. Nachdem die MSPD eine gemeinsame Kandidatur ausgeschlossen habe, werde die USPD in der bevorstehenden Wahlauseinandersetzung für die Verwirklichung des Sozialismus eintreten. »Hier Kapitalismus, hier Sozialismus« hieße die klare Alternative.<sup>211</sup> Wilhelm Bock, Emanuel Wurm und Oskar Cohn zogen in die Nationalversammlung als Abgeordnete für die Thüringer USPD ein, deren Stimmenanteil mit 22,5 Prozent weit über dem Reichsergebnis von 7,6 Prozent lag.<sup>212</sup>

### 3.3. Die Nachwehen der Revolution 1919 und der Kapp-Putsch im März 1920

Die blutige Niederschlagung des sogenannten »Spartakusaufstandes« in den Berliner Januarkämpfen 1919<sup>213</sup> veränderte die politische Situation in Deutschland endgültig zugunsten der Konterrevolution. Die am 15. Januar 1919 begangenen Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bildeten

<sup>208</sup> Karl Klein und Hermann Lindemann aus Erfurt, Edwin Morgner aus Jena. Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen*. S. 149. Hermann Schulze aus Gera. Weber, Hermann; Herbst, Andreas: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*. Berlin 2004. S. 715/716.

<sup>209</sup> Weber: *Die Gründung der KPD*. S. 48.

<sup>210</sup> Schulz: *Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus*. S. 160.

<sup>211</sup> *Gothaer Volksblatt*, 31. 12. 1918.

<sup>212</sup> Dressel, Guido: *Quellen zur Geschichte Thüringens. Wahlen und Abstimmungsergebnisse 1920–1995*. Erfurt 1995. S. 12/13.

<sup>213</sup> Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 120–133. Luban, Ottokar: *Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919*. Leipzig 2008. S. 67–117.

den Auftakt »zu den tausendfachen Morden in den folgenden Monaten der Noske-Zeit (und) zu den millionenfachen Morden in den folgenden Jahrzehnten der Hitler-Zeit«. <sup>214</sup> Die Nachricht von der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts mobilisierte auch in Thüringen die sozialistische Arbeiterschaft über die bestehenden politischen Differenzen und Parteigrenzen hinweg zu massenhaften Protesten. An den Streiks und Demonstrationen nahmen in Erfurt, Suhl, Nordhausen, Jena, Eisenach, Gotha und Gera bis zu 20 000 Menschen teil. <sup>215</sup> Bereits während der Berliner Januarkämpfe war das Vorgehen gegen die Aufständischen von der Erfurter Arbeiterschaft massiv kritisiert worden. Am 12. Januar 1919 demonstrierten etwa 12 000 Menschen unter der maßgeblichen Führung der eben erst gegründeten KPD-Ortsgruppe gegen die Regierung. <sup>216</sup> Zwei Tage später traten die Belegschaften fast aller Erfurter Betriebe in einen Generalstreik, um den Abtransport von Truppenkontingenten nach Berlin zu verhindern. <sup>217</sup> In Langensalza kam es ebenfalls zu Demonstrationen, die sich hauptsächlich gegen die bürgerliche Presse richteten, die aus Sicht der Protestierenden gegen die Sozialdemokratie und die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte mit Lügen und Falschmeldungen agierte. <sup>218</sup> Der uspd-geführte Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat telegraphierte an die Berliner Regierung, der Volksstaat Gotha werde sie solange nicht anerkennen, wie sie gegenrevolutionäre Politik betreibe und durch den Brudermord die Revolution erdrossle. <sup>219</sup> Seinem gleichzeitigen Aufruf zu Proteststreiks und -kundgebungen wurde massenhaft gefolgt. <sup>220</sup> Von den Ereignissen in der Hauptstadt aufgebrachte Arbeiter stürmten die Redaktion und die Druckerei des bürgerlichen *Gothaischen Tageblattes*, um die aus ihrer Sicht von hier aus stattfindende Verbreitung von Falschmeldungen zu unterbinden. <sup>221</sup>

Dass zum Schutz der in Weimar tagenden Nationalversammlung Regierungstruppen aus Berlin in der Klassikerstadt eingetroffen waren, stieß nicht nur beim Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat, sondern bei den meisten Thüringer Arbeiter- und Soldatenräten auf massive Kritik. Sie hatten bis Anfang Februar 1919 dafür gesorgt, dass die Ereignisse in Thüringen friedlich geblieben und die Wahl zur Nationalversammlung ordnungsgemäß

<sup>214</sup> Haffner, Sebastian: *Der Verrat. 1918/19 – als Deutschland wurde, wie es ist.* Berlin 1993. S. 150.

<sup>215</sup> Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen.* S. 165–167.

<sup>216</sup> Gutsche: *Die revolutionäre Bewegung in Erfurt.* S. 184/185.

<sup>217</sup> Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen.* S. 163.

<sup>218</sup> Ebenda. S. 164.

<sup>219</sup> *Gothaer Volksblatt*, 11. 01. 1919.

<sup>220</sup> Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung.* S. 137.

<sup>221</sup> Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen.* S. 162.



und ohne Störungen verlaufen waren. In dem weitgehenden Verzicht auf militärische Machtdemonstrationen sahen sie die entscheidende Ursache für diese Tatsache.<sup>222</sup> Deshalb beschlossen die Thüringer Soldatenräte, selbst »die Nationalversammlung in Weimar in jedem Fall zu schützen«, um zu verhindern, »dass durch Berliner Truppen der Bruderkrieg provoziert wird«. <sup>223</sup> Der Weimarer Soldatenrat begann die hierzu erforderlichen Maßnahmen zu organisieren und veranlasste die Entwaffnung des Vorauskommandos der Regierungstruppen bei dessen Eintreffen in Weimar Ende Januar 1919.<sup>224</sup> Aus den umliegenden Orten forderte er Verstärkung an.<sup>225</sup> Es wäre zu klären, ob darauf jene Meldungen der bürgerlichen Presse zurückgehen, denen zufolge 800 bewaffnete Arbeiter aus Gotha und Erfurt nach Weimar marschiert seien, um den Zusammentritt der Nationalversammlung zu verhindern.<sup>226</sup> Das *Gothaer Volksblatt* wies solche Presseberichte jedenfalls als Stimmungsmache, Lüge und Volksbetrug zurück.<sup>227</sup> Allerdings: Das Ultimatum des Gothaer Arbeiter- und Soldatenrates an die Reichsregierung, wonach diese innerhalb von 24 Stunden ihre Truppen aus Weimar zurückzuziehen habe, anderenfalls würde für Großthüringen der Generalstreik organisiert und »alle zu Gebote stehenden Mittel, auch die der Gewalt« angewendet,<sup>228</sup> gab nicht nur solchen Presseberichten eine glaubwürdige Grundlage – es lieferte zugleich einen willkommenen Anlass für militärische Machtdemonstrationen. Entscheidend dafür war jedoch weniger die Radikalität der Gothaer Arbeiterschaft, sondern das Bestreben Gustav Noskes, der Regierung gegenüber der Rätebewegung auch mit militärischer Gewalt Autorität zu verschaffen.<sup>229</sup> Am Morgen des 18. Februar 1919 besetzten Freikorpsgruppen des General Maercker überraschend Gotha, weil hier nach Auffassung Noskes die von der Landesregierung zugesicherte Entwaffnung der Arbeiterschaft zu zögerlich erfolgt war.<sup>230</sup> Obwohl sie auf keinen Widerstand stießen, beschossen die Soldaten das Gelände der Waggonfabrik und verletzten dabei zwei Arbeiter. Hierauf antwortete die Gothaer Arbeiterschaft mit einem Generalstreik.<sup>231</sup> Nachdem am 22. Februar

<sup>222</sup> *Gothaer Volksblatt*, 01.02.1919.

<sup>223</sup> *Volkszeitung*, 04.02.1919.

<sup>224</sup> *Gothaer Volksblatt*, 05.02.1919.

<sup>225</sup> Baudert, August: *Sachsen-Weimars Ende. Historische Tatsachen aus sturmbewegter Zeit. Weimar 1923.* S. 46.

<sup>226</sup> Hierauf stützen sich auch neuere Darstellungen der Ereignisse im Frühjahr 1919 in Thüringen. Matthiesen, Helge: *Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918 bis 1930.* Jena 1994. S. 82/83.

<sup>227</sup> *Gothaer Volksblatt*, 03.02.1919.

<sup>228</sup> *Gothaer Volksblatt*, 03.02.1919.

<sup>229</sup> Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung.* S. 134.

<sup>230</sup> Matthiesen: *Das bürgerliche Gotha.* S. 83.

<sup>231</sup> Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung.* S. 154

1919 auch Langensalza von Freikorpsstruppen besetzt worden war, weitete sich der Generalstreik auf weitere Orte in Westthüringen aus.<sup>232</sup> Der Erfurter Arbeiter- und Soldatenrat rief aufgrund der entstandenen Situation die Thüringer Räte für den 23. Februar 1919 zu einer Konferenz zusammen, die die Rücknahme des Erlasses über die Kommandogewalt,<sup>233</sup> die Sozialisierung der Berg- und Monopolbetriebe, die Einsetzung von Betriebsräten, den sofortigen Rückzug der Regierungstruppen und deren Demobilisierung verlangte. Zudem sollten die Gothaer und Langensalzaer Opfer des Militärs entschädigt werden. Würde die Regierung diese Forderungen nicht erfüllen, dann träte ganz Thüringen in den Generalstreik. Der Erfurter Arbeiter- und Soldatenrat war beauftragt, dessen Beginn festzusetzen.<sup>234</sup> Dies erfolgte am 26. Februar 1919,<sup>235</sup> nachdem eine Delegation der Bezirkskonferenz vergeblich bei Reichswirtschaftsminister Wissel vorgesprochen hatte.<sup>236</sup>

Die Forderungen der Bezirkskonferenz der Thüringer Arbeiter- und Soldatenräte vom 23. Februar 1919 machen kenntlich, dass der westthüringische Generalstreik sich nicht nur gegen die militärische Besetzung thüringischer Städte richtete, sondern zu einem wesentlichen Bestandteil der mitteldeutschen Generalstreikbewegung wurde, die von der zeitgleich mit der Erfurter Konferenz tagenden mitteldeutschen Bergarbeiterkonferenz in Halle ausgelöst worden war.<sup>237</sup> Mit Ausnahme der Meuselwitzer Bergarbeiter<sup>238</sup> nahm die Arbeiterschaft Ostthüringens am mitteldeutschen Generalstreik nicht teil, wenngleich auch hier die Kritik an der Regierung und der Nationalversammlung zunahm. Obwohl die USPD in Jena immer stärkeren Zuspruch fand,<sup>239</sup> lehnten Ende Februar 1919 das Gewerkschaftsortkartell und die Betriebsbelegschaftsvertreter mehrheitlich den Anschluss an die thüringische/mitteldeutsche Generalstreikbewegung ab.<sup>240</sup> Die zunehmende »Riesenenttäuschung«<sup>241</sup> der Jenaer Arbeiter schlug jedoch infolge des Einmarsches von Freikorpsstruppen am 26. April 1919 in Aktionsbereitschaft und programmatische Radikalisierung um. Am 29. April traten sie in den

<sup>232</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S.170.

<sup>233</sup> Dieser Erlass widersprach den vom Reichrätekongress beschlossenen »Hamburger Punkten«. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S.107.

<sup>234</sup> Volkszeitung, 26.02.1919.

<sup>235</sup> Raßloff: Das Erfurter Bürgertum. S.184–186.

<sup>236</sup> Jenaer Volksblatt, 27.02.1919.

<sup>237</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S.175/176.

<sup>238</sup> Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S.190.

<sup>239</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S.179. FN. 64.

<sup>240</sup> Schumann, Wolfgang: Carl Zeiss Jena. Einst und Jetzt. Berlin 1962. S. 257.

<sup>241</sup> Volkszeitung, 02.05.1919.

Generalstreik, um den Truppenabzug zu erzwingen. Diese Aktion und die Demonstration am 1. Mai 1919 mit 10 000 Teilnehmern<sup>242</sup> machten jene Massenstimmung kenntlich, die in dem von Emil Höllein formulierten Aktionsprogramm ihren politischen Ausdruck fand.<sup>243</sup> Hatte die Jenaer USPD noch Ende Februar 1919 entsprechend des kurz danach vom Berliner »Revolutionsparteitag« beschlossenen Aktionsprogrammes<sup>244</sup> den Einbau des Rätessystems in die Verfassung gefordert,<sup>245</sup> plädierte sie nun unter dem Eindruck der Radikalisierung der Arbeiterschaft für die »Diktatur des Proletariats« und die Verwirklichung des »Rätessystems«. Für eine Woche bildete das Aktionsprogramm die gemeinsame politische Plattform der *Vereinigten sozialistischen Parteien Jenas*.<sup>246</sup> Als Anfang Mai 1919 in Gera bekannt wurde, dass Freikorpsstruppen in die Stadt verlegt werden sollen, bildeten die Betriebsausschüsse spontan einen aus Mitgliedern der drei Arbeiterparteien bestehenden Aktionsausschuss, der sich das Jenaer Aktionsprogramm zu eigen machte. Für den Fall, dass Truppen in die Stadt verlegt würden, drohte der Aktionsausschuss mit dem Generalstreik. Dem Arbeiterrat Gera blieb keine andere Wahl, als sich dieser spontanen Bewegung anzuschließen. Für die USPD konstatierte Heinrich Knauf, die spontane Aktion der Arbeiter sei völlig überraschend gekommen. »Wir müssen uns als Vertreter der USPD mit eiserner Konsequenz auf den Boden der Beschlüsse (des Aktionsausschusses) stellen, sonst geht die Radikalisierung der Massen über uns hinweg.«<sup>247</sup>

Mit der Niederschlagung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 fand die zweite Phase der Revolution, die »ungleich blutiger als der eigentliche Novemberumsturz«<sup>248</sup> verlaufen war, ihren Abschluss. Die große Mehrheit

<sup>242</sup> Schulz: *Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus*. S. 176–178.

<sup>243</sup> Das Jenaer Aktionsprogramm ist in unterschiedlichen Varianten überliefert. Als »Leitsätze der KPD, der USPD und der SPD Jenas vom Ende April 1919 für den Kampf gegen die Reichsregierung« unter Berufung auf die Freiheit vom 29. 04. 1919. IML (Hrsg.): *Dokumente und Materialien*. Reihe II Bd. 3. S. 411. Dokument Nr. 185. Als »Aktionsprogramm« unter Berufung auf das Jenaer Volksblatt vom 30. 04. 1919. Schulz: *Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus*. S. 177/178. Als »Jenaer Aktionsprogramm« unter Berufung auf die Überlieferung durch Richard Zimmermann. Pöhlend: *Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen*. 275. FN. 1. Die hier wiedergegebene Version entspricht mit einer unbedeutenden Abweichung jener Fassung, die mit großer Mehrheit von den Vertretern der Arbeiterräte Großthüringens auf ihrer Bezirkskonferenz am 08. 05. 1919 beschlossen worden war. *Volkszeitung*, 13. 05. 1919. Ihr lag die Fassung zugrunde, die als »Aufruf an die Arbeiterschaft Jenas zum Weltmaifeiertag« veröffentlicht wurde. *Volkszeitung*, 28. und 30. 04. 1919 Diese Version mit vier Grundsätze und sieben aktuellen Forderungen entspricht der Wiedergabe durch das Jenaer Volksblatt vom 30. 04. 1919.

<sup>244</sup> Krause: USPD. S. 127.

<sup>245</sup> *Volkszeitung*, 26. 02. 1919.

<sup>246</sup> *Volkszeitung*, 29. 04. 1919.

<sup>247</sup> Fleischer, Horst: *Quellen zur Geschichte der Novemberrevolution in Ostthüringen*; in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Jg. 17 (1968) *Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*. Heft 4. S. 463.

<sup>248</sup> Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 182.

der USPD-Mitglieder ging jedoch weiterhin davon aus, die Revolution zu einem erfolgreichen Ende führen und an Stelle der bürgerlich-kapitalistischen eine sozialistische Gesellschaft errichten zu können.<sup>249</sup> Mit dieser Einschätzung reflektierte sie zugleich die Massenstimmung unter der Arbeiterschaft, die sich bis tief in die Reihen der Mehrheitssozialdemokratie von den bisherigen Ergebnissen der Revolution enttäuscht zeigte. Die Folge war ein massenhafter Zustrom in die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, von dem insbesondere die USPD profitierte.<sup>250</sup> Vor allem ihr radikal-linker Parteiflügel erhielt durch den Zustrom bisher unorganisierter Arbeiter weiteres Gewicht.<sup>251</sup> Die programmatische Radikalisierung, die Hinwendung zur »Diktatur des Proletariats« und zum Räteystem im Sommer/Herbst 1919 resultierte in der USPD Thüringen jedoch keineswegs nur aus dem Zustrom radikalisierten junger Arbeiter, der sich hier im Vergleich zur Gesamtpartei zudem weit weniger dynamisch gestaltete. Zum Zeitpunkt des Bezirksparteitages am 28. September 1919 gehörten der USPD Thüringen 53 192 Mitglieder an, darunter 11 697 Frauen. Das bedeutete einen Zuwachs gegenüber dem April 1919 von 11 692 Mitgliedern bzw. ca. 22 Prozent. Demgegenüber war die Gesamtzahl der USPD-Mitgliedschaft im Zeitraum März bis Dezember 1919 von ca. 300 000 auf 700 000 angestiegen.<sup>252</sup> Der die Thüringer USPD 1919 prägende »Radikalismus ohne Radikale«<sup>253</sup> resultierte hauptsächlich aus den skizzierten Ereignissen des Winters/Frühjahrs 1919 sowie den noch darzustellenden konkreten Erfahrungen als Regierungspartei in den thüringischen Kleinstaaten.<sup>254</sup>

Mit dem Ende der zweiten Phase der Revolution begann in der Öffentlichkeit der jungen Weimarer Republik die Debatte über die Friedenbedingungen, die der deutschen Verhandlungsdelegation von den Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges am 7. Mai 1919 in Versailles übergeben worden waren. In diesem Zusammenhang eröffnete die nationalistische Rechte eine hemmungslose Kampagne gegen die sozialistische Arbeiterschaft sowie die demokratischen Kräfte im Bürgertum einschließlich der Regierung, die sie für die deutsche Kriegsniederlage verantwortlich zu machen versuchte und wegen der Unterzeichnung des Versailler Vertrages denunzierte. Basis

<sup>249</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 115.

<sup>250</sup> Krause: USPD. S. 140–142.

<sup>251</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 251.

<sup>252</sup> Miller: Die Bürde der Macht. S. 327.

<sup>253</sup> Schmidtke, Klaus: Die Sozialdemokratie in Nordhausen und Salza. Bürgerstadt und Arbeiterdorf zwischen Kaiserreich und DDR; in: Walter, Franz; Dürr, Tobias; Schmidtke, Klaus: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Bonn 1993. S. 209/210.

<sup>254</sup> Kapitel 3.2.

ihrer Argumentation waren zum einen die Kriegsunschuldslgende und zum anderen die vom ehemaligen Chef der Obersten Heeresleitung, Feldmarschall von Hindenburg, wirkungsvoll in die Öffentlichkeit gesetzte Dolchstoßlegende.<sup>250</sup> Hindenburg sollte nach den Plänen der republikfeindlichen Rechten bei einer Direktwahl des Reichspräsidenten für das Amt kandidieren. Eine Minderheit rechtskonservativer Militärs und Politiker setzte indes auf den Staatsstreich. Im Mittelpunkt der Verschwörung stand die von General Ludendorff und dem Mitbegründer der *Deutschen Vaterlandspartei* Wolfgang Kapp angeführte »Nationale Vereinigung«. Ihr gehörte auch der für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortliche Hauptmann Pabst an.<sup>256</sup>

Am 10. März 1920 erzwang Walter von Lüttwitz, einer der einflussreichsten Reichswehrgeneräle und Mitverschwörer Kapps, eine Unterredung bei Reichspräsident Ebert. In deren Verlauf verlangte der General die Rücknahme der angeordneten Auflösung der »Marinebrigade Erhardt« sowie die Erfüllung weiterer politischer Forderungen. Eberts Weigerung setzte jene Kettenreaktion in Gang, die schließlich den Putsch auslöste. Da die Reichswehrführung der verfassungsmäßigen Regierung den Schutz vor den auf das Berliner Regierungsviertel zumarschierenden meuternden Truppen versagte, floh die Mehrheit der Minister zunächst nach Dresden. Hier wurde sie von General Maercker mit massiven Vorwürfen wegen des inzwischen bekannt gewordenen Aufrufes zum Generalstreik konfrontiert.<sup>257</sup> Der Aufruf, der die Unterschriften Eberts, der mehrsozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und des SPD-Vorsitzenden Otto Wels trug, war tatsächlich eine totale Kehrtwende in der bis dahin von der MSPD-Führung betriebenen Politik,<sup>258</sup> auch wenn sich die Betroffenen sofort von ihm distanzieren.

In Thüringen wurden die Berliner Ereignisse des 13. März 1920 den kleinstaatlichen Regierungen frühzeitig bekannt. Sofort stellten sie sich an die Seite der verfassungsgemäßen Regierung.<sup>259</sup> Das traf auch für die Gothaer USPD-Landesregierung zu. Diese ging zwar zunächst davon aus, dass die Reichsregierung gestürzt sei, stützte sich aber bei ihren Maßnahmen zur Abwehr der Militärdiktatur auf deren Generalstreikaufruf. Ihr diesbezüglicher Aufruf vom 13. März 1920 fand auch die Zustimmung von MSPD und

<sup>255</sup> Herbert: Deutschlands im 20. Jahrhundert. S. 194.

<sup>256</sup> Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Bonn 2008. S. 137.

<sup>257</sup> Miller: Die Bürde der Macht. S. 376/377.

<sup>258</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 301.

<sup>259</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 98.

*Deutscher Demokratischer Partei (DDP).*<sup>260</sup> Nachdem der Gothaer USPD-Landesregierung am 15. März eine entsprechende Anfrage der sich inzwischen in Stuttgart befindlichen Reichsregierung zugegangen war, versicherte sie dieser am 16. März ihre Loyalität.<sup>261</sup> Wie in weiten Teilen der Weimarer Republik setzte auch in Thüringen die Bewegung der sozialistischen Arbeiterschaft gegen den Putsch sofort ein. Sie kam in spontanen Versammlungen, ersten Streikaktionen und der Bildung von Aktionsausschüssen zum Ausdruck, die größtenteils von der USPD dominiert wurden.<sup>262</sup> In Ostthüringen stellte sich der Kommandeur der Reichswehrbrigade 16 am 13. März 1920 an die Seite der Putschisten. Er erklärte die in seinem Befehlsbereich amtierenden Landesregierungen in Sachsen-Altenburg, Reuß und Weimar für abgesetzt, weil sie Kapp nicht anerkannten.<sup>263</sup> Die für Westthüringen zuständige Reichswehrbrigade 11 in Kassel stellte sich zwar nicht offiziell an die Seite der Putschisten, erließ aber Befehle, »die sich eindeutig und ausschließlich gegen die Arbeiter richteten«.<sup>264</sup> Dennoch waren am 16. März Süd- und Ostthüringen weitgehend unter der Kontrolle der verfassungsgemäßen Landesregierungen und der Aktionsausschüsse, während die Reichswehr die größeren Städte West- und Mittelthüringens – Erfurt, Gotha und Weimar – von der Reichswehr besetzt hielt. Hier kam es zwischen dem 15. und 17. März zu mehreren bewaffneten Übergriffen des Militärs auf die Zivilbevölkerung.<sup>265</sup>

Endgültig scheiterte der Kapp-Putsch am 17. März 1920 am Generalstreik der Arbeiterschaft, ohne den die Bereitschaft des Bürgertums, den Staatsumsturz zu akzeptieren »ungleich größer gewesen« wäre. Die Gewerkschaften, der Angestelltenverband und der Beamtenbund erklärten, den Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortsetzen zu wollen, und das hieß »entscheidende Mitwirkung an der Neuordnung der Verhältnisse«. In einem Neun-Punkte-Forderungskatalog wurden die hierzu erforderlichen Maßnahmen formuliert. Sie reichten vom Rücktritt Noskes und der Bestrafung der Putschisten, der Auflösung der Bürgerwehren und einer völligen Neuformierung des Sicherheitsdienstes durch die organisierte

<sup>260</sup> Könnemann, Gerhard; Schulze, Gerhard (Hrsg.): *Der Kapp-Lütwitz-Ludendorf Putsch. Dokumente.* München 2002. S.754.

<sup>261</sup> Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung.* S.266/267. Matthiesen: *Das bürgerliche Gotha.* S.96/97 FN. 139.

<sup>262</sup> Krause: *USPD.* S.170.

<sup>263</sup> Häupel: *Die Gründung des Landes Thüringen.* S.98.

<sup>264</sup> Matthiesen: *Das bürgerliche Gotha.* S.96.

<sup>265</sup> Baudert: *Sachsen-Weimars Ende.* S.66/67.

Arbeiterschaft bis hin zur Forderung nach neuen Sozialgesetzen, entschiedenen Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung, betrieblicher Mitbestimmung und Sozialisierung des Bergbaus und der Energieerzeugung. Kapp und Lüttwitz waren zwar gescheitert, die Verhältnisse jedoch, die den Putsch ermöglicht hatten, bestanden weiterhin. Dieser Zustand musste aus der Sicht der Arbeitnehmervertreter verändert werden, um die Wiederholung eines Staatsstreiches von Rechts zu verhindern. Die Arbeitnehmerorganisationen stellten sich mit ihrem Agieren gegen die Forderungen der Ebert/Bauer-Regierung und der MSPD-Führung, die am 18. März zur Beendigung des Generalstreiks aufgerufen hatten.<sup>266</sup>

Tatsächlich bedeutete das Neun-Punkte-Programm eine Reaktion auf das Denken und Handeln der streikenden Arbeiterschaft, die auch in Thüringen nicht bereit war, einfach zur Tagesordnung vor dem 13. März 1920 zurückzukehren. Vielmehr setzte sie ihren Widerstand gegen die Reichswehr fort, deren Haltung weiterhin undurchsichtig blieb. Während in Meiningen die lokale Arbeiterschaft den Abzug der Garnison gewaltfrei erzwang,<sup>267</sup> kam es in Gotha zu blutigen Kämpfen zwischen Reichswehr und Arbeiterformationen aus Gotha und Suhl.<sup>268</sup> Erst nach eindringlichen Forderungen August Bauderts zog die Reichswehr am 18. März aus Weimar ab.<sup>269</sup> Bei Zickra in Ostthüringen umstellten und entwaffneten Arbeiterwehren aus Gera und Greiz am 20. März 1920 zwei Plauerer Reichswehrbataillone, die versucht hatten, durch den Volksstaat Reuß in Richtung Leipzig zu gelangen. Im Ergebnis der Ereignisse bei Zickra warnte die Reichswehr am 28. März 1920 intern vor einer militärischen Besetzung Ostthüringens.<sup>270</sup> Zur Sicherung ihres Erfolges begannen sich die westthüringischen Arbeiterwehren ab dem 20. März 1920 zu einer »Volksarmee« zusammenzuschließen.<sup>271</sup> Bereits am 16. März hatte der Aktionsausschuss in Gera in Erwartung weiterer Angriffe auf den Volksstaat Reuß und zur Fortführung des revolutionären Kampfes für den Sozialismus zur Bildung einer »Roten Armee« aufgerufen.<sup>272</sup> In Jena demonstrierten die Angehörigen der »Proletarischen Hundertschaft« am 23. März sowohl ihre Bereitschaft, »die Stadt vor Blutvergießen zu bewahren«, als auch für die »Dikta-

<sup>266</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 307–310.

<sup>267</sup> Baumgärtner, Jürgen: Aktionseinheit der südthüringener Arbeiterklasse schlägt die Kapp-Putschisten. Suhl 1980. S. 38.

<sup>268</sup> Matthiesen: Das bürgerliche Gotha. S. 97.

<sup>269</sup> John, Jürgen (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens. 1918–1945. Erfurt 1996. S. 83/84 Dok. 6h, i.

<sup>270</sup> Könnemann, Schulze: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorf Putsch. S. 761–763. Dok. 491 und S. 765/765. Dok. 493.

<sup>271</sup> Ebenda. S. 749. Dok. 486.

<sup>272</sup> Ebenda. S. 744/745. Dok. 481.

tur des Proletariats«. <sup>273</sup> Dass in diesen Aktivitäten nicht nur der Wille zur Abwehr des Putsches, sondern zugleich die Hoffnung auf eine zweite Revolution zum Ausdruck kam, zeigte der Aufruf des Greizer Aktionsausschusses vom 16. März 1920. »Nicht zum Schutz der demokratischen Reichsverfassung, die eine Verfassung des Kapitalismus ist, und auch nicht zum Schutz der ordnungsgemäßen Reichsregierung, die durch ihre antirevolutionäre Politik der Gegenrevolution zum Sieg verholfen hat«, habe er die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufgerufen, sondern zum Kampf gegen die Gegenrevolution und für den Sozialismus. <sup>274</sup> Der Vollzugsrat des Gothaer Aktionsausschusses forderte am 14. März 1920, auf dem Boden des revolutionären Rätessystems gegen die Militärdiktatur und für den Sozialismus zu kämpfen. <sup>275</sup> Dass diese revolutionäre Stimmung keineswegs auf die USPD-Hochburgen beschränkt war, belegt die Ausrufung einer Räterepublik in Schmalkalden. <sup>276</sup>

Dennoch greift der Vorwurf, die radikale Arbeiterschaft und die USPD hätten versucht, unter Ausnutzung des Kapp-Putsches die parlamentarische Demokratie zu beseitigen, <sup>277</sup> zu kurz. Er übersieht jenen Wandlungsprozess, der sich während des Generalstreiks bei einem Teil der Streikenden vollzog. In Jena etwa verständigten sich die Vertreter der drei sozialistischen Parteien am 22. März 1920, den Generalstreik zu beenden und einen gemeinsamen Vollzugsausschuss zu bilden, der auf der Basis einer »Einigungsgrundlage« <sup>278</sup> arbeiten sollte. Karl Korsch's diesbezüglicher Kommentar (»wenn wir heute auch nicht die Räterepublik ausrufen können, so gelte es doch, den jetzigen Augenblick zu benutzen, aber nicht um die Geister zu scheiden, sondern um sie zu klären« <sup>279</sup>) beschrieb treffend die Situation. Wenn die USPD ihren Beitrag zur politischen Absicherung des Erfolges der Generalstreikbewegung gegen den Kapp-Putsch leisten wollte, musste sie die radikale Kernforderung ihres Programms – die »Diktatur des Proletariats« – im Interesse der Aktionseinheit der sozialistischen Arbeiterschaft zurückstellen. Die Jenaer Mehrheitssozialdemokraten sahen sich mit der Einigungsgrundlage »auf dem Boden der demokratisch-republikanischen

<sup>273</sup> Neue Zeitung, 24.03.1920.

<sup>274</sup> Könnemann, Schulze: Der Kapp-Lütwitz-Ludendorf Putsch. S. 737. FN 2.

<sup>275</sup> Ebenda. S. 738. Dok. 474.

<sup>276</sup> John: Quellen zur Geschichte Thüringens. 1918–1945. S. 88.

<sup>277</sup> Büttner: Weimar. S. 145. Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 98.

<sup>278</sup> Eberhart: Konfliktreicher Neubeginn. Politische und soziale Entwicklungen in Jena 1919/1920. Jena 2010. S. 85.

<sup>279</sup> Könnemann, Schulze: Der Kapp-Lütwitz-Ludendorf Putsch. S. 753.



Verfassung«,<sup>280</sup> Sie sollte nach ihrem Willen zur Grundlage des weiteren Agierens sowohl des Thüringer MSPD-Bezirkverbandes als auch der Gesamtpartei werden.<sup>281</sup> In Gotha verhandelte Emil Grabow zwischen dem 21. und 23. März mit bürgerlichen Mitgliedern des Stadtrates über die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen zum Schutz vor weiteren Putschversuchen und versicherte ihnen, dass an eine Rätediktatur nicht zu denken sei. Am 24. März erklärte die Gothaer Landesregierung die wenige Tage zuvor gebildete Volkswehr für aufgelöst und ordnete die umgehende Abgabe der Waffen an.<sup>282</sup> Tatsächlich vorgekommene Übergriffe von Seiten der Arbeiterwehren verurteilte Hermann Brill am 29. März in der Landesversammlung namens der USPD.<sup>283</sup> Dennoch konnten diese Maßnahmen und Aktivitäten der Gothaer Landesregierung den am 22. März 1920 beginnenden »Rachefeldzug« der Reichswehr in Westthüringen, dem in Sömmerda und Mechterstädt mehrere Arbeiter zum Opfer fielen, nicht verhindern.<sup>284</sup> Erst am 31. März 1920 gelang es dem reußischen Staatsminister von Brandenstein im Auftrag des Staatsrates von Thüringen, von der Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungszustandes und damit das vorläufige Ende der Reichswehraktivitäten zu erreichen.<sup>285</sup>

Die den Märzereignissen nachfolgende Reichstagswahl am 6. Juni 1920 bedeutete einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Weimarer Republik. Großer Verlierer dieser Wahl war die Weimarer Koalition Die sie tragenden Parteien MSPD, DDP und *Zentrum* büßten gemeinsam die Hälfte ihrer Mandate ein. Demgegenüber gewannen die beiden bürgerlichen Rechtsparteien *Deutsche Volkspartei* (DVP) und *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) einerseits und die USPD (mit einem Zugewinn von elf Prozent bzw. einem Gesamtergebnis von fast fünf Millionen Stimmen) andererseits massiv hinzu, während die erstmals antretende KPD lediglich 1,7 Prozent erhielt. Mit diesem Ergebnis erreichte die USPD als zweitstärkste Partei im Deutschen Reichstag »den Höhepunkt ihres Masseneinflusses«.<sup>286</sup>

<sup>280</sup> Jenaer Volksblatt, 24.03.1920.

<sup>281</sup> Das Volk, 24.04.1920.

<sup>282</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S.277–279.

<sup>283</sup> Verhandlungen der Landesversammlung für den Staat Gotha. Gotha, 1919. S.367/368.

<sup>284</sup> Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S.156. Heitherr, Dietrich, Schulze, Adelheid: Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland. Berlin 2015. S.152–176.

<sup>285</sup> Verhandlungen des Volksrates von Thüringen. Stenographische Berichte. Weimar 1919–1920. S.430/431.

<sup>286</sup> Brandt, Lehnert: »Mehr Demokratie wagen«. S.123.

## 4. ZUR LANDESPOLITISCHEN BEDEUTUNG DER USPD THÜRINGEN

### 4.1. USPD und Thüringenfrage

In den 1860er Jahren glich die Karte Thüringens »einer Malerpalette, in fünf Stunden konnte man sechs ›Vaterländer‹ durchwandern, in jedem größeren Ort residierte ein ›Zaunkönig‹, der ängstlich darüber wachte, dass keine Fabrikschornsteine seine Residenz verrußten, dass seine Wildsauen in den Thüringer Wäldern von keiner Eisenbahn in ihrer Ruhe gestört wurden. (...) Fast alle ›Hauptstädtchen‹ waren echte und rechte Spießernester, ohne Industrie, mit nur wenigen Handwerkern und einer großen Anzahl von Beamten.«<sup>287</sup> Nach der Wende zum 20. Jahrhundert setzte jedoch jene »gesellschaftliche Wandlungsdynamik«,<sup>288</sup> die im Deutschen Kaiserreich als Folge der Industrialisierung bis dahin nicht vorstellbare Veränderungsprozesse in allen Lebensbereichen hervorgerufen hatte, auch die thüringische Kleinstaatenwelt unter Druck. Die hieraus resultierenden Probleme waren zuerst von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als »Thüringenfrage« thematisiert worden.<sup>289</sup> Den Auftakt hierzu hatte der Saalfelder Sozialdemokrat Arthur Hofmann mit der von ihm 1906 herausgegebenen Broschüre gegen den »Thüringer Kleinstaatenjammer« gegeben. Das erklärte langfristige Ziel Hofmanns war die Herstellung eines Thüringer Einheitsstaates, doch letztlich blieben die von ihm ausgelösten parlamentarischen Debatten ohne Ergebnis.<sup>290</sup> Erst die Novemberrevolution 1918 eröffnete die Chance zur Beseitigung der Kleinstaaterei, was die Bezirksleitung der USPD sofort erkannte. »Das Thüringer Volk kann und will diese vielerlei Bevormundungen nicht mehr länger ertragen. Es will über seine Geschicke selbst entscheiden.«<sup>291</sup> Am 10. Dezember 1918 kamen auf Einladung des Arbeiter- und Soldatenrats Sachsen-Weimar-Eisenachs die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte des 36. Reichstagswahlkreises (Groß-Thüringen) sowie Gesandte der kleinstaatlichen Regierungen und des Thüringer Ernährungsamtes im Erfurter Rathaus zusammen. Im Ergebnis einer kontroversen Diskussion verständigten sich die Konferenzteilnehmer auf

<sup>287</sup> Semmler, Karl: Im Kampfe für den Sozialismus. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen. Jena 1928. Zitiert nach Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S.125.

<sup>288</sup> Herbert: Deutschlands im 20. Jahrhundert. S.34–42.

<sup>289</sup> Hess: Geschichte Thüringens. S.127.

<sup>290</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S.27/28.

<sup>291</sup> Gothaer Volksblatt, 11.11.1918.

eine Resolution, die die Bildung einer Provinz Thüringen als Teil einer deutschen Einheitsrepublik vorschlug. Alle weiteren Schritte sollte ein aus Vertretern der Thüringer Staaten und Preußens zu bildender Ausschuss vorbereiten.<sup>292</sup> Damit beanspruchten die Arbeiter- und Soldatenräte auf der Basis ihrer revolutionären Legitimation die Führung im weiteren Vereinigungsprozess. Die Regierungsvertreter verweigerten ihnen jedoch im weiteren Verlauf ihre Anerkennung und konnten sich letztlich mit dem Vorschlag durchsetzen, die Ausgestaltung der Vereinigung Thüringens den neu zu wählenden Landtagen zu überlassen.<sup>293</sup> Die kleinstaatlichen Regierungen entwickelten indes verschiedene Planungen, die voneinander abwichen und unterschiedliche Tendenzen sichtbar machten.<sup>294</sup> Demgegenüber bekräftigte die USPD auf ihrer Bezirkskonferenz am 19. April 1919 ihr Eintreten »für die Beseitigung der Thüringischen Kleinstaaterie« und die Bildung eines Verwaltungsbezirks Großthüringen im Rahmen einer einheitlichen deutschen Republik.<sup>295</sup> Damit unterstützte sie die Bestrebungen der beiden reußischen Freistaaten, die frühzeitig konkrete Schritte in Richtung einer Vereinigung Thüringens unternommen und auf eine Beteiligung der kleinstaatlichen Landtage gedrängt hatten.<sup>296</sup> Im Ergebnis ihrer Beratungen im April/Mai 1919 verständigten sich die Landtagspräsidenten auf das Konzept des reußischen Staatsministers von Brandenstein und erzielten am 20. Mai 1919 eine Einigung mit den kleinstaatlichen Regierungen.<sup>297</sup> Den Landtagen wurde ein Staatsvertrag zur Bildung einer Thüringer Gemeinschaft vorgelegt, die die Verschmelzung zu einem Gesamtstaat Thüringen herbeiführen sollte. Ihr oberstes Organ war der auch als Thüringer Vorparlament bezeichnete Volksrat, der sich aus 42 (nach dem Ausscheiden Coburgs noch 39) Abgeordneten zusammensetzte. Sie wurden von den einzelstaatlichen Landtagen entsprechend der Stärke ihrer Fraktionen gewählt.<sup>298</sup> Als provisorische Regierung wurde ein Staatsrat gebildet.<sup>299</sup>

<sup>292</sup> Post, Bernhard; Wahl, Volker (Hrsg.) Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. Weimar 1999. S. 81. Dok. 10.

<sup>293</sup> Häußel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 59/60.

<sup>294</sup> John, Jürgen: Die thüringischen Landesverfassungen 1920/21 und 1946; in: Schmidt, Karl (Hrsg.): Die Verfassung des Freistaates Thüringen. Weimar Köln Wien 1995. S. 140.

<sup>295</sup> Tribüne, 23. 04. 1919.

<sup>296</sup> Häußel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 56/57.

<sup>297</sup> Ebenda. S. 88/89.

<sup>298</sup> Post, Wahl: Thüringen-Handbuch. S. 83 Dok. 12. Für die USPD gehörten Bruno Bieligk, Hermann Brill, Josef Heer, Karl Hermann, Paul Kiß, Max Lang, Wilhelm Leven, Emil Vetterlein und Heinrich Wolf als Mitglieder sowie Adam Bennewitz, Oswald Fischer, Ferdinand Henze, Hermann Herzog, Richard Kahnt, Heinrich Lieding, Reinhold Manteuffel, Gustav Sigling, Kaspar Stang und Fritz Wiegleb als stellvertretende Mitglieder an. Lengemann, Jochen: Thüringische Landesparlamente 1919–1952. Biographisches Handbuch. Köln Weimar Wien 2014. S. 49–52.

<sup>299</sup> Die USPD war im Staatsrat durch Albin Tenner für Gotha und Wilhelm Bärwinkel für Schwarzburg-Sondershausen als Mitglieder und durch Arthur Drechsler für den Volksstaat Reuß als stellvertretendes Mitglied vertreten. Post, Wahl: Thüringen-Handbuch. S. 274/275.

In den Verhandlungen mit Preußen zeichnete sich ab, dass es nur eine kleinthüringische Lösung geben würde. Zudem trat infolge der Vorbehalte in Coburg und Meinigen eine Verzögerung des Inkrafttretens der Thüringer Gemeinschaft ein. Deshalb machte der Staatsrat dem Volksrat den Vorschlag, den Gemeinschaftsvertrag zu ändern und selbst eine Gesamthüringische Verfassung zu verabschieden. Gemeinsam mit den Demokraten stimmten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen diesem Anliegen zu, damit wurde die Verfassungsgebung zur zentralen Aufgabe des Thüringer Volksrates.<sup>300</sup> Anfang Mai 1920 wurde der von dem Jenaer Rechtswissenschaftler und Volksratsmitglied Eduard Rosenthal vorgelegte Verfassungsentwurf<sup>301</sup> abschließend beraten. Für die USPD nahm Bruno Bieligg am 3. Mai 1920 dazu prinzipiell Stellung. Aus grundsätzlicher Sicht hielt er den vorgelegten Verfassungsentwurf »in jeder Beziehung« für unbefriedigend. Solange sich die Produktionsmittel für die gesellschaftlich notwendige Arbeit in Privatbesitz befänden, könne von einer Demokratie nicht gesprochen werden. Deshalb sei die Herrschaft des Proletariats erforderlich, um diesen Zustand zu verändern. Das bedeute nicht, sich gegen die Demokratie zu stellen, sondern die Voraussetzungen für deren freie und wahrhafte Entfaltung zu schaffen. Auf dem Papier könnten sehr freiheitlich klingende Dinge formuliert werden, solange aber »diejenigen Kreise im Staate, die über das Geld verfügen, noch kraft dieses Besitzes eine so ausschlaggebende Rolle im Staat spielen können, wie sie (sie) heute spielen, solange kann von Demokratie keine Rede sein«. Zugleich aber sah Bieligg seine Partei angesichts des unter den gegebenen Umständen Erreichbaren in der Verantwortung, im Interesse der werktätigen Bevölkerung an der weiteren Ausgestaltung der Verfassung mitzuarbeiten. Den Ausgangspunkt hierfür bilde der Grundsatz, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Deshalb müsse der Landtag »die höchste Instanz im Staate« und die Landesregierung die Beauftragte des Landtages und damit auch des Volkes sein. Dem widerspräche die im Entwurf vorgeschlagene Regelung, dass die Regierung den Landtag auflösen dürfe. Ebenso lehnte Bieligg das von Rosenthal vorgeschlagene Zweikammernsystem ab, von dem man sich in Thüringen verabschiedet habe. Die vorgesehene Zwei-Drittel-Mehrheit bei Volksabstimmungen kritisierte er als antidemokratisch.<sup>302</sup> In den nachfolgenden Verhandlungen setzten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen eine Stärkung der Stellung des Landtages gegenüber der Landesregierung

<sup>300</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 92–95.

<sup>301</sup> John: Die thüringischen Landesverfassungen. S. 142.

<sup>302</sup> Verhandlungen Volksrat S. 505–507.

ebenso durch wie die Verbesserung direktdemokratischer Einflussnahme.<sup>303</sup> Das ermöglichte der USPD-Fraktion die Zustimmung zur Landesverfassung.<sup>304</sup>

## **4.2. Volksstaat Reuß und „Räterepublik“ Gotha. Zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten im Agieren zweier Thüringer USPD-Landesverbände**

Die USPD prägte nach der Novemberrevolution 1918 bis zur Gründung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920 vor allem die innenpolitische Entwicklung in Reuß j. L. und Reuß ä. L. sowie in Gotha. War der Sturz des Herzogs in Sachsen-Gotha am 9. November 1918 durch eine revolutionäre Volksbewegung erfolgt, so trat der reußische Fürst einen Tag später unter dem Eindruck der Revolution »freiwillig« ab. Die Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen sowohl in Gotha als auch den reußischen Fürstentümern die oberste Staatsgewalt und ließen unter ihrer Aufsicht bürgerliche Minister die Verwaltungsarbeit führen. Nicht nur in Sachsen-Gotha,<sup>305</sup> sondern auch in Reuß blieb das Bürgertum von der Mitarbeit in den Arbeiter- und Soldatenräten ausgeschlossen.<sup>306</sup> Ebenso wie die radikalen Unabhängigen im Westen Thüringens verlangten auch die gemäßigten in Ostthüringen von den Lehrern und Beamten ein Bekenntnis zur sozialistischen Republik.<sup>307</sup> Gemeinsam war ihnen, dass sie sich auf Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen konzentrierten. Am 14. November 1918 verfügte der Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat die Einführung des Acht-Stunden-Tages und verpflichtete am 19. November alle Unternehmen, Arbeitern und Angestellten den gleichen Lohn zu zahlen, anderenfalls würden sie geschlossen.<sup>308</sup> Der Vollzugsausschuss für Reuß j. L. erließ Ende November/Anfang Dezember 1918 zusätzlich zu dem bereits verordneten Acht-Stunden-Tag ein Notgesetz über Mindestlöhne und Arbeitszeiten. Am 28. Dezember folgte eine Notverordnung über Mindestgehälter für die Angestellten und Lehrlinge in Privatunternehmen. Gleichzeitig wurden in allen Betrieben des Landes auf dem Verordnungsweg Arbeiterausschüsse eingesetzt. Hinzu kamen Enteignungs-

<sup>303</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 102-104.

<sup>304</sup> Verhandlungen Volksrat S. 568.

<sup>305</sup> Matthiesen: Zwei Radikalisierungen. S. 38.

<sup>306</sup> Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 178.

<sup>307</sup> Ebenda. S. 154.

<sup>308</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S. 104.

Einkommens- und Vermögenssteuergesetze. Am 11. Februar 1919 wurde ein Gesetz über vereinfachte Enteignungsverfahren erlassen. Damit konnte die private Nutzung von Grundeigentum entzogen oder eingeschränkt werden, um Störungen des Wirtschaftslebens zu verhindern und durch die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten, insbesondere Notstandsarbeiten, der zunehmenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Ebenso wurden zur Behebung der Wohnungsnot und aus Gründen des öffentlichen Wohls die Enteignung aller bebauten und unbebauten Grundstücke sowie ihre Überführung in den Besitz der Allgemeinheit vorgesehen. Weiterhin sollten die Bodenschätze, insbesondere der Steinbrüche und Lehmgruben, und die sie verarbeitenden Betriebe sozialisiert werden. Diese konkreten Maßnahmen bewirkten eine materielle Besserstellung der arbeitenden Bevölkerung und sicherten bis ins Frühjahr 1919 eine vergleichsweise ruhige Entwicklung. Bis Anfang März 1919 fanden im Gebiet Gera/Greiz keine Streiks statt.<sup>309</sup>

Obwohl die USPD-dominierten Arbeiter- und Soldatenräte in den beiden reußischen Kleinstaaten im Unterschied zu Gotha<sup>310</sup> die Landtage formal nicht aufgelöst hatten, spielten sie auch hier für die weitere Entwicklung keine Rolle mehr, da sie nach dem 9. November nicht mehr einberufen wurden. Die Bildung des Volksstaates Reuß erfolgte am 21. Dezember 1918 durch ein von beiden Arbeiter- und Soldatenräten erlassenes Notgesetz über die Verwaltungsgemeinschaft<sup>311</sup> – und damit auf revolutionärer Grundlage. Anfang Januar 1919 setzte der Arbeiter- und Soldatenrat Reuß für die beiden ehemaligen Fürstentümer getrennte Landtagswahlen fest. In beiden Parlamenten hatte die USPD entweder allein oder mit der MSPD gemeinsam die Mehrheit. Diese bestätigten sofort nach der Konstituierung Mitte Februar 1919 die von den Arbeiter- und Soldatenräten geschaffenen Tatsachen und tagten fortan gemeinsam als Landtag des Volksstaates Reuß. In der von ihm am 4. April 1919 beschlossenen vorläufigen Verfassung war auch ein Landesarbeiterrat mit jedoch nur geringem politischem Einfluss vorgesehen.<sup>312</sup>

Demgegenüber bildete die Verfassungsfrage in Sachsen-Gotha den Gegenstand eines langanhaltenden und dramatisch verlaufenden Konflikts zwischen der regierenden USPD einerseits und der vereinigten Landtagsopposi-

<sup>309</sup> Pöhland: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 183 FN 4.

<sup>310</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S. 94–96.

<sup>311</sup> Seela: Die Übergangsländtage; in: Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen. S. 249.

<sup>312</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 76.

tion sowie der Reichregierung andererseits. Dass die Gothaer Unabhängigen unter dem maßgeblichen Einfluss ihres linken Flügels eine Räteverfassung installieren wollten,<sup>313</sup> geht jedoch am Kern des Problems vorbei. Zwar hatte die USPD-Landeskonferenz am 26. Januar 1919 mit großer Mehrheit einer von Hermann Brill im Auftrag seiner Ortsgruppe Ohrdruf eingebrachten Resolution zugestimmt, die sich für das Räteystem aussprach.<sup>314</sup> Daraufhin war Wilhelm Bock als Mitglied des Gothaer Rates der Volksbeauftragten zurückgetreten und durch den zum linken Flügel gehörenden Albin Tenner ersetzt worden.<sup>315</sup> Tatsächlich stellte der am 24. April 1919 veröffentlichte Verfassungsentwurf des Arbeiterrates eine Kombination aus parlamentarischer-, Räte- und plebiszitärer Demokratie und eine radikal-linke Variante des Kompromisses des Märzparteitages der USPD dar. Dies zu konstatieren blendet keineswegs aus, dass dieser Verfassungsentwurf mit seinen weitgehenden Rechten für den Landes-Arbeiter- und Bauernrat nur schwer mit den Vorstellungen einer parlamentarischen Demokratie in Übereinstimmung zu bringen ist. Ebensowenig war er jedoch die Verfassung für eine reine Rätediktatur. Deshalb beantragte die Ortsgruppe Zella-Mehlis auf der USPD-Landeskonferenz Anfang Mai 1919 die Landtagsfraktion zu beauftragen, der Landesversammlung eine reine Räteverfassung vorzulegen, was die große Mehrheit der Delegierten jedoch ablehnte.<sup>316</sup>

Andererseits gab es in der USPD-Fraktion unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit dem Verfassungsentwurf des Arbeiterrates.<sup>317</sup> Einige Abgeordnete wiesen auf den sich abzeichnenden Konflikt mit der Reichsverfassung hin, die im Juni/Juli 1919 noch nicht verabschiedet, aber in ihren Tendenzen bereits absehbar war. Tatsächlich ließ die Reichsregierung keinen Zweifel daran, dass sie die Verankerung eines Landes-Arbeiter- und Bauernrates in einer Landesverfassung nicht hinnehmen werde. Deshalb verständigten sich der USPD-Landesvorstand und die Landtagsfraktion auf einen abgeänderten Verfassungsentwurf. Dagegen protestierte am 26. November 1919 die Belegschaft der Gothaer Waggonfabrik bei Landtagspräsident Wolf. August Creutzburg, einer der Sprecher der protestierenden Arbeiter, forderte ultimativ die Annahme des Verfassungsentwurfs vom 24. April 1919, »anderenfalls wird die Arbeiterschaft Gothas die Landesversammlung an dem Versuch, das abgeänderte Gesetz anzunehmen,

<sup>313</sup> Ebenda.

<sup>314</sup> Gothaer Volksblatt, 29.01.1919.

<sup>315</sup> Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. S. 98.

<sup>316</sup> Gothaer Volksblatt, 07.05.1919.

<sup>317</sup> Gothaer Volksblatt, 30.08.1919.

mit Gewalt daran hindern und sie auflösen«. Die Mitglieder der Gothaer USPD unterstützten die Aktion der Waggonfabrikarbeiter, lehnten den überarbeiteten Verfassungsentwurf ab und bestanden weiterhin auf dem Entwurf vom 24. April 1919. Daraufhin trat der USPD-Landesvorsitzende zurück. Im Verlauf des vom Landesvorstand einberufenen Landesparteitages geriet die USPD Gotha am 13. Dezember 1919 an den Rand der Spaltung. Bestärkt durch das vom Leipziger Parteitag Anfang Dezember 1919 beschlossene Aktionsprogramm mit seiner Forderung nach der »Diktatur des Proletariats« setzte sich der linke Parteiflügel mit seiner Forderung, weiterhin am Verfassungsentwurf vom 24. April 1919 festzuhalten, mit knapper Mehrheit durch. Mehrere Landtagsabgeordnete und die beiden Volksbeauftragten Grabow und Schauder drohten deshalb mit Rücktritt. Letztlich gelang es Hermann Brill, eine Spaltung auf dem Landesparteitag zu verhindern. Auf seinen Vorschlag hin baten die Delegierten die USPD-Parteiführung um Vermittlung und verpflichteten sich, deren Entscheidung als verbindlich anzuerkennen. Daraufhin empfahl die USPD-Parteileitung einerseits gegen die von der Reichsregierung ultimativ geforderte Streichung der Befugnisse des Landes-Arbeiter- und Bauernrates gegenüber der Landesregierung zu protestieren, andererseits den überarbeiteten Entwurf in die Landesversammlung einzubringen und dort zugleich das Aktionsprogramm zu propagieren.<sup>318</sup> Dementsprechend erklärte Brill für seine Fraktion am 23. Dezember in der Landesversammlung, dass eine Verbindung von parlamentarischer Demokratie und Rätegedanken nicht möglich sei. Das Proletariat könne sich das Räteystem nur in den außerparlamentarischen Massenaktionen erkämpfen, die seine Partei für die nahe Zukunft erwarte. Er protestierte gegen die Gewaltmethoden der Reichsregierung – Noske hatte mit der Reichsexekution gedroht –, »die freilich die notwendigen Grundlagen jeder Verfassung kapitalistischer Zeitalter sind«. Deshalb sei die USPD der Gewalt gewichen und habe das Gesetz zur Regelung der Regierungsgewalt eingebracht.<sup>319</sup>

Das Eingreifen der Waggonfabrikbelegschaft in die innerparteiliche Debatte der Gothaer USPD zum Verfassungsentwurf deutet einen in seinen Wirkungen beträchtlichen Unterschied in den lokalen/regionalen Handlungsbedingungen der Unabhängigen in Thüringen an. In Ostthüringen hatten die fabrikmäßig organisierte Textilindustrie und die in den Klein-

<sup>318</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 186–196.

<sup>319</sup> Verhandlungen Landesversammlung Gotha. S. 313/314.



und Mittelbetrieben angesiedelte hochspezialisierte Leicht- und Maschinenbauindustrie die Voraussetzungen für das Entstehen eines tief in der alltäglichen Lebenswelt der Arbeiterschaft verankerten sozialistischen Milieus geschaffen.<sup>320</sup> Demgegenüber wies die soziale Basis der USPD in Westthüringen einen wesentlich anderen Charakter auf. Die in dieser Region vorherrschende Hausindustrie hatte dem Entstehen eines vergleichbaren sozialistischen Milieus entgegengewirkt, obwohl die SPD vor dem Ersten Weltkrieg für die westthüringische Arbeiterschaft ein großer Hoffnungsträger war.<sup>321</sup> Zudem blieb die Residenzstadt Gotha trotz Industrialisierung durch einen starken bürgerlichen Dienstleistungssektor (Handel, Banken, Versicherungen und freie Berufe) und ein ebenso beachtliches Handwerk geprägt. Das hierauf basierende Bürgertum definierte sich über den Gegensatz zur Arbeiterbewegung, sein völkisch und antisemitisch aufgeladener radikaler Nationalismus<sup>322</sup> bildete schon vor dem Ersten Weltkrieg die Grundlage seines besonders radikalen Antisozialismus. Dementsprechend antwortete das *Gothaer Volksblatt* nach der Novemberrevolution auf die Beschwerden, der lokale Arbeiter- und Soldatenrat würde im Vergleich zu anderen Orten besonders rigide mit dem Bürgertum umgehen, dass im Verhältnis zu anderen Städten die Bürgerschaft Gothas auch besonders alldeutsch sei. Während beispielsweise im benachbarten Eisenach auch auswärtige liberale Tageszeitungen verkauft würden, gäbe es in Gotha nur ein alldeutsches Blatt von außerhalb.<sup>323</sup>

Vor diesem Hintergrund begann das Gothaer Bürgertum, das sich in seiner bisher privilegierten gesellschaftlichen Stellung bedroht sah, sofort nach der Revolution aggressiv gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Bereits während der ersten Besetzung Gothas am 18. Februar 1919 beantwortete es »unter dem militärischen Schutz der Truppen Maerckers«<sup>324</sup> den Generalstreik der Arbeiterschaft, der das gesamte öffentliche Leben und die Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Strom lahmgelegt hatte,<sup>325</sup> mit einem Gegenstreik der Arztpraxen, Ladenbesitzer, Händler und Handwerksmeister. Wirtschaftsminister Wissel gelang es im Ergebnis seiner Verhandlungen mit dem Gothaer Gewerkschaftskartell, die Betriebe der Grundversorgung

<sup>320</sup> Walter: Sachsen und Thüringen. S. 21.

<sup>321</sup> Walter, Franz: Thüringen – Einst Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung? In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 28 1992. S. 37.

<sup>322</sup> Matthiesen: Das bürgerliche Gotha. S. 26–33.

<sup>323</sup> *Gothaer Volksblatt*, 26. 11. 1918.

<sup>324</sup> Matthiesen: Das bürgerliche Gotha. S. 83.

<sup>325</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 154.

zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, woraufhin der »Beamten- und Bürgerstreik« eingestellt wurde. Letztlich endete der Einsatz des Militärs im Frühjahr 1919 in Gotha, anders als vom Bürgertum und der lokalen Mehrheitssozialdemokratie erhofft,<sup>326</sup> nicht mit der Beseitigung des USPD-dominierten Arbeiter- und Soldatenrates, der sich im Unterschied zu vielen anderen lokalen Räten im Frühjahr 1919 zunächst noch behaupten konnte.<sup>327</sup> Doch ein Jahr später nutzte das Bürgertum die nach dem Kapp-Putsch und der Besetzung Gothas durch Reichswehrtruppen am 26. März 1920 entstandene Situation mit Erfolg aus. In einem hinterhältigen Zusammenspiel zwischen bürgerlich/mehrheitssozialdemokratischer Landtagsopposition, deren Abgeordnete am 30. März 1920 ihre Mandate niederlegten und damit das Parlament funktionsunfähig machten,<sup>328</sup> und Reichsregierung, die diesen Akt zum Vorwand für eine Reichsexekution nahm, wurde die demokratisch gewählte Landesregierung Sachsen-Gothas beseitigt.<sup>329</sup> Die am 30. Mai 1920 durchgeführte Neuwahl der Gothaer Landesversammlung brachte im Ergebnis eine knappe bürgerliche Mehrheit.<sup>330</sup> Die Folge war eine weitere Radikalisierung der USPD.

### 4.3. Die USPD als stärkste Partei im ersten Thüringer Landtag

Bei der ersten Thüringer Landtagswahl am 20. Juni 1920 konnte die USPD im Vergleich zu den Wahlen für die kleinstaatlichen Landtage im Frühjahr 1919 stark zulegen und mit Abstand stärkste Partei werden.<sup>331</sup> Sie zog mit fünfzehn Abgeordnete in den neuen Landtag ein.<sup>332</sup> Eine USPD-Landeskonferenz beschloss Ende Juni 1920, unter Aufrechterhaltung der Grundsatzzposition zum bürgerlichen Parlamentarismus die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anzustreben.<sup>333</sup> Das bedeutete eine Absage an eine Regierungsbeteiligung der DDP, auf deren vier Abgeordnete die beiden

<sup>326</sup> Matthiesen: *Das bürgerliche Gotha*. S. 85.

<sup>327</sup> Kolb: *Arbeiterräte*. S. 291.

<sup>328</sup> Matthiesen: *Das bürgerliche Gotha*. S. 99.

<sup>329</sup> Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 289–294.

<sup>330</sup> Häupel: *Die Gründung des Landes Thüringen*. S. 101.

<sup>331</sup> Ebenda. S. 109.

<sup>332</sup> Wilhelm Bärwinkel, Adam Bennowitz, Bruno Bieligg, Hermann Brill, Arthur Drechsler, Otto Geithner, Karl Hermann, Emil Höllein, Richard Kahnt, Paul Kiß, Paul Lärz, Karl Leps, Fritz, Rohleder, Albin Tenner und Emil Vetterlein. Lengemann: *Thüringische Landesparlamente*. S. 56–59. Für Emil Höllein, der am 6. Juni 1920 ein Reichstagsmandat erreicht hatte, rückte Richard Zimmermann nach, da das Ausüben von Doppelmandaten im Thüringer Bezirksverband nicht zulässig war. *Neue Zeitung*, 15. 05. 1920.

<sup>333</sup> *Volkszeitung*, 02. 07. 1920.

Arbeiterparteien zur Sicherung einer parlamentarischen Mehrheit jedoch angewiesen waren. Ihren insgesamt 26 Abgeordneten saßen 27 bürgerliche Mandatsträger gegenüber. Als sich die drei bürgerlichen Rechtsparteien (DNVP, DVP und Landbund) unmittelbar vor der konstituierenden Landtags-sitzung zu einer Fraktion zusammenschlossen und das Amt des Landtags-präsidenten, das der USPD-Fraktion zustand, für sich beanspruchten, began-nen die Unabhängigen die politische Situation neu zu beurteilen. Sie inter-pretierten das Agieren der Rechtsparteien als Signal für deren Entschlossen-heit, nun auch in Thüringen eine Rechtsregierung zu bilden. Als Beleg für diese Einschätzung konnten Personen auf der Vorschlagsliste der bürger-lichen Parteien für die neue Landesregierung gelten, die von der reußi-schen USPD in Verbindung mit den Kapp-Putschisten in Gera gebracht wurden.<sup>334</sup> Vor diesem Hintergrund erklärte Bruno Bielick in der Land-tagssitzung am 31. Juli 1920, seine Fraktion habe die Initiative zur Bildung eines Abwehrministeriums ergriffen, um zu verhindern, dass eine bürger-liche Regierung die seit der Revolution von der Sozialdemokratie ergriffe-nen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Umgestaltung rückgängig machen könne.<sup>335</sup>

In dem von ihr vorgeschlagenen Abwehrkabinett beanspruchte die USPD deshalb auch den maßgeblichen Einfluss und legte den beiden potentiellen Partnern MSPD und DDP eine Ministerliste und ein entsprechendes Regie-rungsprogramm vor. Sie forderte die Auflösung der Einwohnerwehren und die Umwandlungen der Sicherheitswehren und der Polizei als Organe der Herrschaftssicherung der besitzenden Klassen zu Schutzeinrichtungen des arbeitenden Volkes. Weiterhin verlangte sie eine Amnestie für alle seit November 1918 verurteilten revolutionären Arbeiter und die Entlassung der reaktionären Beamten aus der Verwaltung. Zudem plädierte sie für eine rasche Demokratisierung der Verwaltung und die Schaffung einer einheit-lichen Städte-, Kreis- und Landgemeindeordnung für Thüringen. Die Un-abhängigen wollten den Großgrund- und Waldbesitz sowie die Bodenschätze des Landes in gesellschaftliches Eigentum überführen und nach sozialis-tischen Grundsätzen bewirtschaften. Zur Linderung der Wohnungsnot sollte eine durchgreifende staatliche Wohnungspolitik stattfinden. Die Trennung von Staat und Kirche sowie der Aufbau der Einheitsschule als Kern einer Bildungsreform bildeten weitere Punkte im Forderungskatalog

<sup>334</sup> Neue Zeitung, 31.07.1920.

<sup>335</sup> Stenographische Berichte über die Sitzungen des I. Landtages von Thüringen. Bd.1. S. 66/67.

der USPD für die von ihr vorgeschlagene Landesregierung.<sup>336</sup> Zudem schlug die USPD ein konkretes Programm für die Reichspolitik vor. Sie forderte den Abzug aller militärischen Verbände aus Thüringen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich, die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen einschließlich Reichswehr- und Zeitfreiwilligenverbände sowie die Beseitigung der Klassenjustiz. Die Thüringer Landesregierung sollte sich für die Sozialisierung des Bergbaus, der Energieerzeugung und des Verkehrswesen ebenso einsetzen wie für die Enteignung des Besitzes der früheren Fürsten. Hinzu kamen Forderungen nach einer umfassenden sozialen Fürsorge der Kriegsoffer und Arbeitsinvaliden sowie deren Hinterbliebenen, die mittels einer »Sonderbesteuerung der besitzenden Klasse, in deren Interesse der Krieg geführt wurde«, finanziert werden sollte. Zugleich hätte sich eine USPD-geführte Landesregierung für eine sofortige Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland eingesetzt.<sup>337</sup>

Die DDP lehnte eine Regierungsbildung unter den Bedingungen der USPD jedoch ab. Aus ihrer Sicht stellten diese keine Grundlage für eine »maßvolle demokratische Politik« dar, die sie für den weiteren Aufbau des Landes als erforderlich betrachtete.<sup>338</sup> Die Unabhängigen waren ihrerseits nicht bereit, Abstriche an ihrem Programm zu machen. Vielmehr warf Bruno Bieligk den Demokraten vor, dass »maßvolle demokratische Politik« nur bedeuten könne, anstelle einer fortschrittlichen und freiheitlichen Weiterentwicklung Thüringens entweder die beiden großen politischen Lager gegeneinander ausspielen oder aber prinzipiell eine reaktionäre Politik betreiben zu wollen.<sup>339</sup> Wenngleich die MSPD an einzelnen Punkten Verhandlungsbedarf signalisierte, war sie prinzipiell mit dem USPD-Programm einverstanden.<sup>340</sup> Sie hatte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bereits durch den Vorschlag signalisiert, zur Sicherung des Anspruchs der USPD auf das Amt des Landtagspräsidenten eine gemeinsame Fraktion zu bilden.<sup>341</sup> Dem folgend nahm der MSPD-Abgeordnete August Frölich am 31. Juli 1920 seine Wahl als Minister auf der bürgerlichen Vorschlagsliste nicht an.<sup>342</sup> Damit

<sup>336</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 110.

<sup>337</sup> Stenographische Berichte des I. Landtages von Thüringen. S. 68.

<sup>338</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 110.

<sup>339</sup> Stenographische Berichte des I. Landtages von Thüringen. S. 68/69.

<sup>340</sup> Volkszeitung, 24. 07. 1920.

<sup>341</sup> Volkszeitung, 23. 07. 1920. Das geschah dann auch so. In der Konstituierenden Sitzung am 20. Juli 1920 wurde der USPD-Abgeordnete Arthur Drechsler zum Landtagspräsidenten gewählt. Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 59.

<sup>342</sup> Stenographische Berichte des I. Landtages von Thüringen. S. 129/130.

war die Regierungsbildung zunächst gescheitert. Da die Unabhängigen mit ihrem Antrag in der Minderheit blieben den Landtag aufzulösen,<sup>343</sup> vertagte sich dieser zunächst bis zum Herbst.

Die am 29. August 1920 tagende USPD-Landeskonferenz billigte die Haltung ihrer Fraktion, bekräftigte das von ihr aufgestellte Programm und unterstrich die Forderung nach Landtagsneuwahlen für den Fall, dass es auf der nächsten Landtagssitzung zu keiner Regierungsbildung kommen sollte. Diese Beschlusslage zeigt, dass selbst während der in der USPD laufenden Debatte über die 21 Aufnahmebedingungen in die *Kommunistische Internationale* (KOMINTERN)<sup>344</sup> Kompromisse zwischen den Flügeln noch möglich waren, wenngleich in der Diskussion die prinzipiellen Differenzen offenkundig wurden.<sup>345</sup> Vor dem Hintergrund der sich im Herbst 1920 zuungunsten der sozialistischen Arbeiterschaft verändernden politischen und sozialen Situation ermöglichte die nach dem Parteitag in Halle in Linke und Rechte gespaltene USPD im Thüringer Landtag im Herbst 1920 die Bildung einer neuen Landesregierung. Die nun aus elf Abgeordneten bestehende USPD-Fraktion gab den Forderungskatalog vom Sommer auf, um – wie Bruno Bieligk in der Landtagssitzung am 10. November 1920 formulierte – von den beiden möglichen Übeln das kleinere zu wählen und für die MSPD-DDP-Minderheitsregierung zu stimmen.<sup>346</sup> Ähnlich pragmatisch aber weniger konsequent agierten die vier sich zunächst als »unabhängige Sozialisten«<sup>347</sup> bezeichnenden ehemaligen USPD-Abgeordneten, indem sie sich bei der Wahl der MSPD-DDP-Minderheitsregierung der Stimme enthielten.<sup>348</sup>

Maßgebend für die Unterstützung der MSPD-DDP-Minderheitsregierung im Landtag durch die USPD war deren Verantwortungsbewusstsein für das neu gebildete Land als ein »Kind der Revolution«. In diesem Selbstverständnis betrachteten die Unabhängigen ihr Agieren jedoch nicht als landespolitische, sondern als proletarische Politik. Hieraus leiteten sie ihre Stellungen zu so hoch umstrittenen Problemen wie der Schaffung einer bewaffneten Landespolizei oder der Ausgestaltung der Verwaltungsstrukturen auf Kreis- und Gemeindeebene ab. Motiviert war ihr Agieren jedoch

<sup>343</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 111.

<sup>344</sup> Kapitel 5.2.

<sup>345</sup> Neue Zeitung, 03.09.1920.

<sup>346</sup> Stenographische Berichte des I. Landtages von Thüringen. S. 192.

<sup>347</sup> Ebenda. S. 176.

<sup>348</sup> Ebenda. S. 192.

auch durch den Umstand, dass infolge der politischen Gesamtentwicklung in Deutschland die Rechtsparteien auf eine rasche Neuwahl des Landtages drängten, in deren Ergebnis sie auf eine eigene Mehrheit hofften.<sup>349</sup> Als die vier nun zur KPD gehörenden ehemaligen USPD-Abgeordneten jedoch gemeinsam mit den Rechtsparteien gegen das von der MSPD-DDP-Minderheitsregierung eingebrachte Grundsteuergesetz votierten und die Regierung daraufhin zurücktrat, löste sich der erste Thüringer Landtag Ende Juli 1921 auf.<sup>350</sup>

#### 4.4. Die USPD als Regierungspartei in Thüringen 1921/22

Am 20. August 1921 rief der USPD-Bezirksvorstand die »werktätige Bevölkerung Thüringens« zur Teilnahme an der Neuwahl des Landtages am 11. September und zur Stimmabgabe für die Unabhängigen auf. Neben der schwierigen sozialen Situation infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit, der anhaltenden Preissteigerung und vor allem des Lebensmittelwuchers, die die USPD in ihrem Aufruf kritisierte und zu bekämpfen versprach, waren es im Kern zwei Aspekte, mit denen sie ihre Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren versuchte. Zum einen verwies sie auf ihre Verdienste bei der Beseitigung des Thüringer Kleinstaatenjammers und schrieb sich den entscheidenden Anteil an der Gründung des Landes zu, an dessen weiterer Ausgestaltung sie teilzuhaben beanspruchte. Der zweite Aspekt, mit dem die USPD in den thüringischen Landtagswahlkampf zog, war der Kampf gegen die Reaktion, die den Bestand des neu gegründeten Landes in Frage stellte und seine fortschrittliche Errungenschaften bedrohte.<sup>351</sup> Wenige Tage nach dem Aufruf, am 26. August 1921, wurde der ehemalige Reichfinanzminister Matthias Erzberger von Mitgliedern der faschistischen Geheimorganisation Consul ermordet.<sup>352</sup> Hierauf reagierte die Arbeiterbewegung reichsweit mit Proteststreiks und Demonstrationen, so auch in Thüringen.<sup>353</sup> Das Ergebnis der Wahl am 11. September 1921 war für die USPD zwiespältig. Einerseits musste sie als Spätfolge der Parteispaltung im Oktober 1920<sup>354</sup> einen Verlust von knapp 40 Prozent ihres Stim-

<sup>349</sup> Tribüne, 31.05.1921.

<sup>350</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 116.

<sup>351</sup> Tribüne, 20.08.1921.

<sup>352</sup> Büttner: Weimar. S. 189.

<sup>353</sup> Das Volk, 01.09.1921 und 05.09.1921.

<sup>354</sup> Kapitel 5.2.

menanteils hinnehmen. Damit reduzierte sich die Zahl ihrer Mandate auf neun.<sup>355</sup> Andererseits hatte die KPD diese Verluste ausgeglichen und zog mit sechs Abgeordneten in den Landtag ein. Die MSPD verfügte aufgrund ihrer Stimmenzuwächse nun über zwei Abgeordnete mehr, so dass die drei Arbeiterparteien im neu gewählten Landtag eine Mehrheit von zwei Stimmen besaßen. Deshalb forderte die USPD den sofortigen Beginn von Verhandlungen zur Bildung einer sozialistischen Regierung.<sup>356</sup> Sie erklärte, auch dann in eine solche Regierung einzutreten, wenn eine der beiden anderen Arbeiterparteien sich nicht an ihr beteiligen würde. Unter den konkreten Bedingungen könnten zwar weder die Einführung der Räterepublik noch eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft erwartet werden. Es sei aber nicht nur für die konkrete Ausgestaltung des Landes, sondern auch für den Bestand der Republik entscheidend, ob eine Landesregierung im Interesse der Arbeiterschaft zu handeln versuche oder ob eine reaktionäre Regierung die Errungenschaften der Revolution beseitigen könne.<sup>357</sup> Hierauf erklärte die Thüringer MSPD, prinzipiell hätten sich die drei Arbeiterparteien für die Bildung einer sozialistischen Regierung ausgesprochen, wobei die USPD-Vorschläge eine gute Grundlage bilden würden, da sie »sozialdemokratische Selbstverständlichkeiten« darstellten.<sup>358</sup>

Am 5. Oktober 1921 begannen auf Einladung der Mehrheitssozialdemokratie<sup>359</sup> konkrete Koalitionsverhandlungen zwischen den Landtagsfraktionen von MSPD, USPD und KPD, den Bezirkssekretären der drei Arbeiterparteien sowie eines Beauftragten der KPD-Zentrale. Die Grundlage der Gespräche bildete die Erklärung der USPD vom 20. September, weshalb sich die Unabhängigen das Verdienst zurechneten, die Plattform für die Einigung der drei sozialistischen Parteien geschaffen zu haben. Obwohl die KPD eine Regierungsbeteiligung ablehnte und auch zu keiner förmlichen Tolerierungserklärung bereit war, gab sie aus Sicht der beiden sozialdemokratischen Parteien ausreichende Garantien, die die Bildung eines Minderheitskabinetts ermöglichten. Die Kommunisten verpflichteten sich nicht nur, die Regierung im Landtag mit zu wählen, sondern erklärten zugleich, die Etatfrage als formellen Vertrauensbeweis für die Regierung zu betrachten und ihr

<sup>355</sup> Ihr gehörten erneut Bruno Bieligg, Hermann Brill, Arthur Drechsler, Karl Hermann, Richard Kahnt, Paul Lärz, Emil Vetterlein sowie als neu gewählte Abgeordnete Hermann Gründler und Oskar Thieme. Lenge-  
mann: Thüringische Landesparlamente S. 61–64.

<sup>356</sup> Tribüne, 14. 09. 1921.

<sup>357</sup> Tribüne, 21. 09. 1921.

<sup>358</sup> Das Volk, 21. 09. 1921.

<sup>359</sup> Das Volk, 06. 10. 1921.

dementsprechend die Haushaltsmittel zu bewilligen.<sup>360</sup> Gegen den heftigen Widerstand der bürgerlichen Fraktionen wurde am 7. Oktober die sozialistische Regierung Frölich mit den Stimmen der Abgeordneten der drei Arbeiterparteien gewählt. Die USPD stellte mit Karl Hermann den Innenminister und mit Bruno Bielgk und Hermann Brill zwei Staatsräte.<sup>361</sup> Nachdem die Trennung des Bildungsressorts vom Justizministerium erfolgt war, wurde der zur USPD gehörende Max Greil am 14. Oktober 1921 von der Landtagsmehrheit zum Volksbildungsminister gewählt.<sup>362</sup> Die Kernprojekte der Regierung, die Kommunalreform<sup>363</sup> und die »Greilsche Schulreform«<sup>364</sup> wurden bis zur Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien im Herbst 1922 in der Verantwortung der beiden USPD-Minister auf den Weg gebracht.

Volkshaus-Anteilschein, 1923

QUELLE: ARCHIV DER GEDENKSTÄTTE TIVOLI, GOTHA



<sup>360</sup> Tribüne, 07.10.1921.

<sup>361</sup> Post, Wahl: Thüringen-Handbuch. S.276.

<sup>362</sup> Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtages von Thüringen Bd.1. S.203.

<sup>363</sup> Kachel, Steffen: Die Gemeinde- und Kreisordnung 1922; in: Weißbecker, Manfred: Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute. Jena 2004. S.121-129.

<sup>364</sup> Mitzenheim Paul: Die Greilsche Schulreform in Thüringen. Die Aktionseinheit der Arbeiterparteien im Kampf um eine demokratische Einheitsschule 1921-1923. Jena 1965.



## 5. ZUR SPALTUNG DER USPD THÜRINGEN IM HERBST 1920 UND IHRER WIEDERVEREINIGUNG MIT DER MSPD IM HERBST 1922

### 5.1. USPD und Internationale 1917–1919

»Was mich und meine Freunde von der Arbeitsgemeinschaft trennt, das ist die Stellung zur Internationale.«<sup>365</sup> Mit diesem einleitenden Satz hatte Ernst Meyer in seinem Koreferat auf der Reichskonferenz der Opposition am 7. Januar 1917 die grundsätzlichen Differenzen zwischen der SAG und der Spartakusgruppe zugespitzt formuliert. Sie beinhalteten die beiden eng miteinander verknüpften Fragen des Charakters der neu aufzurichtenden Internationale und die prinzipielle Haltung zur Frage der Landesverteidigung. Die maßgeblichen Vertreter der SAG schlossen das Recht zur Vaterlandsverteidigung, das von der am 4. August 1914 zusammengebrochenen II. Internationale stets zugestanden worden war, nicht generell aus.<sup>366</sup> Demgegenüber lehnten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht dieses Prinzip ab<sup>367</sup> und forderten in der Konsequenz des 4. August 1914 einen völlig neuen internationalen Zusammenschluss, der sich zu einer schlagkräftigen Antikriegsbewegung entwickeln sollte. Demgegenüber wollte die SAG die II. Internationale, wenngleich reformiert, wieder aufbauen.<sup>368</sup>

Die im Zeitraum von Januar bis März 1916 von der Spartakusgruppe angenommenen »Leitsätze«<sup>369</sup> vollzogen ihren Bruch mit der zentristischen Opposition. Dementsprechend hatte Liebknecht eine Mitarbeit in der SAG abgelehnt.<sup>370</sup> Dennoch schloss sich die Spartakusgruppe ein Jahr später, im Frühjahr 1917, nach heftigen inneren Debatten der USPD an.<sup>371</sup> Auf dem Gothaer Gründungsparteitag blieb das umstrittene Thema der Internationale wohl auch deshalb ausgespart, »um die labile Einheit, die man erreicht hatte, nicht zu gefährden«.<sup>372</sup> In seinem Koreferat, das der Spartakusgruppe

<sup>365</sup> Protokoll 1917. S. 92.

<sup>366</sup> Wheeler: USPD und Internationale Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt a. M. 1975. S. 24.

<sup>367</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 219/220.

<sup>368</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 24.

<sup>369</sup> IML (Hrsg.) Spartakusbriefe. Berlin 1958. S. 113–117.

<sup>370</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 20.

<sup>371</sup> Wohlgenuth, Heinz: Die Entstehung der KPD. Überblick. Berlin 1978. S. 172–175.

<sup>372</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 27.

in der Diskussion zum Programm der neuen Partei zugestanden worden war, ging Fritz Heckert jedoch ausführlich auf die revolutionären Entwicklungen in Russland ein und verwies dabei auf deren Vorbildfunktion für das westeuropäische Proletariat.<sup>373</sup> Die Frage des Verhältnisses zur russischen Revolution meinte seit dem November 1917 vor allem die Stellung zu den Bolschewiki. Während die USPD-Parteileitung die Oktoberrevolution begrüßt hatte und sich trotz bestehender Differenz angesichts von Bürgerkrieg und ausländischer Intervention zunächst jeglicher Kritik enthielt, war sie von Karl Kautsky von Anfang an abgelehnt und kritisiert worden.<sup>374</sup>

Zeitgleich zum USPD-»Revolutionsparteitag« konstituierte sich in Moskau Anfang März 1919 die KOMINTERN.<sup>375</sup> Die hier vorgenommene undifferenzierte Einschätzung der USPD als zentristische Partei spiegelte die einseitige Kritik des KPD-Abgesandten Hugo Eberlein wider.<sup>376</sup> Tatsächlich stand die auf dem »Revolutionsparteitag« der USPD beschlossene »Programmatische Kundgebung« Lenins »Thesen über Demokratie und Diktatur« beträchtlich näher als den diesbezüglichen Erklärungen der Berner Konferenz der II. Internationale.<sup>377</sup> Als schließlich eine USPD-Delegation an deren Luzerner Konferenz Anfang August 1919 teilnahm, löste das eine breite und intensive innerparteiliche Debatte über den internationalen Zusammenschluss aus. In Luzern scheiterten Rudolph Hilferding, Arthur Chrispien und Oskar Cohn mit ihrem Versuch, die II. Internationale zu revolutionieren und zur Anerkennung des Rätessystems und der »Diktatur des Proletariats« zu bewegen. Ebenso blieben ihre Angriffe auf die MSPD, die aus Sicht der USPD aufgrund ihrer Politik während und nach dem Ersten Weltkrieg für eine weitere Mitarbeit in der Internationale nicht in Frage kam, wirkungslos.<sup>378</sup> Die *Leipziger Volkszeitung* zog aus der ablehnenden Haltung der Luzerner Konferenz gegenüber der »Diktatur des Proletariats« die Schlussfolgerung, nunmehr sei ein Anschluss an die II. Internationale unmöglich. Dieser Tendenz folgte die Mehrheit der unabhängigen Parteiblätter, während die *Freiheit* aufgrund des Wirkens der USPD-Delegation von einer Revolutionierung der II. Internationale sprach.<sup>379</sup> Das *Gothaer Volksblatt* forderte demgegenüber klar, »dass wir uns der Dritten Internationale anschließen«.<sup>380</sup>

<sup>373</sup> Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. S. 161.

<sup>374</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 46–49.

<sup>375</sup> Vatlin, Alexander: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin 2009. S. 11–42.

<sup>376</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 123/124.

<sup>377</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 78.

<sup>378</sup> Ebenda. S. 108–114.

<sup>379</sup> Ebenda. S. 114/115.

<sup>380</sup> Gothaer Volksblatt, 05.08.1919.

Dass auf der Anfang September 1919 tagenden USPD-Reichskonferenz entgegen dem ursprünglichen Vorschlag der Parteileitung neben Rudolph Hilferding mit Walter Stoecker ein zweiter Referent zur Frage der Internationale auf die Tagesordnung gesetzt wurde,<sup>381</sup> war Ausdruck des zunehmenden Einflusses der Parteilinken und des von ihr repräsentierten »Drangs nach Moskau«. In ihm zeigte sich eine praktische Konsequenz der Radikalisierung seit dem Winter/Frühjahr 1919. Der noch vor der Reichskonferenz am 23./24. August 1919 tagende Landesparteitag der USPD-Gotha legte sich in der Frage der Internationale fest und beschloss auf Antrag der Ortsgruppe Zella-Mehlis, die Zentralleitung aufzufordern, sie »möge sofort Schritte unternehmen, um das gesamte Proletariat auf der Grundlage der 3. Internationale zu vereinigen«.<sup>382</sup> In der Debatte forderte Otto Geithner die unbedingte Einigung mit der Kommunistischen Internationale, während Bezirkssekretär Scholz die Frage eines möglichen Anschlusses als offen bezeichnete.<sup>383</sup> Nach der Reichskonferenz Anfang September 1919 eröffnete der am 28. September 1919 in Erfurt tagende Bezirksparteitag die Debatte im Bezirksverband Groß-Thüringen. Der über die Reichskonferenz Bericht erstattende Ludwig Pappenheim sprach sich trotz aller Sympathien für die KOMINTERN für einen vorläufigen Verbleib der USPD in der II. Internationale aus, um so den revolutionären Geist in die westeuropäischen Länder tragen zu können.<sup>384</sup> Die Mehrheit der Delegierten befürwortete indes die Position Walter Stoeckers, der als Gastredner für die KOMINTERN warb.<sup>385</sup>

Diese Tendenz spiegelte sich in den nachfolgenden Unterbezirkskonferenzen wider. In den Unterbezirken Suhl und Erfurt setzten sich die KOMINTERN-Befürworter gegen die Empfehlung des Bezirksvorsitzenden Heinrich Mehrhof zum Verbleib in der II. Internationale durch. Mehrhof scheiterte ebenso in Erfurt mit seiner Kandidatur für ein Mandat zum Außerordentlichen Parteitag. Ebenso votierten die Unterbezirke Langensalza und Eisenach für die KOMINTERN. Im Unterbezirk Nordhausen fand Mehrhof für seine Position hingegen Unterstützung.<sup>386</sup> Der Unterbezirk Reuß indes wollte sich nicht voreilig auf eine der beiden Internationalen festlegen.<sup>387</sup> Den

<sup>381</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S.122.

<sup>382</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S.226.

<sup>383</sup> Gothaer Volksblatt, 01.09.1919.

<sup>384</sup> Gothaer Volksblatt, 05.10.1919.

<sup>385</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S.145.

<sup>386</sup> Ebenda. S.145/146.

<sup>387</sup> Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S.298.

produktivsten Vorschlag für die weitere Entscheidungsfindung unterbreitete der Unterbezirk Jena. Hier waren die Anhänger der KOMINTERN auf der am 2. November 1919 in Jena tagenden Unterbezirkskonferenz in der Minderheit geblieben.<sup>388</sup> Die Mehrheit erhielt der Antrag, der ein Verbleiben in der II. Internationale ausschloss und sich für einen Zusammenschluss »des gesamten revolutionären Weltproletariats« aussprach. Die Parteileitung sollte beauftragt werden, mit allen Parteien Kontakt aufzunehmen, die auf dem Boden der »Diktatur des Proletariats« stehen und bereit seien, eine gemeinsame aktionsfähige und aktionswillige »Internationale der sozialistischen Tat« zu bilden. Wenn dies nicht gelinge, müsse sich die USPD der KOMINTERN anschließen.<sup>389</sup> Der dramatische Verlauf der Debatte zum Tagesordnungspunkt »Internationale« auf dem Leipziger USPD-Parteitag, der die Partei an den Rand der Spaltung brachte, ist mehrfach in allen Einzelheiten beschrieben worden.<sup>390</sup> Die Diskussion endete letztlich mit einem Kompromiss, der im Kern dem Vorschlag der Jenaer Unterbezirkskonferenz glich.<sup>391</sup>

## 5.2. Zur Spaltung der USPD in Thüringen im Herbst 1920

Aus historischer Perspektive erschienen die vom II. Weltkongress der KOMINTERN beschlossenen 21 Aufnahmebedingungen<sup>392</sup> als ein kurzsichtiges und unüberlegtes Agieren gegenüber der USPD, das zu ihrer Spaltung in dem Moment führte, in dem sie sich über alle strittigen Fragen hinweg auf einen Anschluss an Moskau zu einigen begann.<sup>393</sup> Die von Lenin insgeheim getroffene und auf seine konzeptionellen Überlegungen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges zurückgreifende Entscheidung, die Rote Armee zum Motor der Weltrevolution zu machen,<sup>394</sup> erforderte jedoch geradezu die kompromisslose Übertragung des bolschewistischen Avantgardekonzpts

<sup>388</sup> Neue Zeitung, 06.11.1919.

<sup>389</sup> Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919. Berlin 1919; in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bd. 2. 1919–1920. Glashütten im Taunus. 1975. S. 18. Antrag 40.

<sup>390</sup> Krause: USPD. S. 154–163. Wheeler: USPD und Internationale. S. 164–176. Engemann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 133–137. Miller: Die Bürde der Macht. S. 329–331.

<sup>391</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 145.

<sup>392</sup> IML (Hrsg.): Komintern und revolutionäre Partei. Die Kommunistische Internationale über die revolutionäre Partei und die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse. Auswahl von Dokumenten und Materialien 1919–1943. Berlin 1986. Dokument 11. S. 78–85.

<sup>393</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 287.

<sup>394</sup> Vatlin: Die Komintern. S. 14.

auf die einzelnen Sektionen der kommunistischen Weltpartei. Lenin sah sich gerade im Sommer 1920 in seiner Skepsis gegenüber der in Rosa Luxemburgs Tradition stehenden KPD-Zentrale bestätigt. Aufschlussreich ist diesbezüglich eine interne Bemerkung von ihm, die Führung der deutschen Kommunisten könne den Gedanken nicht zulassen, »dass wir mit unseren Händen die Sowjetisierung Polens unterstützen. Diese Leute halten sich für Kommunisten, aber einige von ihnen sind Nationalisten und Pazifisten geblieben.«<sup>395</sup> Insofern richteten sich die Bedingungen vor allem gegen Paul Levis Anspruch, das aus den spezifischen russischen Verhältnissen resultierende bolschewistische Partei- und Revolutionskonzept in der KOMINTERN durch die Spartakustradition auszugleichen. Der KPD-Vorsitzende wollte seine Partei als gleichberechtigten Partner der Bolschewiki profilieren und zum Kristallisationskern der westeuropäischen Linken machen, da er von einem längerfristigen Revolutionsprozess ausging.<sup>396</sup>

Verdeckt wurde dieser Konflikt zunächst von der kompromisslosen Auseinandersetzung zwischen Anschlussbefürwortern und -gegnern innerhalb der USPD,<sup>397</sup> die vielfach als Beleg für die Zwangsläufigkeit ihrer Spaltung gilt. Tatsächlich stimmen alle Berichte über den Parteitag vom 12. bis 17. Oktober 1920 in Halle darin überein, »dass da nicht eine Partei mit vielerlei abweichenden Auffassungen um eine Klärung strittiger Probleme rang, sondern dass zwei politisch klar unterschiedene und zur Selbstbehauptung fest entschlossene Gebilde, die sich bereits in der Sitzordnung in ›Rechte‹ und ›Linke‹ absonderten, zusammengekommen waren, um dem ›Trauerspiel‹ ein Ende zu bereiten, d. h. um auseinanderzugehen«.<sup>398</sup> Plausibler erscheint jedoch jene Interpretation, die das Für oder Wider zu den 21 Aufnahmebedingungen vor allem als Reaktion auf die Niederschlagung der Generalstreikbewegung gegen den Kapp-Putsch und auf die hierauf folgend politisch-gesellschaftliche Entwicklung auffasst, die einen großen Teil der USPD-Mitglieder von der Weimarer Republik weiter entfremdete, während die Sympathien für das bolschewistische Russland jedem sachlichen Einwand gegen die Aufnahmebedingungen den Boden entzogen.<sup>399</sup> Schon Anfang Mai 1920 hatte der Gothaer USPD-Landesparteitag auf Antrag

<sup>395</sup> zitiert nach Kinner, Klaus: *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd.1. Die Weimarer Zeit.* Berlin 1999. S.35/36.

<sup>396</sup> Koch-Baumgarten, Sigrid: *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921.* Frankfurt a. M./New York 1986. S.73/74.

<sup>397</sup> Kinner: *Der deutsche Kommunismus.* S.36.

<sup>398</sup> Krause: *USPD.* S.209.

<sup>399</sup> Wheeler: *USPD und Internationale.* S.245.

Otto Geithners seinen Landesvorstand aufgefordert, gegenüber der Zentralleitung mit Nachdruck dafür einzutreten, »dass mit dem rückhaltlosen Anschluss der USPD an die Dritte Internationale endlich ernst gemacht wird«. <sup>400</sup> Die Unterbezirksleitung in Gotha lehnte die 21 Aufnahmebedingungen jedoch mehrheitlich ab und verschob die Unterbezirkskonferenz vom 26. September auf den 10. Oktober, um so die von der USPD-Führung beschlossene Urwahl der Delegierten zu verhindern. <sup>401</sup> Dieses Agieren konnte das eindeutige Votum des Unterbezirks Gotha für den Anschluss an die KOMINTERN nicht mehr beeinflussen. In der Gothaer Mitgliederversammlung am 13. September waren die Verhältnisse mit mehr als 600 Stimmen für die Bedingungen und vier Stimmen dagegen eindeutig. <sup>402</sup> Das gleiche Bild ergab sich auf der Unterbezirkskonferenz. Otto Geithner erhielt das Mandat zum Parteitag, und bei der Neubesetzung der Gremien des Unterbezirkes wurden ausschließlich Anschlussbefürworter gewählt. <sup>403</sup> Demgegenüber sprach sich die USPD-Mitgliederversammlung in Erfurt entgegen dem Votum der Parteileitung gegen die Anschlussbedingungen aus. <sup>404</sup> Abgelehnt wurden sie auch von den Unterbezirken Nordhausen <sup>405</sup> und Gera <sup>406</sup>. Die Mitgliederversammlung der Jenaer USPD beschloss am 19. September mit 377 zu 23 Stimmen den Anschluss an die KOMINTERN. <sup>407</sup> Auf der am 1. und 2. Oktober 1920 tagenden Unterbezirkskonferenz Jena konnten sich die Anschlussbefürworter jedoch nicht durchsetzen. Vielmehr erhielt der von Emil Höllein vertretene Standpunkt gegen eine Spaltung der USPD eine knappe Mehrheit. <sup>408</sup>

<sup>400</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 315.

<sup>401</sup> Ebenda. S. 329.

<sup>402</sup> Müller, Horst H.: Über die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer Entwicklung zur revolutionären Massenpartei in Thüringen 1919/20; in: Beiträge zur Geschichte Thüringens. Erfurt 1968. S. 47.

<sup>403</sup> Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 347/348.

<sup>404</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 244.

<sup>405</sup> Schmidtke: Die Sozialdemokratie in Nordhausen und Salza. S. 859.

<sup>406</sup> Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 448/449.

<sup>407</sup> Schulz, Eberhart: Konfliktreicher Neubeginn. Politische und soziale Entwicklungen in Jena 1919/1920. Jena 2010. S. 109.

<sup>408</sup> Neue Zeitung, 06.11.1919.

EXKURS:

## Emil Hölleins Plädoyer gegen eine Spaltung der USPD

Emil Hölleins Vorschlag für den Parteitag in Halle ist rückblickend als »Vermittlungsversuch« zwischen den beiden Parteiflügeln gewertet worden.<sup>409</sup> Um die Spaltung der Partei zu verhindern, sollte die Entscheidung über die Anschlussbedingungen nicht zu einer Machtfrage gemacht werden. Deshalb forderte Höllein, der Parteitag müsse noch einmal ein eindeutiges Bekenntnis zur Dritten Internationale ablegen, seinen festen Willen bekunden, die Partei auf Grund der Aufnahmebedingungen organisatorisch so umzugestalten, dass sie sich als deutsches Glied sinngemäß und tatsächlich in den Rahmen der Dritten Internationale einfügt. Diese Willensbekundung müsse durch die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts in die Tat umgesetzt werden. Danach sollte erneut die Aufnahme in die KOMINTERN beantragt werden.<sup>410</sup> Er selbst verstand seine Position weder »als Verkleisterung unüberbrückbarer Gegensätze«, noch als »Verhinderung von unumgänglichen Notwendigkeiten«. Die wenigen grundsätzlichen Gegner der KOMINTERN würden die USPD verlassen, das war für ihn eine unausweichliche Konsequenz der weiteren Entwicklung.<sup>411</sup> Doch gerade deshalb richtete sich seine siebenteilige Artikelserie, deren Kerngedanken der Beschluss der Unterbezirkskonferenz am 2. Oktober beinhaltete, gegen eine Spaltung der USPD.<sup>412</sup> Höllein analysierte und diskutierte die Aufnahmebedingungen und die Frage der Internationale nicht vom »partieegoistischen« Standpunkt aus, sondern »von der höheren Warte der praktischen Notwendigkeiten der sozialen Weltrevolution«. Aus dieser Perspektive erschienen ihm die Moskauer Bedingungen ebenso niederschmetternd wie die Situation im August 1914, »weil sie mir im Augenblick wieder einmal als das vorzeitige gewaltsame Ende der lieb gewonnenen Hoffnung erschien«. Anstatt die KOMINTERN durch einen Beitritt der USPD als revolutionärer Massenpartei aus ihrem Schattendasein herauszuführen, hätten die Moskauer Bedingungen innerhalb der westeuropäischen sozialistischen Bewegung einen Kampf ausgelöst, dessen Ausgang über das Schicksal der Weltrevolution entscheiden würde. Mit bemerkenswerter Klarheit skizzierte Höllein jene Konsequenzen, die sich aus dem Charakter der

<sup>409</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 243. Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 158.

<sup>410</sup> Buckmiller, Michael (Hrsg.): Karl Korsch. Rätebewegung und Klassenkampf. Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung. Frankfurt a. M. 1980. S. 589.

<sup>411</sup> Neue Zeitung, 21.09.1920.

<sup>412</sup> Buckmiller: Karl Korsch. S. 591–593. Neue Zeitung, 21./23./24./25./26./28./29.09.1920.

Debatte um die 21 Aufnahmebedingungen für die weitere Entwicklung ergeben würden. Anstatt der »Notwendigkeit der Stunde« gerecht zu werden und alle »revolutionären Kräfte« zusammenzufassen, würde der verbissene Kampf »Für oder gegen die Bedingungen« wie ein Naturgesetz wirkend zu einer weiteren »Zerreißung der Arbeiterklasse« und in deren Folge zum Sieg der Gegenrevolution führen. Die Arbeiterbewegung werde weiter zerfallen und der Zusammenbruch der bisherigen Menschheitskultur drohen.<sup>413</sup>

Indem sich die Anschlussgegner mit den Befürwortern der Aufnahmebedingungen lediglich auf der persönlichen Ebene auseinandersetzen, so Hölleins Kritik, ignorierten sie völlig die politische und soziale Situation der Arbeiterschaft. Infolge der sozialökonomischen Nachwirkungen des Krieges würden die Massen einerseits der reformistischen Tradition der alten Sozialdemokratie den Rücken kehren, sich aber andererseits neuen illusorischen Hoffnungen hingeben. Die deutsche Arbeiterschaft erwarte »allerlei phantastische Wunderdinge« von der russischen Revolution: »Aufträge für die deutsche Industrie, die die Arbeitslosigkeit beheben, Sendung von Rohstoffen und Lebensmitteln ja manche sogar ein bewaffnetes Eingreifen seiner Roten Armee zur Niederringung der kapitalistischen Reaktion und zur Errichtung des sozialistischen Regimes in Deutschland.« Nachdrücklich plädierte Höllein jedoch dafür, diese Massenstimmung, die eine »straffe, schlagfertige internationale Kampforganisation« fordere, als Ausgangspunkt der Debatte um die Ausnahmebedingungen ernst zu nehmen.<sup>414</sup> Den Anschlussbefrwortern, vor allem Ernst Däumig und Walter Stcker, warf Höllein vor, mit ihren subjektiven und nicht autorisierten Interpretationen die »immanente(n) Konsequenzen« der Aufnahmebedingungen zu verschweigen.<sup>415</sup> Tatsächlich spielte Stoecker diese herunter, während Däumig in seinen Stellungnahmen jeden Bezug zu ihnen vermied.<sup>416</sup> Höllein betonte, niemand habe das Recht, die aus »proletarischem Verantwortungsbewusstsein« resultierenden Bedenken gegen die Bedingungen als grundsätzliche Gegnerschaft der KOMINTERN zu bekämpfen.<sup>417</sup> Er selbst bemängelte einzelne Forderungen, weil diese zu Willkür in der revolutionären Arbeiterbewegung führen müssten. Ohne die Dimensionen des Stalinschen Terrors auch nur erahnen zu können, warnte Höllein nachdrücklich vor zukünftigen »Parteijustizmorden«.<sup>418</sup> Eine schematische Übertragung russischer Organisationsformen hielt er für unmöglich, denn »die USPD-Mitglieder sind es bisher gewohnt gewesen, all ihre Aktionen selbst zu beschließen«.

<sup>413</sup> Neue Zeitung, 21.09.1920.

<sup>414</sup> Neue Zeitung, 23.09.1920.

<sup>415</sup> Neue Zeitung, 21.09.1920.

<sup>416</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 234.

<sup>417</sup> Neue Zeitung, 24.09.1920.

<sup>418</sup> Neue Zeitung, 26.09.1920.



Deshalb forderte er die »Festlegung der denkbar demokratischsten Formen bei der Wahl der Delegierten zu allen Konferenzen« und die »statuarische Einräumung des weitestgehenden jederzeitigen Rückberufungsrechts dieser Vertreter«. Die Mitglieder sollten damit die Sicherheit haben, dass ihre selbst gewählten Vertreter die Exponenten und Vollstrecker ihres Massenwillens sein würden.<sup>419</sup> Im Rückgriff auf die Strukturen der Rätebewegung entwarf Höllein die Umriss des Konzeptes einer »Kommunistischen Massenpartei«, deren zentralisierte Führung dem Willen der Mitgliedschaft unterworfen sein sollte. Es gehört bereits in die Geschichte der *Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands* (VKPD), dass Höllein noch während der »Levi-Krise« an seinem Massenpartei-Konzept festhielt und den Konflikt Levis mit der KOMINTERN im Winter/Frühjahr 1921<sup>420</sup> auf die Alternative »Massenpartei oder Sekte« brachte. »Wir müssen Politik machen. Darum ist die Bildung einer kommunistischen Massenpartei eine Notwendigkeit. (...) Die reine Parolenfabrik wird niemals Eindruck machen. Nur mit einer Massenorganisation dienen wir am besten Sowjetrußland.«<sup>421</sup>

Zugleich versuchte Höllein, sein Konzept in Anlehnung an die Spartakusleitsätze auf die KOMINTERN zu übertragen. Danach sollte der Schwerpunkt proletarischen Handelns auf der internationalen Ebene liegen. »In den Kämpfen gegen den Imperialismus und Krieg kann die entscheidende Wirkung nur von den kompakten Massen des Proletariats aller Länder in die Waagschale geworfen werden. Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit zu erziehen, den internationalen Zusammenhang dieser Massenaktionen zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen dahin auszubauen, um durch ihre Vermittlung jederzeit aufs rascheste und wirksamste den Willen und die Beschlüsse der Internationale zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder zu machen.«<sup>422</sup> »Internationale« meinte damit eine die Ländergrenzen überschreitende und auf einem gemeinsamen programmatischen Willen beruhende politisch-organisatorische Zusammenfassung der internationalen revolutionären Arbeiterschaft als Alternative zu Lenins zentralistischem Konzept der kommunistischen Weltpartei und im Gegensatz zur II. Internationale als Zusammenschluss nationaler Arbeiterorganisationen. Denn die »überspannte nationale Autonomie der einzelnen Sektionen« in der II. Internationale hätte es im Zusammenwirken mit dem verbürgerlichenden und die eigenen Sichtweise verengen-

<sup>419</sup> Neue Zeitung, 25.09.1920.

<sup>420</sup> Kinner: Der deutsche Kommunismus. S.36–38.

<sup>421</sup> Neue Zeitung, 16.03.1921.

<sup>422</sup> IML (Hrsg.): Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Bd.4. Berlin. 1974. S.46/47.

den ständigen Kleinkrieg um geringfügige politische, ökonomische und soziale Reformen unmöglich gemacht, gegen den Imperialismus eine »wirksame internationale proletarische Einheitsfront zu errichten«.<sup>423</sup>

Vor dem Hintergrund der historischen Tatsachen muss über die Realisierbarkeit eines solchen Konzeptes ebenso wenig diskutiert werden wie über die Frage seiner Akzeptanz im Rahmen der KOMINTERN.

Auf dem Parteitag in Halle stimmten zwölf Thüringer Delegierte, unter ihnen Otto Geithner, Guido Heym, Karl Korsch und August Creutzburg,<sup>424</sup> für die Resolution »Däumig/Stoecker«. Sie gehörten damit zur Parteitagsmehrheit, die am 16. Oktober 1920 mit 236 gegen 156 Delegierte für den Anschluss der USPD unter Anerkennung der 21 Aufnahmebedingungen in die KOMINTERN votierten. Tatsächlich aber konnte die USPD/Linke, wie sie sich nun nannte, weder die Mehrheit der Parteimitglieder noch die der Abgeordneten und der Parteizeitungen für sich zu gewinnen. Auf ihrem Parteitag, der am 3. Dezember 1920 – einen Tag vor dem endgültigen Zusammenschluss mit der KPD – in Berlin zusammentrat, konstatierte Walter Stoecker eine verhältnismäßig günstige Situation im Bezirk Groß-Thüringen. Bis auf die Unterbezirke Reuß und Nordhausen hätten die Anschlussbefürworter die Mehrheit der Mitglieder auf ihrer Seite.<sup>425</sup> Tatsächlich vollzogen in den bisherigen linken USPD-Hochburgen in den Unterbezirken Suhl 7 000, Gotha 6 600 sowie in Erfurt und Jena jeweils knapp 5 500 Parteimitglieder diesen Schritt.<sup>426</sup> Da in der thüringischen USPD unmittelbar vor der Parteispaltung knapp 60 000 Mitglieder organisiert waren, bedeutete die von der Thüringer Bezirksleitung der USPD/Linke angegebene Mitgliederzahl von 26 295 nur knapp 44 Prozent. Dennoch waren sie es, die die Massenbasis der VKPD in Thüringen bildeten, denn von der KPD kamen lediglich 1 850 Mitglieder.<sup>427</sup> Am 30. November 1920 vereinigten sich die beiden Parteien in Thüringen, nachdem sie auf jeweils getrennten Parteitagen den Zusammenschluss bestätigt und ihre Delegierten für den zentralen Vereinigungsparteitag gewählt hatten.<sup>428</sup>

<sup>423</sup> Neue Zeitung, 01.12.1920.

<sup>424</sup> Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD vom 12. bis 17. Oktober 1920 in Halle. Berlin 1920; in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bd. 3. 1920. Glashütten im Taunus. 1975. (Nachfolgend: Protokoll Parteitag Halle) S. 258/259.

<sup>425</sup> Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Anhang: Außerordentlicher Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 3. Dezember 1920 in Berlin; in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bd. 3. 1920. Glashütten im Taunus. 1975. S. 326.

<sup>426</sup> Neue Zeitung, 01.12.1920.

<sup>427</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 263.

<sup>428</sup> Neue Zeitung, 01.12.1920.

### 5.3. Zur Wiedervereinigung mit der MSPD im Herbst 1922

Auf dem Parteitag in Halle am 16. Oktober 1920 hatten sieben Thüringer Delegierte, unter ihnen Johannes Kleinspehn und Karl Hermann, gegen die 21 Aufnahmebedingungen gestimmt<sup>429</sup> und nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses mit der Parteitagsminderheit den Tagungsraum verlassen.<sup>430</sup> Durch Abgrenzung sowohl von KPD und USPD/ Linke als auch der MSPD versuchte die Rest-USPD, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Auf das Leipziger Aktionsprogramm bezugnehmend bekannte sie sich weiterhin zu ihren revolutionären Grundsätzen sowie zur »Diktatur des Proletariats« und lehnte jegliche Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien ab. Die Rest-USPD verstand sich als Partei des marxistischen Zentrums, das die unabhängige Politik nun wieder eindeutig dominierte, obwohl die verbliebenen Vertreter des linken Parteiflügels weiterhin Einfluss besaßen.<sup>431</sup> Der Bezirksverband Thüringen gehörte mit immerhin knapp 36 000 Mitgliedern zu den stärksten regionalen Organisationen innerhalb der Rest-USPD, in der 340 000 Parteimitglieder verblieben waren.<sup>432</sup> Am 12. Dezember 1920 traten 68 Delegierte aus den acht Unterbezirken in Erfurt zu einem Bezirksparteitag zusammen, um die Situation nach der Parteispaltung und die zu ziehenden Konsequenzen zu beraten.<sup>433</sup>

Am 14. August 1921 debattierten die Delegierten der USPD-Unterbezirkskonferenz Schwarzburg-Sondershausen über die Frage, wie sie im bevorstehenden Thüringer Landtagswahlkampf gegenüber den beiden anderen Arbeiterparteien agieren sollten. Schnell entwickelte sich eine Debatte zur Frage der proletarischen Einigung. Aus USPD-Sicht konnte diese nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes vollzogen werden, von dem die KPD mit ihren aufständischen Aktionen jedoch abwich, während sich die MSPD weit von ihm entfernt hätte.<sup>434</sup> Tatsächlich bildete jetzt die Koalitionspolitik den größten Dissens zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien,<sup>435</sup> während der ursprüngliche Konflikt um die »Politik des 4. August« gegenstandslos geworden und die Verletzungen aus der Zeit des

<sup>429</sup> Protokoll Parteitag Halle. S.260/261.

<sup>430</sup> Krause: USPD. S.212/213.

<sup>431</sup> Engemann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S.187.

<sup>432</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S.263.

<sup>433</sup> Tribüne, 13./14.12.1920.

<sup>434</sup> Tribüne, 15.08.1921.

<sup>435</sup> Engemann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S.200.

Noske-Kurses vernarbt, wenn auch nicht vergessen waren.<sup>436</sup> Mit dem Amtsantritt der Regierung Wirth hatte die Phase der Erfüllungspolitik eingesetzt, die durch äußerste Anstrengungen die Unerfüllbarkeit der alliierten Reparationsforderungen nachweisen wollte.<sup>437</sup> Gegen diese Politik lief die reaktionäre Rechte Sturm und griff in der Auseinandersetzung auch zu terroristischen Mitteln einschließlich politischer Morde. In dieser Situation näherten sich MSPD und USPD in ihren Protest- und Abwehraktionen an. Nach der Ermordung Erzbergers kamen beide Parteileitungen zu einer Besprechung zusammen, in deren Ergebnis die politische Lage übereinstimmend als kritisch beurteilt wurde. Dennoch schienen sich im Herbst/Winter 1921/22 beide sozialdemokratische Parteien wieder voneinander zu entfernen. Das vom Görlitzer MSPD-Parteitag am 23. September 1921 beschlossene neue Parteiprogramm war in seinem Kern revisionistisch/reformistisch und stieß dementsprechend bei den Unabhängigen »auf schroffe Ablehnung«.<sup>439</sup> Demgegenüber unterstrich die USPD auf ihrem vom 8. bis 12. Januar 1922 in Leipzig tagenden Parteitag, dass ein Zusammenschluss der Arbeiterparteien nur auf Grundlage des proletarischen Klassenkampfes bei Ablehnung jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien in Frage käme. Das Problem der Wiedervereinigung nahm auf diesem Leipziger Parteitag jedoch einen breiten Raum ein, 25 Prozent aller Anträge beschäftigten sich mit diesem Problem.<sup>440</sup> Tatsächlich begann die Koalitionspolitik in der USPD zum Gegenstand innerparteilicher Differenzen zu werden. Während die Mehrheit der Reichstagsfraktion am 15. Februar 1922 der Regierung Wirth, die die Vertrauensfrage gestellt hatte, die Unterstützung verweigerte, nahm fast die Hälfte der unabhängigen Abgeordneten an dieser Abstimmung nicht teil. Damit verhalfen sie der Regierung zum parlamentarischen Überleben.<sup>441</sup>

Zugleich begann sich im Zeitraum April/Mai 1922 der Vereinigungsgedanke innerhalb der USPD immer mehr durchzusetzen, da sowohl angesichts der politischen Lage und nicht zuletzt wegen der sich verschlechternden finanziellen und organisatorischen Situation der Fortbestand der Partei akut gefährdet schien. Die Mitgliederzahl ging zurück und lag im Januar 1922 bei ca. 300 000. Die Tageszeitungen der Partei hatten immer größere

<sup>436</sup> Krause: USPD. S. 238.

<sup>437</sup> Büttner: Weimar. S. 157.

<sup>438</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 197/198.

<sup>439</sup> Ebenda. S. 199.

<sup>440</sup> Krause: USPD. S. 239/240.

<sup>441</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 484.

Schwierigkeiten: Im Zeitraum von Januar bis September 1922 stellten fünf der 48 Parteiblätter ihr Erscheinen ein. Bei den Landtagswahlen 1921/22 musste die USPD erhebliche Stimmenverluste hinnehmen, sodass die Aussichten für die nächste Reichstagswahl denkbar ungünstig waren.<sup>442</sup> Vor diesem Hintergrund entfalteten die Ermordung des Außenministers der Weimarer Republik Walther Rathenau durch Mitglieder der rechtsextremen Organisation Consul am 24. Juni 1922 und die sich hieran anschließende reichsweite Protestwelle der Arbeiterschaft eine Art Katalysatorwirkung für den Wiedervereinigungsprozess von MSPD und USPD.<sup>443</sup> Während das zwischen ihnen, den Gewerkschaften und der KPD am 27. Juni 1922 geschlossene Berliner Abkommen letztlich wegen der grundsätzlichen Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht zum Tragen kam,<sup>444</sup> gaben führende Kreise der USPD ihren Widerstand gegen die Koalitions-politik auf. Eine am 2. Juli 1922 tagende Reichskonferenz ermöglichte angesichts der durch den Rathenau-Mord entstandenen innenpolitischen Situation Verhandlungen über einen Regierungseintritt der USPD, der jedoch an der ablehnenden Haltung der bürgerlichen Fraktionen scheiterte.<sup>445</sup> Kurz darauf bildeten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Deutschen Reichstag am 14. Juli 1922 eine Arbeitsgemeinschaft. Am 29. August nahmen die beiden Parteileitungen offizielle Vereinigungsverhandlungen auf.<sup>446</sup> Eine am 21. Juli 1922 in Erfurt tagende Funktionärskonferenz der USPD Thüringen begrüßte die konkreten Schritte zur Wiedervereinigung mit der Mehrheitssozialdemokratie. Ebenso stellten sich u. a. die Ortsgruppen in Gera<sup>447</sup> und Erfurt<sup>448</sup> sowie die Unterbezirke Meinigen und Sondershausen<sup>449</sup> hinter die Vereinigungsschritte.

Letztlich vollzog die USPD auf ihrem Geraer Parteitag vom 20. bis 23. September 1922 ihre Wiedervereinigung mit der MSPD, obwohl die Mehrheit der Delegierten der Koalitions-politik mit bürgerlichen Parteien weiterhin ablehnend gegenüberstand, wie die mehrheitliche Unterstützung einer entsprechenden Resolution des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes Robert Dißmann kenntlich machte. Angesichts der durch den Rathenau-Mord entstandenen politischen Situation wog für die Masse der USPD-Mit-

<sup>442</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 202/203.

<sup>443</sup> Wheeler: USPD und Internationale. S. 278.

<sup>444</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 203.

<sup>445</sup> Kastning: Die deutsche Sozialdemokratie. S. 98.

<sup>446</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 203/204.

<sup>447</sup> Tribüne, 22. 07. 1922.

<sup>448</sup> Tribüne, 22. 08. 1922.

<sup>449</sup> Tribüne, 02. 08. 1922.

glieder die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Einheit jedoch schwerer als das Festhalten an den unabhängigen Grundsätzen. Gegen neun Stimmen beschloss der Parteitag die Wiedervereinigung mit der MSPD.<sup>450</sup> Für die Thüringer USPD machte Heinrich Knauf, der den Geraer Parteitag eröffnete, die Motive und Erwartungen kenntlich. Sie würde »nicht ruhen und rasten, bis die vereinigte Partei eine revolutionäre Klassenkampfpartei geworden sei«. Zugleich betrachtete sich das revolutionäre Ostthüringen als Hauptstütze der Thüringer sozialistischen Regierung, »die mustergültige Aufbauarbeit leiste«.<sup>451</sup>

Emil Grabow, Albin Tenner, Adolf Schauder, vermutlich 1919

QUELLE: BILDERSAMMLUNG STAATSARCHIV GOTHA



<sup>450</sup> Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 206.

<sup>451</sup> Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922. S.123; in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bd.4. 1922-1923. Glashütten im Taunus. 1975. S.123.

## 6. FAZIT

Mit der USPD war im April 1917 eine Partei entstanden, die das gesamte politisch-inhaltliche Spektrum der Vorkriegssozialdemokratie umfasste. Ihr gehörte der Theoretiker des Revisionismus Eduard Bernstein ebenso an wie Karl Kautsky, der führende Kopf des marxistischen Zentrums. Der pazifistische Positionen vertretende Hugo Haase war bis zu seinem Tod Ende 1919 der weitgehend anerkannte Vorsitzende der USPD. Die radikale Linke um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die im Januar 1916 die Spartakusgruppe gegründet hatte, trat der USPD im April 1917 unter Aufrechterhaltung ihrer politischen und publizistischen Unabhängigkeit zunächst ebenfalls bei. Hinzu kamen aber auch neue Gruppierungen, die Einfluss ausübten: so zunächst die *Revolutionären Obleute* der Berliner Großbetriebe, die Aktiven in der Rätebewegung und im weiteren Verlauf die Masse der bis dahin unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die infolge des Ersten Weltkrieges und vor allem der für sie enttäuschend verlaufenen Revolution den radikal-linken Flügel der Partei stärkten. Diese politisch-ideologische Vielfalt wird oft als Heterogenität und Ursache der Spaltung der USPD im Oktober 1920, die ihr schnelles Ende einleitete, interpretiert. Die Existenz eines sozialdemokratischen und eines kommunistischen Flügels in einer Organisation sei auf Dauer nicht möglich gewesen.<sup>452</sup> Dem steht jedoch die nur selten beachtete Sichtweise gegenüber, wonach die USPD weniger eine politische Partei im herkömmlichen Sinn war, sondern vielmehr der politische und organisatorische Ausdruck der Massenbewegungen der revolutionären deutschen Arbeiterschaft der Jahre 1916–1920.<sup>453</sup> Aus dieser Perspektive entstand die USPD im Ergebnis der sozialen und politischen Protestbewegung gegen den Ersten Weltkrieg. Sie bildete die Rätebewegung in ihrer ganzen Vielfalt programmatisch ab und stellte die politische Führung der Generalstreikbewegungen der Jahre 1919/20 dar. Hierin bestanden gleichermaßen die Stärke und die Schwäche der USPD. Ihrem großen politischen Einfluss in den unmittelbaren Massenaktionen stand die Schwäche gegenüber, als Partei gemeinsame Strategien und eine Politik zu entwickeln, die gleichermaßen radikale und realisierbare Zielstellungen beinhaltete.

<sup>452</sup> Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 40. Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*. S. 187.

<sup>453</sup> Feldmann, Gerhard D.; Kolb, Eberhard; Rürup, Reinhard: *Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920)*. in: *Politische Vierteljahresschrift* 11 1972. S. 100.

Das über die innerparteilichen Richtungsunterschiede hinweg bestehende einigende Band waren bei Gründung der USPD im April 1917 die Gegnerschaft zur sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik und der Kampf für die schnelle Beendigung des Krieges und die Herstellung eines annexionslosen demokratischen Friedens.<sup>454</sup> Die USPD radikalisierte sich im Verlauf des Jahres 1919 infolge der allgemeinen Enttäuschung der Arbeiterschaft über die Ergebnisse der Novemberrevolution 1918. Dies zeigt die einstimmige Annahme des Aktionsprogramms auf dem Leipziger Parteitag im Dezember 1919. Darin bekannte sich die Partei zur »Diktatur des Proletariats« und zum Räte-System als Form der Klassenherrschaft des Proletariats.<sup>455</sup> Diese Auffassung unterschied die USPD grundsätzlich sowohl von der bolschewistischen Parteidiktatur Lenins als auch von der auf Parlament und sozialstaatlichen Kompromiss orientierten MSPD.

Solange eine revolutionäre Perspektive existierte oder zu existieren schien, konnten die *Unabhängigen Sozialdemokraten* ihre innerparteilichen Differenzen bei aller Dramatik in der konkreten Situation nicht nur überbrücken, sondern auch offen austragen. Selbstbewusst stellten sie dies als lebendige proletarische Demokratie der Praxis der unter der Bürde der Macht immer mehr erstarrenden MSPD entgegen. Als jedoch mit dem Abbruch des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch im März 1920 die Begrenztheit des radikalen Potentials für eine durch das Räte-System zu verwirklichende »Diktatur des Proletariats« kenntlich wurde, begannen sich die inneren Konfliktlinien zu Bruchstellen auszuweiten. In der Konsequenz zog das Ende der Massenbewegungen der revolutionären Arbeiterschaft im Frühjahr 1920 die Spaltung der USPD nach sich.

<sup>454</sup> Kruse: Krieg und nationale Integration. S. 220.

<sup>455</sup> Krause: USPD. S. 152/153.



## 7. AUSGEWÄHLTE KURZBIOGRAPHIEN

**Wilhelm Bock** wurde am 28. April 1846 in Großbreitenbach a. Rennsteig geboren. Er erlernte den Beruf eines Schuhmachers. Während seiner Wanderschaft trat er im Oktober 1867 in Hamburg dem *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* (ADAV) bei. Ursprünglich wollte er nach Amerika auswandern, doch nach seinem Anschluss an die organisierte Arbeiterbewegung machte er sich daran, überall das »Evangelium des Sozialismus« zu verkünden. In Gotha ging ihm das Reisegeld aus, weshalb er sich hier niederließ. 1869 gehörte er zu den Mitbegründern der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Ab 1873 war er Vorsitzender der internationalen Schuhmachergewerkschaft. 1874/75 bereitete Bock organisatorisch den Gothaer Vereinigungsparteitag vor, den er auch leitete. Mit Beginn des Sozialistengesetzes 1878 verlor Bock seine Arbeit, konnte sich aber dank finanzieller Unterstützung durch Freunde selbstständig machen. Erstmals wurde er 1884 für den Wahlkreis Gotha in den Deutschen Reichstag gewählt, dem er 1890–1907, 1912–1918 und 1920–1931 angehörte. 1924 und 1928 war er dessen Alterspräsident. Er war Mitglied der Nationalversammlung 1919/20. Von 1893 bis 1907 gehörte er auch dem Landtag des Herzogtums Sachsen-Gotha an, zuletzt ab 1903 als dessen Vizepräsident.

Bock nahm an fast allen Parteitag der SPD nach 1890 teil und wurde Mitglied der Kontrollkommission. Am 3. August 1914 gehörte er zu jenen vierzehn sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die fraktionsintern gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten stimmten. Am 2. Dezember 1915 votierte er im Plenum des Deutschen Reichstags erstmals gegen die Kriegskredite und damit auch gegen die eigene Fraktion. Bock war von Anbeginn Mitglied der SAG und wurde auf dem USPD-Gründungsparteitag als Mitglied der Kontrollkommission gewählt. Er lehnte 1919 sowohl den radikalen Kurs der Gothaer USPD und 1920 die 21 Aufnahmebedingungen in die KOMINTERN ab. Am 24. September eröffnete er gemeinsam mit dem Parteiveteran Wilhelm Pfannkuch den Wiedervereinigungsparteitag von MSPD und USPD. Kurz vor seinem Tod am 22. Juni 1931 appellierte er an die Delegierten des Leipziger SPD-Parteitages, im Kampf gegen den heraufziehenden Faschismus die proletarische Einheit wiederherzustellen.<sup>456</sup>

<sup>456</sup> Hesselbarth, Mario: Der Großvater des Sozialismus in Thüringen: Wilhelm Bock (1846–1931); in: Hesselbarth, Mario; Schulz, Eberhart, Weißbecker Manfred (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen. Jena 2006. S. 53–62.

**Gertrud Morgner** (geb. Müller) wurde am 8. August 1887 in Gera geboren. Sie erlernte den Beruf einer Schneiderin und heiratete 1907 Edwin Morgner. Am 1. Mai 1907 trat sie in Jena in die SPD ein und war hier ab 1909 in der Frauenarbeit aktiv. Zugleich gehörte sie zum »Diskutierclub«. Am 1. August 1914 nahm sie nach den Erinnerungen Curt Böhmes an dem Treffen einiger Jenaer Linken teil, das zum Ausgangspunkt für die Antikriegsopposition in der Saalestadt wurde. Laut ihren eigenen Angaben gehörte sie auch der Spartakusgruppe an. Im April 1917 ging sie wie der gesamte SPD-Vorstand und etwa die Hälfte der Mitglieder der Ortgruppe zur USPD über. Nachdem infolge des Januarstreiks Anfang 1918 der gesamte USPD-Vorstand zum Militär eingezogen worden war, übernahmen die Frauen die Leitung der lokalen Ortsgruppe, und Gertrud Morgner wurde Ortsvorsitzende. In dieser Eigenschaft organisierte sie die große Volksversammlung der USPD »Die Arbeiter und der Frieden« im Jenaer Volkshaus am 25. Oktober 1918. Am 9. November 1918 wurde sie 2. Vorsitzende des Jenaer Arbeiter- und Soldatenrates. Ende Dezember begleitete sie ihren Mann zur Reichskonferenz des Spartakusbundes und schloss sich der hier neu gegründeten KPD an. Nach ihrer Rückkehr vom KPD-Gründungsparteitag arbeitete Gertrud Morgner aktiv für die neue Partei in Jena. Aufgrund ihrer Teilnahme an der VKPD-Märzaktion 1921 wurde sie polizeilich gesucht und musste in die Illegalität gehen. Erst nach einer Amnestie 1922 konnte sie sich wieder legal politisch betätigen. Seitdem arbeitete sie in verschiedenen Funktionen in der Berliner KPD-Zentrale, zuletzt als Sekretärin Emil Hölleins. 1932 ging sie zusammen mit ihrem Mann Edwin Morgner in die Sowjetunion. 1941 wurde dieser vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und verstarb 1943 unter bis heute ungeklärten Umständen. 1942 richteten die Nationalsozialisten Gertrud Morgners Schwiegersohn Wilhelm Guddorf aufgrund seiner antifaschistischen Widerstandstätigkeit in der *Roten Kapelle* hin. Sie selbst verlor 1941 ihre Arbeit beim Moskauer Rundfunk, musste die Hauptstadt verlassen, wurde aus der Partei ausgeschlossen und konnte erst 1954 in die DDR zurückkehren. Als KPD-Mitbegründerin und Parteiveteranin hoch geehrt, schwieg sie über ihr eigenes Schicksal und das ihres Mannes in der Sowjetunion. Sie starb am 20. Juli 1978 in Berlin.<sup>457</sup>

<sup>457</sup> Weber, Hermann/Herbst, Andreas: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945.* Berlin 2004. S. 239/240. S. 514/515.

**Curt Böhme** wurde am 7. Juli 1889 in Sayda/Sachsen geboren. Er erlernte den Beruf eines Feinmechanikers. 1909 trat er in Berlin dem *Deutschen Metallarbeiterverband* (DMV) und 1910 in Jena der SPD bei. Er gehörte zum »Diskutierclub«. Ab 1911 engagierte sich Böhme in der proletarischen Arbeiterjugendbewegung und wurde Anfang 1913 Vorsitzender der Bezirksleitung der Jugendausschüsse Thüringens. 1916 nahm er an der Jenaer Jugendkonferenz teil. Im Mai/Juni 1916 wurde Böhme wegen seiner illegalen Oppositionsarbeit verhaftet, die Beweise reichten aber nicht aus, um ihm wegen Hochverrat den Prozess zu machen. Im Herbst 1917 wurde er, obwohl nicht

Abgeordnete der USPD-Fraktion in der Weimarer Nationalversammlung, 13. Februar 1919. Unter den Abgebildeten, vordere Reihe: Emanuel Wurm (2. v.l.), Luise Zietz (3. v.l.), Emil Barth (1. v.r.); mittlere Reihe: Lore Agnes (1. v.l.), Hugo Haase (2. v.l.), Alfred Henke (2. v.r.), Anna Hübler (3. v.r.), Oskar Cohn (4. v.r.); hintere Reihe: Gerhart Seger (1. v.l.), Wilhelm Bock (1. v.r.) – sowie Fritz Geyer, Josef Simon, Otto Braß, Wilhelm Düwël, Paul Brühl

QUELLE: ADSD/FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG\*



\* Rechteinhaber und Rechtsnachfolger, die für die Aufnahme bisher nicht ermittelt werden konnten, setzen sich gegebenenfalls mit der Herausgeberin in Verbindung.

kriegsdiensttauglich, zum Militär eingezogen. Nach seiner Demobilisierung Mitte November 1918 kehrte er nach Jena zurück und übernahm zunächst den organisatorischen Aufbau der USPD in Jena, später in Mittelthüringen. Ab April 1919 war er Sekretär des USPD-Unterbezirks 7 (Jena). Böhme lehnte die 21 Aufnahmebedingungen in die KOMINTERN ab und gehörte 1920 zu den wenigen Jenaer Mitgliedern, die in der USPD verblieben. Im März 1919 und im Januar 1922 nahm er als Delegierter an den USPD-Parteitag teil und lehnte noch im Herbst 1921 die Koalitionspolitik ab. Ende 1922 kehrte er zur Sozialdemokratie zurück und wurde zunächst paritätischer Unterbezirksvorsitzender der wiedervereinigten Sozialdemokratie in Mittelthüringen. Im August 1923 wurde Böhme Referent im Thüringer Innenministerium. Aus dieser Funktion entließ ihn Anfang 1924 die »Ordnungsbund-Regierung«, die der sozialistischen Regierung unter August Frölich folgte. Von 1923 bis 1931 war Böhme SPD-Abgeordneter des Thüringer Landtages. Zwischen 1925 und 1931 übte er in Allstedt das Amt des Bürgermeisters aus. Das gleiche Amt hatte er von 1931 bis 1933 in Lohbrügge bei Hamburg inne, bis ihn die Nationalsozialisten entließen. Während der NS-Zeit arbeitete Böhme wieder als Feinmechaniker und später technischer Angestellter im Jenaer Zeisswerk. Im August 1944 wurde er von den Nationalsozialisten in das KZ Buchenwald verschleppt. Hier erlebte er die Befreiung vom deutschen Faschismus, gehörte zu den Unterzeichnern des Buchenwalder Manifests und beteiligte sich aktiv am Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Landesverwaltung in Thüringen. Böhme war ein aktiver Befürworter der Vereinigung von KPD und SPD zur *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED). Aufgrund seiner sozialdemokratischen Vergangenheit wurde er 1948 in die Funktion des Oberbürgermeisters von Gera »abgeschoben«, die er Ende 1956 krankheitsbedingt aufgeben musste. Er starb am 23. Dezember 1968 in Gera.<sup>458</sup>

**Bruno Bieligg** wurde am 7. Februar 1889 in Freiberg/Sachsen geboren und entstammte einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie. Sein Vater war bis 1933 für die SPD in Freiberg kommunalpolitisch aktiv. Bieligg begann 1903 eine Lehre als Bürogehilfe und wurde 1906 Angestellter bei der Ortskrankenkasse in Ilmenau. Hier trat er am 1. Juli 1906 in die SPD ein. Bereits 1908 wurde er Mitglied des SPD-Landesvorstandes in Schwarzburg-Sondershausen und übernahm 1911 den Vorsitz der SPD in Arnstadt. Nach der Novemberrevolution war Bieligg bis zur Gründung des Landes Thüringen

<sup>458</sup> Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 541.

1920 für die USPD Volksminister des Freistaates Schwarzburg-Sondershausen. Im Thüringer Volksrat und im I. und II. Thüringer Landtag war er einer der maßgeblichen Sprecher seiner Fraktion. Es nahm an den USPD-Parteitagen in Leipzig 1919 und 1922 sowie am Geraer Parteitag 1922 teil. 1920 hatte er sich gegen die 21 Aufnahmebedingungen in die KOMINTERN ausgesprochen. Der sozialistischen Regierung Frölich gehörte er als Staatsrat an. Von 1924 bis 1933 war Bieligk SPD-Abgeordneter des Thüringer Landtages. Am 30. März 1933 wurde er unter fadenscheinigen Gründen von den Nationalsozialisten verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung Ende August 1936 stand er unter erhöhter polizeilicher Aufsicht. Ab April 1945 engagierte er sich in verschiedenen Funktionen beim antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau, verließ jedoch im Juli 1946 aufgrund seiner politischen Überzeugungen als Sozialdemokrat Thüringen und ging nach Westberlin. Hier arbeitete er erneut für die SPD in verschiedenen Funktionen, zuletzt von 1958 bis 1964 als Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. Bieligk verstarb am 18. Januar 1969 in Niedersachsen.<sup>459</sup>

**Karl Hermann** wurde 1885 in Unkeroda bei Eisenach geboren. Er erlernte den Beruf eines Maurers. 1907 wurde er Vorsitzender der Maurergewerkschaft in Eisenach. Ab 1911 arbeitete er als Gewerkschaftssekretär und zog 1912 für die SPD in den Eisenacher Stadtrat ein. Ende 1914 wurde er eingezogen und geriet 1915 in russische Gefangenschaft, aus der er 1918 zurückkehrte und sofort zur USPD übertrat. Für sie wurde er 1919 in den Landtag Sachsen-Weimar-Eisenachs gewählt. 1920 sprach er sich gegen die 21 Aufnahmebedingungen in die KOMINTERN aus. Mit Bildung der sozialistischen Regierung Frölich übernahm Karl Hermann das Amt des Innenministers und zeichnete für die Reformen auf diesem Gebiet verantwortlich. Unmittelbar nach der Besetzung Thüringens durch die Reichswehr wurde er Ende 1923 verhaftet, im nachfolgenden Prozess jedoch freigesprochen. Von 1924 bis 1933 war er für die SPD Abgeordneter des Thüringer Landtages, zwischenzeitlich von 1928 bis 1930 Reichstagsabgeordneter. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 versuchte sich Hermann am Aufbau des illegalen Widerstandes zu beteiligen, wurde jedoch verhaftet. Nach seiner Entlassung arbeitete er wieder als Maurer. Im August 1944 wurde er erneut verhaftet und in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Auf dem Todesmarsch im April 1945 gelang ihm die Flucht. Nach Thüringen zurück-

<sup>459</sup> Schilling, Willy: Mitbegründer des Landes Thüringen: Bruno Bieligk (1889–1969); in: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 44–52.

gekehrt engagierte sich Hermann auf kommunaler und Landesebene für den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Verwaltung. Er befürwortete die Vereinigung von KPD und SPD zu SED, für die er 1946 in den Landtag gewählt wurde. Zunehmend geriet er jedoch in Konflikt mit der zentralistisch-bürokratischen Praxis der sich stalinisierenden SED und trat 1950 von seinen Partei- und Verwaltungsfunktionen zurück. Hermann starb am 1. Oktober 1973 in Eisenach.<sup>460</sup>

**Guido Heym** wurde am 1. Mai 1882 in Suhl geboren. Er erlernte den Beruf eines Mechanikers. Dem *Deutschen Metallarbeiterverband* (DMV) schloss er sich 1898 an, 1901 wurde er Mitglied der SPD. In den Suhler Stadtrat wurde er 1906 erstmals gewählt. Ab 1913 war er Lokalredakteur der *Erfurter Tribüne* und stellvertretender Vorsitzender der Suhler SPD, die 1917 nahezu geschlossen zur USPD übertrat. Für sie saß Heym ab 1919 im Suhler Stadtrat und im preußischen Provinziallandtag Sachsen. Bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920 spielte Heym eine herausragende Rolle. Er befürwortete 1920 die 21 Aufnahmebedingungen in die KOMINTERN und trat dementsprechend mit dem linken Flügel Ende 1920 der VKPD bei. 1924 wurde er als Abgeordneter der KPD in den Reichstag gewählt. 1926 gehörte er zum ultralinken KPD-Flügel und verließ ein Jahr später mit einem großen Teil der Suhler Kommunisten die Partei, um den nur kurze Zeit existierenden *Leninbund* mit ins Leben zu rufen. Unter Mitnahme der 1920 gegründeten Zeitung *Volkswille* schlossen sich 1928 die nun ehemaligen Suhler KPD-Mitglieder um Guido Heym wieder der SPD an. Nach 1933 war er im antifaschistischen Widerstand aktiv, 1943 wurde er verhaftet, von den Nazis zum Tode verurteilt und am 4. April 1945 von der SS ermordet.<sup>461</sup>

<sup>460</sup> Kellner, Michael: Im Ringen um kommunale Selbstverwaltung: Karl Hermann (1885–1973); in: Ebenda. S. 203–210.

<sup>461</sup> Kaiser, Gerd. Arbeiterführer zwischen den Parteien. Guido Heym (1882–1945); in: Ebenda. S. 217–227.

## **Impressum**

Mario Hesselbarth: Zur Geschichte  
der USPD Thüringen

Jena 2017

Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Thüringen e.V., Käthe-Kollwitz-Straße 6,  
07743 Jena, Telefon: 03641 449432,  
rls.thuer@t-online.de, www.th.rosalux.de

Layout: Uwe Adler, Weimar

Abbildung Titel: Volkshaus zum Mohren,  
Gotha, ca.1910 (Quelle: Sammlung  
Matthias Wenzel, Gotha)  
Abbildung Seite 6: Volkshaus zum Mohren,  
Gotha, ca.1910 (Quelle: www.zummohren.  
elinos.de/Geschichte.htm)

Druck: Druckerei Schöpfel GmbH, Weimar

**Mario Hesselbarth**

ist Historiker, Mitglied  
des Gesprächskreises  
Geschichte der Rosa-  
Luxemburg-Stiftung und  
arbeitet ehrenamtlich  
für die Rosa-Luxemburg-  
Stiftung Thüringen.  
Er ist Mitherausgeber  
des Bandes »Gelebte  
Ideen. Sozialisten in  
Thüringen – Biographische  
Skizzen« (2006).